Nr. 19 | Hamburg, den 7. Mai 1910 | 23. Jahrgang

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands
sowie der
Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom Zentralverband der Maurer Deutschlands, Hamburg 1.

Schluß der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 ₰.

Irrtümer.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat sich in der ganzen gegenwärtigen Bewegung sehr oft geirrt. Er glaubte, die Gewerkschaften durch sein Bramarbasieren einschüchtern zu können, und mußte erleben, daß sich die Arbeiterschaft wie ein Mann gegen ihn erhob. Er glaubte, die Arbeiter würden ihm seine Hetzarbeit dadurch erleichtern, daß sie recht gepfefferte Lohnforderungen aufstellten, und er sah zu seinem possierlichen Schrecken, daß sie sich damit überhaupt nicht beeilten. Da wurde seinen leitenden Geistern etwas unbehaglich zumute; denn die Waschzettel über die „unerhörte Begehrlichkeit“ der Arbeiter lagen schon fertig zum Versand an die bürgerliche Presse in den Pulten. Der Bund glaubte auch, die gesamte öffentliche Meinung außerhalb der Arbeiterkreise würde sich gewohnheitsmäßig schleunigst auf seine Seite schlagen, und statt dessen rückte alles, was auch nur etwas auf Reputation hält, vernehmlich und weit von ihm ab. Der Bund bezw. seine — sozusagen — Leiter pochten auch gar selbstbewußt auf ihre granitne Einigkeit, und doch mußten sie gerade in diesem Punkte recht schmerzliche Enttäuschungen erleben. Die geschäftspfiffigen Hamburger Unternehmer entschuldigten sich, so höflich es unter sotanen Umständen ging, und schlossen ihren Frieden, die Bremer waren nicht weniger ahnungsvoll und beurlaubten sich gleichfalls selbst, und schließlich wiesen auch die Berliner den plumpen Sirenen in sehr eindeutiger Art die Tür. Von andern Abfällen erst gar nicht zu reden, und auch nicht zu reden von den verschiedenen Fällen, wo der Bund die widerstrebenden Ortsverbände mit der Knute in die Aussperrung treiben mußte.

Das alles waren sehr peinliche Irrtümer; und wenn der Bund auch nur über die Hälfte des erforderlichen Scharfblickes verfügt hätte, so hätte er noch in allerletzter Stunde einlenken müssen. Es gab Leute im Bundesvorstande, die klug genug waren, die Unmöglichkeit der gewählten Taktik einzusehen — sie haben tauben Ohren gepredigt und sind dann zur Seite getreten.

Je mehr man die Lage des Kampfes übersehen kann, um so plastischer tritt jetzt eine neue Tatsache hervor, die uns beweist, daß der Bund einem weiteren, schweren Irrtum erlegen ist. Einem großen Irrtum: die Phantasien von den 300 000 Ausgesperrten sind erledigt. Wir wollen allerdings gern gestehen, daß wir diese Redereien nie ernst genommen haben; wir wußten, daß beim Arbeitgeberbunde ein große Kluft zwischen Wollen und Können bestand. Schon in der ersten Woche der Aussperrung war es für uns wahrscheinlich, daß die Aussperrungssuppe stark abgekühlt aufgetragen werden würde, und je klarer die Lage zu übersehen ist, um so mehr wird diese Vermutung bestätigt. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß der Aussperrungskampf auf die leichte Schulter zu nehmen sei, er bleibt ein gewaltiger Kampf, der nur unter großer Anspannung aller Kräfte zu bestehen ist. Daran ändern auch ein paar Tausend mehr oder weniger Ausgesperrte nichts; aber er ist nicht das, was er hätte sein müssen, wenn der Arbeitgeberbund sein Ziel hätte erreichen sollen. Das wäre nämlich nur möglich gewesen, wenn sich die großmäuligen Ankündigungen der Schmiedehaus et tutti quanti erfüllt hätten.

Herr Lüscher in Frankfurt faselte von 240 000 Ausgesperrten und der Bundesvorstand der Unternehmer gab die Zahl der ausgesperrten Maurer und Zimmerer (also ohne Hilfsarbeiter) auf 186 000 an. In einer weiteren Publikation gibt der Bundesvorstand bekannt, wie sich diese Zahl auf die einzelnen Bezirksverbände verteilt. Man braucht sich nur die folgende Tabelle anzusehen, um den Wert dieser Zahlen richtig einzuschätzen. Die vielen Nullen am Ende sagen dem Kundigen genug.

Königsberg	2700	Essen a. d. Ruhr	23500
Danzig	5600	Düsseldorf	8500
Posen	4300	Barmen	3100
Breslau	12200	Saarbrücken	1500
Stettin	2200	Kaiserslautern	1000
Stralsund	150	Nürnberg	8600
Rostock	4800	München	11000
Kiel	5000	Stuttgart	4100
Hannover	13300	Freiburg	2850
Bremen	2250	Straßburg	6000
Cottbus	900	Einzelne Ortsverb.:	
Dresden	28000	Magdeburg 1700,	
Eisenach	6100	Lübeck 900	2600
Halle a. d. S.	8000	Brandenburg 500,	
Braunschweig	2200	Senftenberg 600,	
Frankfurt a. M.	13200	versch. andere 1250	2350
Zusammen			186000.

Der Bundesvorstand meint, daß sich diese Zahl in den nächsten Tagen noch um etwa 10 pZt. erhöht. „Dies muß gegenüber den die Zeitungen fortdauernd durchlaufenden gegenteiligen Nachrichten hervorgehoben werden. Von Arbeiterseite oder von heimlichen Gegnern des Bundes wird die Taktik befolgt, durch falsche Meldungen Mißtrauen unter den Arbeitgebern zu erregen. Dies Beginnen wird vergeblich sein,“ fügt der Bundesvorstand dieser Meldung mit gewichtigem Stirnrunzeln hinzu. Es ist ja natürlich, daß es dem Bunde ein gar probater Trost wäre, wenn die Sachen wirklich so stünden. Sie stehen aber glücklicherweise etwas anders. Wir halten es jetzt für angebracht, diese allzu kühnen Illusionen etwas zu zerstören. Möge uns der Bundesvorstand diese Grausamkeit gütigst verzeihen. Also wir können heute folgenden Umfang der Aussperrung feststellen.

Von den 1040 Zweigvereinen des Maurerverbandes wurden in 529 mit 127 192 Mitgliedern 64 361 Mitglieder ausgesperrt. Von diesen sind abgereist oder in andere Arbeit eingetreten 6114, im Baugewerbe sind wieder in ein Arbeitsverhältnis eingetreten 7513, so daß sich am 27. April **50 734** ausgesperrte Verbandsmitglieder zur Kontrolle meldeten. Der Zentralverband der Zimmerer konnte bei der Niederschrift dieser Zeilen noch keine abschließenden Zahlen nennen, der Verbandsvorstand schätzte die Zahl der Ausgesperrten auf **20 000.** Von den 403 Zweigvereinen des Bauhilfsarbeiterverbandes wurden in 269 Zweigvereinen nach der Feststellung vom 25. April **23 983** Mitglieder ausgesperrt, 43 651 Mitglieder stehen noch in Arbeit. Außerdem sind zirka **5500** Bauhilfsarbeiter ausgesperrt, die in andern Verbänden Mitglieder sind. Vom Verbande der christlichen Bauarbeiter wurden insgesamt **13 224** Mitglieder ausgesperrt. Danach hätte also der Unternehmerbund insgesamt 127 068 Mitglieder der Gewerkschaften aus der Arbeit bringen können. Zieht man aber die Zahl der durch Eintritt in ein anderes Arbeitsverhältnis aus den Listen gestrichenen Arbeiter davon ab, so bleiben nur noch **113 441** Ausgesperrte übrig. Nun, du großspurig daherschreitender Arbeitgeberbund: ist das alles? Mehr kannst du nicht? Und dabei hast du die Knute der Materialsperre, des Terrors in jeder Gestalt noch nötig gehabt?

Wir pfeifen auf deine Aussperrung!

„In höchstens sechs Wochen ist alles vorüber, dann haben wir die Gewerkschaften am Boden liegen!“ Das war das Zauberwort, mit dem die Bundeshäuptlinge und Unterhäuptlinge die mißtrauischen Unternehmer betörten und einfingen. Ob das jetzt noch jemand von ihnen glaubt? Die Dummen mögen noch daran festhalten, die Kundigen im Bunde wissen natürlich, daß solche Hoffnungen eitel sind. Nein, ihr Herren, mit sechs Wochen rechnet nicht, nehmt getrost das Doppelte, und wenn ihr dann noch könnt, nun, dann wird die Arbeiterschaft erst recht noch können. Man hat die Einsicht der Unternehmer, besonders ihre Kenntnis vom Wesen der Arbeiterbewegung, immer noch zu hoch eingeschätzt. Da halten sie sich ein ganzes Rudel Verbandsdirektoren, Generalsekretäre und gewöhnliche Sekretäre, bezahlen diese Leute, damit sie ja nicht übersehen, was wichtig für die Unternehmerinteressen ist, und doch bleiben sie mit ihrem Urteil über die Arbeiterbewegung völlig an der Oberfläche der Dinge haften. Wenn sie nach den Aussichten des geplanten Kampfes gefragt wurden, so fingen sie an zu rechnen, und waren sie zu Ende, so verkündeten sie freudestrahlend, wie ein Schuljunge, der sein Exempel richtig gelöst zu haben wähnt, der Kampf müsse in vier, höchstens in fünf und allerhöchstens in sechs Wochen erledigt sein. Mit der Zerschmetterung der Arbeiter selbstverständlich — was zu beweisen war.

Jetzt sitzen diese armen Schächer und sinnen angstschwitzend über den „Ernst der Lage“.

Der gewichtige Beschluß des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses wird sie wieder an die Rechentafeln jagen. Was werden sie nun für ein Resultat heraustifteln? So erleben die Unternehmer eine große Enttäuschung nach der andern. Aber die größte harrt ihrer noch. Wenn sie eintritt, werden wir uns wieder melden.

Es scheint, als ob dem Bundesvorstande schon ahnte, wie seine Aktion auslaufen wird. Er erläßt folgenden Angstruf:

An unsere Bundesmitglieder!

Wir stehen nun mitten im Kampf, den wir nach den einmütigen Beschlüssen unserer Dresdener Hauptversammlung nicht vermeiden konnten. Unser Ziel ist, zu neuen brauchbaren Tarifverträgen zu kommen. Wir können das nur erreichen, wenn die Beschlüsse des Arbeitgeberbundes ebenso einmütig befolgt werden, wie sie gefaßt worden sind. Wenn — auch nach dem Abfall von zwei oder drei Großstädten — die gesamte übrige deutsche Bauarbeitgeberschaft an den einmal gefaßten Beschlüssen unweigerlich festhält, so brauchen wir den Ausgang des Kampfes, auch wenn er sich in die Länge ziehen sollte, nicht zu fürchten. Wir stehen nicht allein, von unzähligen Seiten gehen uns täglich Zustimmungskundgebungen und Unterstützungsangebote zu. Also haltet fest und treu zusammen und werdet nicht wankelmütig. Jeder Abfall von den Bundesbeschlüssen füllt die Kassen der Gegner. Wollt Ihr, daß Eure bisherige Tätigkeit für den Bund vergeblich sei?! Wollt Ihr Euch nach so viel Kämpfen um Eure eigene Arbeit bringen?! Wollt Ihr Euch dem zunehmenden Uebermut der Arbeiterorganisationen für alle Zukunft unterwerfen?! Nein, und nochmals nein. Jetzt heißt es ausharren, damit die Ruhe und Stetigkeit Eurer Arbeit auf Jahre gesichert bleibt; aller Kollegen Hoffnung ruht auf uns, abspringen, heißt, uns in den Rücken fallen. Sonderverträge dürfen nicht geschlossen werden, nur der Bundesvorstand selbst ist zu einem Vertragsabschluß befugt. Der Bundesvorstand.

Es muß den Herren doch recht schwül zumute sein.

Interessant ist, was nach der „Bauwelt“ ein „Berliner Arbeitgeber, der in baugewerblichen Kreisen großes Ansehen genießt“, über den Kampf sagt:

„Der Kampf, der jetzt im deutschen Baugewerbe entbrannt ist, steht erst in seinen Anfangsstadien, und doch kann man schon jetzt mit Sicherheit annehmen, daß er für die Arbeitgeber nicht sehr vorteilhaft ausgehen wird. Der Aussperrungsbeschluß, der in Dresden gefaßt wurde, war eine taktische Ungeschicklichkeit. Zwar mag für viele Bezirke Deutschlands der Kampf notwendig gewesen sein, man durfte es jedoch nicht wagen, zum offenen Krieg überzugehen, bevor man nicht den Feldzugsplan in allen Einzelheiten erwogen hatte. Man hat zwar den Beginn des Kampfes vorausgesehen, der mit der Aussperrung am 15. April einsetzte, wie jedoch der Ausgang sein wird, darüber hat man sich vorläufig keine Sorgen gemacht. Und das ist die große Gefahr gewesen, in die sich der Arbeitgeberbund unnötigerweise begeben hat. Fernerhin war verfehlt, zu beschließen, nur die organisierten Arbeiter auszusperren, denn hierdurch ist es jedem Unternehmer, der weiter arbeiten wollte, leicht geworden, sein Verhalten dadurch zu entschuldigen, daß er erklärt, nur mit unorganisierten Leuten zu arbeiten. Sehr oft hat dies zur Folge, wie man es auch bereits bei früheren partiellen Aussperrungen beobachten konnte, daß andere Unternehmer, die sich den Verdienst nicht entgehen lassen wollen,

ihrerseits auch zu arbeiten beginnen, und daß so nach und nach der Wert der Aussperrung illusorisch gemacht wird. Eine andere große Gefahr ist die, daß der Arbeitgeberbund nach einer bestimmten Zeit doch dazu gezwungen sein wird, die Aussperrung für beendet zu erklären, ohne zu einer Verständigung mit den Arbeitern zu gelangen. In diesem Falle würden die Arbeiter nur die Hochkonjunktur abwarten, um ihrerseits die Aussperrung mit partiellen Streiks zu beantworten; daß dann die einzelnen Unternehmer in einem derartigen Kampfe unterliegen würden, liegt auf der Hand. Die Arbeiter, die für wirtschaftliche Kämpfe durch die ganze Anlage ihrer Organisationen besser vorbereitet sind als die Unternehmer, wissen ganz genau, wenn der Zeitpunkt gekommen sein wird, sich an den Arbeitgebern für die Aussperrung zu rächen. Deswegen haben sie jetzt auch noch nicht den Streik proklamiert. Sie wollen ihr Pulver trocken halten und ihrerseits erst dann zum Angriff übergehen, wenn ihnen die Position der Arbeitgeber hinreichend geschwächt erscheint. Daher muß der Dresdener Aussperrungsbeschluß auf der bisherigen Basis zum mindesten als Ungeschicklichkeit bezeichnet werden, wenn man ihn nicht direkt als Unglück ansehen will."

Wir wissen nicht, wer dieser Unternehmer ist, aber das wissen wir, daß er doch bedeutend mehr von den Arbeitskämpfen versteht, als alle Koryphäen des Bundes zusammen. Er deutet auch schon ziemlich klar den größten aller Irrtümer des Bundes an, wenn er dabei auch nicht ganz zu Ende kommt. Tatsächlich hat die ganze Rechnung des Bundes einen riesengroßen Fehler; aber an dem ist der Bund unschuldig, weil er eben nichts vom Wesen der Arbeiterbewegung kennt.

Aber sind wir selbst, sind unsere Kollegen gegen ähnliche Irrtümer gesichert? Auch das muß zu jeder Zeit bedacht sein. Es wäre z. B. geradezu ein Verhängnis, wollte man den hinter den Ankündigungen der Unternehmer zurückgebliebenen Umfang der Aussperrung zum Vorwand nehmen, die Energie in der Führung und Förderung des Kampfes herabzumindern. Wir sagen das leider nicht ganz ohne Veranlassung. Es wäre ein Verhängnis, wollte man jetzt in der Durchführung der besonderen Maßnahmen für diesen Kampf nachlässig werden. Für die ganze Taktik unserer Organisation, für die Zurückweisung des Angriffes der Unternehmer war und ist es unerläßliche Voraussetzung, daß die gesamte Kollegenschaft zusammensteht in brüderlicher, opferfreudiger Solidarität; ist es Bedingung, daß jeder von uns das leistet, was unser Verbandstag beschlossen hat.

Der Feind steht vor den Toren. Nicht jeder hat sich unmittelbar mit ihm zu messen, aber jeder hat die Kollegen, die im offenen Kampfe stehen, nach Kräften zu unterstützen; denn sie kämpfen nicht nur für sich, sie kämpfen für die ganze Organisation und ihre Errungenschaften. Wer jetzt die Pflicht der opferfreudigsten Solidarität verletzt, handelt nicht weniger schäbig, als der Streikbrecher. Unsere Ausgesperrten haben mit dem Verzicht auf Unterstützung in den ersten vierzehn Tagen ein schweres Opfer bringen müssen, gegen das die Leistungen der Arbeitenden gering sind. Um so mehr muß man erwarten, daß diese Leistungen erfüllt werden. Es hängt jetzt alles davon ab, daß die Beschlüsse des Verbandstages strikte durchgeführt werden. Obwohl wir wissen, daß diese Mahnung für reichlich neunzig Prozent unserer Kollegen überflüssig ist, muß sie doch geschehen, um uns vor solchen Irrtümern zu schützen, die den Unternehmern zum Verderben werden müssen.

Von der Aussperrung.

Die Solidarität der Klassen.

Es ist gekommen, wie es kommen mußte. Unser Kampf für die Gleichberechtigung der Arbeiter zwingt hüben wie drüben alle Mächte in seinen Bann. Der Arbeitgeberbund frohlockt über die Sympathiebezeugungen und finanziellen Beihilfen der Scharfmacherverbände, und für die Bauarbeiter erhebt sich die ganze deutsche Arbeiterschaft. In Ausführung der schon mitgeteilten Resolution des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses erläßt die Generalkommission folgenden Aufruf:

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands.

Seit dem 15. April sind die Arbeiter der baugewerblichen Organisationen ausgesperrt, weil sie die Annahme eines Vertragsmusters ablehnten, das ihren gewerkschaftlichen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen lahmgelegt hätte. Es ist der größte Kampf, der zwischen Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter in Deutschland jemals ausgetragen wurde, und schon die Rücksichtnahme auf den großen Umfang und die Schwere dieses Kampfes erheischt es, die notwendige Unterstützungsaktion ohne Verzug einzuleiten.

Der Außerordentliche (VII.) Gewerkschaftskongreß zu Berlin hat am 25. April folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Außerordentliche Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands zu Berlin spricht den ausgesperrten Bauarbeitern seine vollsten Sympathien aus. Das von dem Unternehmerverband vorgelegte Vertragsmuster enthält Bestimmungen, deren Annahme jeden weiteren Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unterbinden müßte. Die Zurückweisung dieser Bestimmungen erfordert das Selbsterhaltungsinteresse der Gewerkschaften. Der Kampf der organisierten Bauarbeiter gegen die beabsichtigte Vergewaltigung durch den Unternehmerverband ist deshalb ein Kampf für die gewerkschaftlichen Grundrechte aller Arbeiter. Der Außerordentliche Gewerkschaftskongreß fordert auf Antrag sämtlicher Vorstände der deutschen Gewerkschaften die organisierten Arbeiter Deutschlands auf, den Ausgesperrten ihre Solidarität durch sofortige Aufnahme allgemeiner Sammlungen zu beweisen."

In Ausführung dieses Beschlusses ersuchen wir die organisierte deutsche Arbeiterschaft, sich nach Kräften an diesen Sammlungen für die ausgesperrten Arbeiter der Baugewerbe zu beteiligen.

An die Vorstände der Gewerkschaften und örtlichen Gewerkschaftskartelle ergeht die Bitte, sofort die nötigen Maßnahmen zu diesen Sammlungen zu treffen. Die Gewerkschaftskartelle werden ersucht, die Sammlungen an ihrem Orte zu zentralisieren. Sammellisten werden von der Generalkommission nicht versandt; soweit solche erforderlich sind, müssen diese von den Gewerkschaftskartellen beschafft werden.

Gemäß dem Beschlusse des Cölner Gewerkschaftskongresses sind alle für die Bauarbeiter aufgebrachten Gelder nur an die Generalkommission abzuführen. Für die Ablieferung ist folgende Adresse zu benutzen:

Konto-Nr. 7930, Hermann Kube, Postscheckamt Berlin oder direkt an Hermann Kube, Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Der Einfachheit wegen und um Porto zu sparen, wolle man die letztere Adresse nur benutzen, wenn besondere Umstände die direkte Einsendung der Gelder erfordern. Im übrigen sind alle Geldsendungen, unter Angabe der obigen Kontonummer und dem Namen des Kontoinhabers, ausschließlich an das Postscheckamt Berlin zu richten. Zur Erleichterung der Eingahlungen erhalten in nächster Zeit alle Gewerkschaftskartelle Zahlkarten, auf denen die volle Adresse vorgedruckt und auf denen nichts weiter nachzutragen ist, als der Betrag, der abgesandt wird. Zahlkarten mit dem darauf verzeichneten Betrag können bei allen Postämtern des Reiches unentgeltlich eingeliefert werden. Ortsverwaltungen und Zahlstellen der Verbände, die aus besonderen Gründen Gelder direkt an die Generalkommission einsenden — in der Regel sollen die Gelder an das Gewerkschaftskartell am Orte abgeliefert werden — werden ersucht, gleichfalls nur Zahlkarten zu benutzen und sich solche vom Gewerkschaftskartell am Orte aushändigen zu lassen.

Ueber die eingehenden Beträge wird im „Correspondenzblatt" quittiert. Besondere Quittungen werden den Einsendern nicht zugestellt.

Die Generalkommission
der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Legien.

Auch die christlich-organisierte Arbeiterschaft eilt ihren Kollegen vom Bau zur Hilfe. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und der Verband katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands erlassen Aufrufe zur Sammlung von Unterstützungen; wir entnehmen ihnen folgende Stellen:

„Es soll ein Entscheidungskampf ausgetragen werden, auf den die Scharfmacher unter den deutschen Bauunternehmern seit Jahren hingearbeitet haben. Sie geben zwar an, Tarifverträge zu wollen, erstreben aber nur solche, die den einseitigen Interessen der Unternehmer entsprechend ausgestaltet werden sollen. Den Bauarbeiterorganisationen soll nicht nur jedweder Einfluß auf die Lohnform (ob Lohn- oder Akkordarbeit) und auf die Akkordpreise entzogen werden, sondern man mutet ihnen selbst zu, den einseitigen Unternehmerarbeitsnachweis anzuerkennen. Solche Tarifverträge würden für die Arbeiter eine Schale ohne Kern bedeuten. Durch sie würde den Arbeitern bei guter Konjunktur die Bewegungsfreiheit vollständig unterbunden, der Unternehmerwillkür dagegen bei schlechtem Geschäftsgang Tür und Tor geöffnet werden. Gegen Tarifverträge solchen Inhalts bleibt den Arbeitern nur die schärfste Abwehr übrig. Der Kampf im Baugewerbe ist für die gesamte Arbeiterschaft von der größten Bedeutung.

Trotzdem die Bauunternehmer mit ihren einseitigen Forderungen gegenüber den Arbeitern im Unrecht sind — in der Tagespresse wird dies, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, übereinstimmend zum Ausdruck gebracht —, erkannte nicht nur der Verein der deutschen Arbeitgeberverbände das Vorgehen der Bauunternehmer als berechtigt an, sondern es soll auch die deutsche und besonders die rheinisch-westfälische Großindustrie den Bauunternehmern weitgehende Unterstützung in Aussicht gestellt haben. Ferner arbeiten die Scharfmacher des Baugewerbes mit den verwerflichsten Mitteln, um die bisher vermißte Einigkeit im Unternehmerlager herzustellen: durch die Materialsperre sollen diejenigen Unternehmer, die sich zum offensichtlichsten Unrecht nicht herbeiließen, zur Schließung ihrer Betriebe gezwungen werden. Ein bekanntes Unternehmerorgan schrieb: „22 000 Arbeitgeber können es länger aushalten wie 300 000 Arbeiter".

Kollegen und Kolleginnen! Soll die Arbeiterschaft der übrigen Berufe diesen bedeutsamen Vorgängen teilnahmslos zusehen? Das hieße die Tragweite des Kampfes vollständig verkennen! Es entsteht vielmehr für die gesamte christlich-nationale Arbeiterschaft die Verpflichtung, die christlichen Bauarbeiter in dem ihnen aufgedrungenen Kampfe nach Kräften zu unterstützen! Der Kampf wird sich über viele Monate hinziehen, wenn nicht im Unternehmerlager die rechtlich und vernünftig Denkenden über die Scharfmacher die Oberhand gewinnen. Wir haben uns also auf einen langen Kampf vorzubereiten.

Die Pläne des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe und seiner Hintermänner müssen auch im Interesse der übrigen Arbeiterschaft eine entschiedene Zurückweisung erfahren.

Der Verband der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine schreibt:

Kollegen! Die Stunde ist gekommen, wo wir zu beweisen haben, daß uns die Solidarität der christlichen Arbeiter eine heilige Sache ist, daß sie nicht nur in Worten begründet liegt, sondern in der Tat.

Tausende von Arbeitsbrüdern haben ihre Arbeitsstätte verlassen müssen, sind außer Arbeit und Brot gesetzt worden, weil sich die Verbände der Bauunternehmer durch Scharfmacher zu dem verhängnisvollen Schritt einer Generalaussperrung haben verleiten lassen. Warum, das wißt Ihr. Ein Riesenkampf hebt damit an, in dem es um alles geht, was die Arbeiterschaft an Recht und Freiheit zu verteidigen hat. Darum gehören wir in diesem Kampfe alle zusammen. Darum muß jeder, auch der Aermste, nach seiner Kraft mithelfen.

Seht das bewundernswerte Beispiel, das uns die ausgesperrten Arbeiter selbst gegeben. Zwei Wochen lang haben sie auf Verdienst und Unterstützung freiwillig verzichtet; die Beamten ihrer Verbände haben ein halbes Monatsgehalt beigesteuert. Da dürfen wir, die wir in Arbeit und Brot stehen, uns nicht beschämen lassen.

Kollegen! Vereinsmitglieder! Es geht um die allgemeine Arbeitersache in diesem Riesenkampf. Darum darf keiner von uns zurückbleiben! Wir steuern begeistert mit! Und wenn wir es uns am Munde absparen müßten, es muß sein! Wir zählen auf alle! Nur direkte Not könnte entschuldigen. Wer mehr aufbringen kann, der tue es. Auf alle Fälle aber: Was zu geschehen hat, das muß sofort in Angriff genommen werden! Hoch die Solidarität!"

Für diese Zeichen brüderlicher Solidarität kann man nur Anerkennung haben. Man sieht auch jetzt wieder: Blut ist dicker als Wasser. Das Klasseninteresse reißt alle künstlichen Bande auseinander. Im Widerstande vereint stehen die Arbeiter aller Bekenntnisse. Möge der Gedanke der Arbeitersolidarität aus diesem Kampfe neue Nahrung erhalten.

Bitte rechnen!

Bürgerliche Blätter und auch einige Parteiblätter brachten im Laufe der Woche Nachrichten, die besagten, daß bei den Unternehmern in Rheinland und Westfalen großes Friedensbedürfnis vorhanden sei. Soweit wir feststellen konnten, ist diese Ansicht durch eine Notiz in der „Düsseldorfer Zeitung" entstanden, in der ausgeführt wurde, daß die Unternehmer, selbst wenn es ihnen gelingen sollte, die Arbeiterorganisationen niederzuwerfen, davon selbst keineswegs einen Vorteil hätten, und in der weiterhin für den Abbruch des Kampfes plädiert wurde. Natürlich denken die Scharfmacher in jenem Landesteil gar nicht daran, jetzt schon Frieden zu schließen, weil sie ja immer noch glauben, uns in sechs bis acht Wochen niederringen zu können. Ein Teil unserer Kollegen scheint aber die Notiz ernst genommen zu haben; denn es wird der Streikbeiträge wegen bei uns angefragt, wie es damit stünde. Ein Schöneberger Kollege richtete sogar, schon ehe diese Notiz durch die Presse ging, folgende Anfrage an uns:

„Wie lange werden die Streikbeiträge erhoben, nachdem die Aussperrung nicht die erwartete Ausdehnung angenommen hat und in einzelnen Bezirken bereits Friede geschlossen ist?"

Wir können nur erklären, daß wir es für durchaus verkehrt halten, wenn Kollegen von uns auf eine baldige Beendigung des Kampfes rechnen. Es ist zwar richtig, daß den Scharfmachern die Aussperrung nicht in dem Maße geglückt ist, wie sie dies wünschten und prophezeiten; aber es wäre trotzdem verkehrt, wenn man bei den maßgebenden Hetzern jetzt schon Friedensabsichten vermuten würde. Dazu werden die Leute erst kommen, wenn sie sich von der Aussichtslosigkeit ihres Beginnens überzeugt haben, was wahrscheinlich viele Wochen, vielleicht sogar Monate dauern wird. Man muß dabei immer bedenken, daß die Bauunternehmer nicht in erster Linie für sich, sondern für die Industriellen kämpfen, die denn auch in den verschiedensten Landesteilen zu der Aussperrung Stellung genommen und überall die Unterstützung der Bauunternehmer beschlossen haben. Es darf nicht dahin kommen, daß wir den Kampf, selbst wenn er viele Monate dauern sollte, mangelnder Geldmittel wegen aufgeben müssen; und es darf auch nicht dahin kommen, daß nach beendigtem Kampf die Kassen der Arbeiterorganisationen leer sind. Wir wollen hier keine Rechnung aufmachen, um den Kollegen die Größe der Ausgaben zu zeigen, müssen aber die Kollegen, die die Aussperrung für so klein halten, daß sie meinen, die Erhebung der Extrabeiträge erübrige sich — viele dürften das gerade nicht sein —, dringend bitten, einmal Bleistift und Papier zu nehmen und zu rechnen. Wenn sie das tun, und wenn sie dabei bedenken, daß auch nach der Aufhebung der Aussperrung der Kampf für uns nicht beendet ist, sondern nur in ein neues Stadium tritt, dann werden sie bestimmt zu der Ueberzeugung kommen, daß von einer Aufhebung der Streikbeiträge keine Rede sein kann.

Vertragsabschlüsse.

Zwischen dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Frankfurt a. O. und den örtlichen Organisationen der Verbände der Bauhilfsarbeiter, Maurer und Zimmerer ist ein Vertrag mit zweijähriger Dauer abgeschlossen worden, der eine Lohnerhöhung von 3 ₰ pro Stunde bringt. Im vorigen Jahre trat ebenfalls eine Lohnerhöhung von 2 ₰ ein. Interessant ist in diesem Falle, daß der Arbeitgeberverband am 16. April die Aussperrung vornahm, und, nachdem in Berlin eine Einigung erfolgt war, die Neigung zur Aufhebung der Aussperrung äußerte. Die

eingeleitete Verhandlung führte am 30. April zum Abschluß eines Vertrages. Dieser Verband ist einer der wenigen Unternehmerorganisationen, die sich bisher mit Erfolg der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen entzogen, daß er bei dieser Begebenheit seine Abstinenz aufgeben mußte, verleiht der Sache eine besondere Bedeutung.

In Lindow i. d. Mark kam es ebenfalls zum Abschluß eines Vertrages, an dem die Maurer und Zimmerer partizipieren. Während der diesjährigen Dauer tritt hier eine Lohnerhöhung von 5 ₰ pro Stunde ein.

In Springe, wo die Unternehmer am 16. April unter Vertragsbruch aussperrten, nahm der Zweigvereinsvorsitzende mit den vertragsbrüchigen Unternehmern Rücksprache. Diese erklärten an der Aussperrung keine Schuld zu haben, sondern von anderer Seite beeinflußt worden zu sein. Auch seien sie auf dem Gebiete der Arbeitsverträge noch unerfahren, weshalb wir ihnen die Aussperrung nicht übel nehmen sollten. Sie seien bereit, das Geschehene durch Wiedereinstellung der Arbeiter und Bezahlung der viertägigen unfreiwilligen Feierpause wieder gut zu machen. Am 21. April wurde darauf die Arbeit in Springe wieder aufgenommen.

Verhandlungen in Breslau.

Auf Veranlassung des Gewerbegerichtsvorsitzenden Dr. Braecklein waren die Vertreter der örtlichen Organisationen am 27. April zu einer Verhandlung zusammengetreten. Wolfram von den Unternehmern erklärte gleich zu Anfang, daß sie als örtliche Organisationen nicht befugt seien, bindende Beschlüsse zu fassen, sondern an die Beschlüsse des Bundes gebunden seien. Doch seien sie bereit, Erklärungen und Wünsche der Arbeiter entgegenzunehmen, soweit sie sich auf die örtlichen Sondervorschriften bezögen. Nach einer nahezu zweistündigen Aussprache, in der Dr. Braecklin beiden Parteien gut zuredete, schied man mit dem Versprechen, den beiderseitigen Generalversammlungen das „Resultat" der Verhandlungen zu unterbreiten. Dies „Resultat" besteht allerdings nur in einigen Vorschlägen des Verhandlungsführers. Nach dessen Meinung sollen die Arbeiter den zentralen Vertragsabschluß, die Vorschläge zur Akkordarbeit und die Zulässigkeit von Durchschnitts- und Staffellöhnen akzeptieren, dagegen sollen die Unternehmer die Forderung auf Anerkennung ihrer Arbeitsnachweise fallen lassen. Es erübrigt sich, an dieser Stelle etwas über diese Vorschläge zu sagen. Auf die Aussperrung werden sie weder für Breslau noch für die Gesamtheit einen Einfluß ausüben. Die Versammlungen der örtlichen Organisationen sollen sich darüber äußern und ihre Stellungnahme den Zentralvorständen mitteilen.

Herunter mit der Maske!

Unsere „Freunde" vom Bund sind bekanntlich von riesigem Wohlwollen für die Arbeiterorganisationen erfüllt. Sobald sie es für angebracht halten, sobald sie sich nämlich Vorteil davon versprechen, beteuern sie inbrünstig, wie sehr sie von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugt seien. „Wir freuen uns wahrhaftig darüber, daß sie so starke Organisationen haben", so sagte auch einmal Herr Felisch. Die Bundesleute genieren sich etwas, sie möchten nicht gern den verrufensten Reaktionären und Feinden des Koalitionsrechts gleichgestellt werden, sondern möchten sich den Glorienschein der Organisationsfreundlichkeit erhalten.

Je mehr sich der Kampf fühlbar macht, um so deutlicher tritt jedoch die wahre Natur der Unternehmer hervor. Tagtäglich erhalten wir Nachrichten, wonach die Unternehmerverbände den Arbeitern anbieten, die Aussperrung aufzuheben, wenn die Arbeiter aus der Organisation ausscheiden würden. Dabei machen die Unternehmer gar keinen Unterschied zwischen uns und den Christlichen.

Ueber dies Vorgehen selbst braucht man sich durchaus nicht aufzuregen, es gehört völlig zu den sonstigen Heldentaten der Unternehmer. Nur die Heuchelei muß gebrandmarkt werden, die sich nach außen als koalitionsfreundlich spreizt und in der Praxis des Kampfes die Vernichtung der Organisation erstrebt. Dies Vorgehen der Unternehmer veranlaßt ein bürgerliches Blatt (den „Volksmund" in Bonn) zu folgender Kritik:

„Aufs nachdrücklichste muß aber verurteilt werden, daß man auf dem Umwege der Aussperrung die Koalitionsfreiheit des Arbeiters vernichten will. Wir können uns nichts Schändlicheres denken, als vom Arbeiter zu verlangen, daß er auf das einzige Mittel, um gegenüber der Uebermacht des Kapitals erträgliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen und um sich vor schrankenloser Ausbeutung zu sichern, verzichte und sich schutz- und wehrlos dem kapitalistischen Unternehmer ausliefere. Ein solcher Frongzwang steht für jeden rechtschaffenen, freiheitlich denkenden Staatsbürger noch auf schlimmerer Stufe als die Abhängigkeit von vielen Hunderttausenden, die bei Wahlen und in sonstigen entscheidenden Stunden ihrem politischen Willen keinen Ausdruck geben dürfen, weil sie sonst schweren Schadens für ihre Existenz gewärtig sein müssen!"

In welch schamloser Form die Unternehmer ihr Ansinnen stellen, dafür nur zwei Beispiele. In der Provinz Posen wurde den Kollegen verschiedentlich folgendes Schriftstück zur Unterzeichnung vorgelegt:

Ich, Endesunterzeichneter, versichere auf Ehre und Gewissen, daß ich keinem Arbeiterverbande angehöre und auch solchem keine Unterstützungen angedeihen ließ bezw. lassen werde.

. . . . , den . . April 1910.

In Godesberg am Rhein hat ein Cölner Unternehmer gar verlangt, die Arbeiter sollten an Eidesstatt erklären, daß sie aus der Organisation ausgetreten seien. Man sieht es doch schließlich ein, daß der Kampf nötig war; solcher Scharfmacherwahnsinn läßt sich eben nicht anders als durch rücksichtslosesten Kampf kurieren.

Was ein preußischer Landrat zur Aussperrung zu sagen hat.

In Arnswalde ist ebenfalls ausgesperrt worden. Der Landrat des Kreises, ein Herr v. Meyer (mit ey) wußte sogleich, was er zu tun hatte. Der altpreußischen Beamtentradition ergeben, verfaßte er folgende Bekanntmachung:

Zwischen dem Deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe und dem Zentralverbande der Bauarbeiter sind in letzter Zeit Verhandlungen über ein gemeinsames Tarifmuster gepflogen worden.

Eine Einigung ist bisher nicht erzielt und ist infolgedessen seitens des Deutschen Arbeitgeberbundes die Aussperrung aller organisierten Bauarbeiter vom 15. April dieses Jahres an angeordnet worden.

Dieser Anordnung ist seitens der dem Deutschen Arbeitgeberbunde angehörigen Arbeitgeber im Maurer- und Zimmerergewerbe des hiesigen Kreises entsprochen worden.

Die Poliere, Lehrlinge und die nichtorganisierten Maurer und Zimmerer sind von der Aussperrung nicht betroffen und arbeiten weiter.

Ich warne die ausgesperrten Arbeiter dringend, in irgend einer Weise gegen die arbeitenden Maurer und Zimmerer Ausschreitungen zu begehen oder sie an der Fortsetzung der Arbeit zu hindern.

Die Ortsbehörden des Kreises weise ich an, diese Warnung sofort zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen. Die Ortspolizeibehörden und die Gendarmen des Kreises weise ich an, jede Zuwiderhandlung gegen diese Warnung zur Anzeige bezw. zur strafrechtlichen Verfolgung zu bringen, und ferner dafür Sorge zu tragen, daß den arbeitenden Maurern und Zimmerern der weitgehendste Schutz gegen Ausschreitungen und Belästigungen gewährt wird. Der Landrat. v. Meyer.

Mit seinem Deutsch kann der Herr Landrat gerade nicht viel Staat machen, aber seine Gesinnung ist gut, echt, treu. Er weiß doch gleich, was seines Amtes ist: Polizei und Gendarmerie instruieren! Natürlich zum Schutze der Unternehmer. Ob diese selbst gegen den § 153 der Reichsgewerbeordnung, den der Herr Landrat hier im Hintergrunde erscheinen läßt, verstoßen, daran denkt er vielleicht gar nicht. Wie sollte er auch? Es sind Unternehmer, Stützen des Staates! In der Unschuld seines altpreußischen Herzens enthüllt er das Wesen der preußischen Bureaukratie besser, als es Schücking in seinem Buche über die Reaktion in Preußen getan hat.

Wie könnten die Unternehmer lachen, wenn überall der preußische Landrat herrschte!

Ein Recht, das ihr nicht zusteht,

maßt sich die Schlesisch-Posensche Baugewerks-Berufsgenossenschaft an. Nachdem unsere aufs Pflaster geworfenen Kollegen zur Notwehr greifen, indem sie sich in öffentlichen Blättern selbst zur Ausführung von Maurerarbeiten anbieten, glaubt diese Berufsgenossenschaft dem bauenden Publikum durch eine „Erklärung in der Presse" eine „wohlgemeinte Warnung" übermitteln zu sollen. Darin wird erzählt, welche Pflichten die Bauherren haben und welche Gefahren ihnen drohen, wenn sie ihre Arbeiten nicht einem gewerbsmäßigen Unternehmer übertragen. Ferner droht sie für das Außeracht-lassen der allgemein anerkannten Regeln der Baukunst den Bauherren mit dem Strafgesetzbuch und macht schließlich darauf aufmerksam, daß unzuverlässigen Gewerbetreibenden der Betrieb des Gewerbes untersagt werden kann. Aus der ganzen Fassung der Erklärung geht klar hervor, daß die Berufsgenossenschaft den ängstlich werdenden Bauunternehmern durch Einschüchterung der Bauherren usw. beizuspringen sucht. Dieses einseitige und unbefugte Eingreifen der Berufsgenossenschaft in den Kampf wird nun zwar seinen Zweck kaum erfüllen, muß aber trotzdem aufs entschiedenste zurückgewiesen werden. Die Berufsgenossenschaft sollte sich lieber sonst mehr um die Befolgung der allgemein anerkannten Regeln der Baukunst kümmern, als sich jetzt in Dinge zu mischen, die sie nichts angehen. Wer von unsern Kollegen Arbeiten übernimmt, der wird auch ohne die Schlesisch-Posensche wissen, was er zu tun hat.

Der Nachahmung empfohlen!

Die Kommission der Ausgesperrten in Lörrach antwortete auf die verlogenen Darstellungen des dortigen Unternehmerverbandes im Anzeigenteil der Lörracher Tageszeitungen mit einer richtigen Darstellung des Sachverhaltes. Daran wurde die Bekanntmachung geknüpft, daß die Ausgesperrten bereit sind, Reparaturen usw. in eigener Regie auszuführen, und zwar zum tariflichen Lohn von 48 ₰. Ferner wird darauf hingewiesen, daß die Unternehmer diesen tariflichen Lohn nicht immer bezahlt, aber den Bürgern 60 bis 70 ₰ in Anrechnung gebracht haben. Die Kommission der Ausgesperrten erklärt, für die solide und prompte Ausführung der ihr übertragenen Arbeiten vollständige Garantie zu leisten. In Anbetracht der gemeinen Handlungsweise der Unternehmer fordern wir unsere Kollegen auf, überall, wo sich ihnen dazu Gelegenheit bietet, das Vorgehen der Lörracher und anderer Streikleitungen nachzuahmen. Wir befinden uns im Kriege und müssen gegen die Brutalitäten der Unternehmer alle uns zu Gebote stehenden gesetzlichen und moralischen Mittel in Anwendung bringen. Um sich dabei vor Schaden zu schützen, weisen wir nochmals auf die Notiz: „Bauerlaubnis" in Nr. 17 des „Grundstein" (Seite 201) hin. Für ganz selbstverständlich halten wir es, daß unsere Kollegen die ihnen übertragenen Arbeiten zur vollen Zufriedenheit ihrer Auftraggeber herstellen. — In Pinneberg, wo unsere Kollegen ebenfalls Arbeiten in eigene Regie übernehmen, hat die Leitung der Ausgesperrten außerdem für Unternehmer, die sich nicht an der Aussperrung beteiligen, einen Nachweis von Materialbezugsquellen eingerichtet.

Sympathiebezeugungen.

Die Brutalität der Bauunternehmer hat in erfreulicher Weise das Solidaritätsbewußtsein der deutschen Arbeiterschaft geweckt, was zu erwarten war, nachdem die Scharfmacher aller Gewerbe, insbesondere der Industrie, den Kampf der Bauunternehmer zu dem ihrigen gemacht hatten. Schon ehe der Gewerkschaftskongreß in Berlin die Aufnahme von Sammlungen für die ausgesperrten baugewerblichen Arbeiter beschloß, nahmen die Buchdrucker des Bezirkes Lothringen in einer in Metz abgehaltenen Versammlung einstimmig eine Resolution an, in der den Ausgesperrten die vollste Sympathie und ferner die Erwartung ausgesprochen wird, daß die gesamte Bauarbeiterschaft in dem Kampfe, der für die gesamte Arbeiterschaft von eminenter Bedeutung sei, bis zum Siege ausharre. Im Anschlusse daran wurde beschlossen, sobald der Ruf um Unterstützung ergehe, M. 200 aus der Bezirkskasse zu zahlen und außerdem eine Extrasteuer von 20 ₰ pro Woche und Mitglied zu erheben. In zahlreichen andern Städten forderten die Gewerkschaftskartelle sofort nach der Beschlußfassung des Gewerkschaftskongresses zu Sammlungen auf.

Die Internationale der Unternehmer.

Unzählige Male hat man den Arbeitern ihre Internationalität vorgeworfen, ihre „Verbrüderung mit dem Ausland", und noch vor wenigen Tagen sprach Herr Baumeister Felisch von den „Gliedern eines Volkes", die „so" nicht miteinander sprechen sollen. Daß die Unternehmer diesen Standpunkt nur dann einnehmen, wenn es gilt, gegen die Arbeiter zu hetzen und ihre Bestrebungen in einem falschen Lichte erscheinen zu lassen, das beweist der in den letzten Tagen erfolgte Abschluß eines Kartellvertrages zwischen dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe einerseits und den Verbänden der Bauunternehmer in Holland, der Schweiz und Oesterreich anderseits. Durch diesen Kartellvertrag soll erreicht werden, daß die von den deutschen Bauunternehmern brutal aufs Pflaster geworfenen Bauarbeiter auch in den genannten Ländern keine Arbeit erhalten. Nach dem holländischen Vertrag haben sich die Unternehmer sogar gegenseitig verpflichtet, selbst solche Ausgesperrte nicht einzustellen, die der eigenen Nationalität der Unternehmer des fremden Landes angehören, d. h. selbst die in ihre Heimat zurückkehrenden ausgesperrten holländischen Maurer dürfen von den holländischen Unternehmern nicht eingestellt werden. In den Grenzgegenden sollen möglichst ausführliche Auskünfte über die am Kampfe nicht beteiligten Arbeiter ausgetauscht und schließlich besonders die Maßregeln gefördert werden, die von den unter der Aufsicht der Unternehmer stehenden Arbeitsnachweisen vorgeschrieben werden. Auf diese Weise hofft man nicht nur die ausgesperrten „Volksgenossen", sondern auch die in Deutschland beschäftigt gewesenen Ausländer aushungern zu können. Glücklicherweise ist aber die Macht der brutalen Scharfmacher nicht halb so groß, wie ihr Wille zur Macht, so daß ihre Wünsche trotz der Kartellverträge in der Hauptsache eben fromme Wünsche bleiben werden.

Avis für Abreisende.

Bei der jetzigen großen Aussperrung ist es begreiflich, daß sich Kollegen in großer Zahl den Orten zuwenden, wo keine Aussperrung stattfindet. Noch stärker aber ist nach den bei uns eingehenden Nachrichten der Zuzug in den Orten, wo bereits Verträge mit den Unternehmern abgeschlossen sind und der Friede gesichert ist, am stärksten in Berlin und Hamburg. Um die reisenden Kollegen vor unangenehmen Enttäuschungen zu bewahren, machen wir deshalb darauf aufmerksam, daß der Arbeitsmarkt in diesen beiden Städten, ganz besonders aber in Berlin, das ohnehin keine günstige Konjunktur hat, stark überfüllt ist, so daß zahlreiche Kollegen arbeitslos sind. Außerdem werden von einem Teile der Berliner Unternehmer die aus Aussperrungsgebieten kommenden Maurer nicht eingestellt. Mögen daraus unsere reisenden Kollegen selbst ihre Nutzanwendung ziehen.

Helft uns, sonst sind wir verloren!

Wie aus dem im „Zentralblatt" veröffentlichten Bericht von der Generalversammlung der Berliner Unternehmer hervorgeht, haben die Berliner Unternehmer die ungeheuerlichen Forderungen des Deutschen Arbeitgeberbundes von Anfang an nur „nach außen hin" mit vertreten, „jedoch intern jederzeit auf Mäßigung der Forderungen gedrungen und versucht, die Möglichkeit der Vertragsverhandlung mit den Arbeitern aufrecht zu erhalten". Die Gewaltmenschen im Unternehmerlager waren aber mit diesen vernünftigen Bestrebungen nicht einverstanden. In grenzenloser Ueberschätzung ihrer Kräfte drängten sie auf die Machtprobe, durch die die Arbeiter niedergeworfen werden sollten. So wurde die Vernunft beiseite geschoben und der brutale Wille der Scharfmacher triumphierte. Die Berliner, Hamburger und andere Unternehmer mit gefestigten Organisationen, deren Leiter den machtlüsternen Draufgängern im Bunde an Klugheit und Umsicht unendlich überlegen sind, sahen frühzeitig ein, daß sich das Vorhaben der Scharfmacher nicht durchführen lasse und daß es deshalb ein Verbrechen wäre, durch einen nutzlosen Kampf das wirtschaftliche Leben des Landes zu erschüttern und Not und Elend über Hunderttausende Familien zu verhängen. Und sie richteten sich nach ihrer Einsicht und schlossen Frieden.

Aber: „Wo rohe Kräfte sinnlos walten...." usw. Im Bunde walteten sie: Der Wahnwitz der Scharfmacher verhängte die Aussperrung. Kaum aber hatte diese begonnen, da riefen und jammerten die großen Helden von gestern nach der Hilfe derer, die sie stets dringend vor Unbesonnenheiten gewarnt hatten. Berlin sollte helfen, Berlin sollte das „Zünglein an der Wage" sein. Und als man sah, daß in Berlin die Vernunft siegreich zu bleiben drohte, da griff man zu Gemeinheiten, zu Verdächtigungen der leitenden Personen der Berliner Unternehmer, denen man Bestechlichkeit und Verrat vorwarf. Aber die Stimmen der feigen Hetzer, denen der Mut fehlte, ihr elendes Machwerk mit ihrem Namen zu decken, verhallte bei den Berliner Unternehmern völlig ungehört, und als Baumeister Heuer in der Generalversammlung auf diese Verdächtigungen aufmerksam machte, da trug dies nur zu der Verstärkung der Begeisterung bei, die später zu stürmischen Ovationen für ihn führte. Trotz der Bitte Heuers, doch die Gegner seiner Ansicht zu Worte kommen zu lassen, votierte die Versammlung mit überwältigender Einmütigkeit für den Schluß der Debatte. Nicht einmal die von auswärtigen Verbänden eingegangenen Schreiben, die die Berliner noch in letzter Stunde zur Aussperrung bewegen wollten, wollten die Berliner Unternehmer noch hören. „Wir haben euch gewarnt", das war ihr Standpunkt, und sie stimmten dem Friedensschluß einstimmig zu.

Nachträglich kommt uns nun noch ein Druckschreiben zu Gesicht, in dem ein G. E. „im Einverständnis mit vielen Leipziger Kollegen" die Berliner Unternehmer anfleht, den Aussperrungswüterichen die Hand zu reichen, „selbst wenn in Berlin die Aussperrung nicht allgemein erfolgen könnte". Man solle doch bedenken, daß das Berliner Beispiel „uns den Kampf ungeheuer erschwert, da eine Anzahl kleinerer Städte sich mit der Nichtteilnahme Berlins entschuldigt, anderseits aber unsere Auftraggeber einen Druck auf uns ausüben mit dem Hinweis: *was in Berlin nicht erforderlich schien, ist auch für hier nicht nötig*". Es sei vorauszusehen, daß, wenn durch die Nichtteilnahme Berlins der Kampf verloren gehe, das frühere Elend des städteweisen Kampfes wieder eintrete usw. Schließlich heißt es: „... Denken Sie daran, ... daß der *durch das Ausbleiben Berlins in Frage gestellte Kampf* durch Ihren Beitritt sicher gewonnen wird."

Nun, an einen Sieg der Unternehmer wäre zweifellos auch dann nicht zu denken gewesen, wenn Berlin nicht aus dem Kampfe ausgeschieden wäre. Nachdem es ausgeschieden ist, nachdem den Scharfmachern weder ihre Hilferufe, noch ihre Hetzereien nützten, mögen sich diese doch ein wenig verlassen vorkommen. Arme Scharfmacher!

Ein ganz Drolliger

darf in der „Baugewerks-Zeitung" erzählen, die „Arbeitgeber" hätten „doch längst sicher vorausgewußt", daß es in Berlin zu einem Sonderabschluß kommen werde; die Arbeiter hätten deshalb gar kein Recht, ihren Leuten einzureden, es sei wieder ein Stein von der festen Mauer der Zusammengehörigkeit (!!) unter den Arbeitgebern (!!) abgebröckelt. Sie hofften natürlich nur, mit ihrem gekünstelten Freudenjubel auf die Reihen der Arbeitgeber entmutigend einzuwirken. Dann plappert er in treuer Anhänglichkeit seinem Meister Felisch nach, was dieser sich heute — wir nehmen dies zu seiner Ehre an — schämen würde, nochmal zu sagen, nämlich:

„In Berlin handelt es sich besonders um Lohnfragen, wir aber haben ideelle Werte zu schützen und dafür zu kämpfen, daß wir, die wir den Arbeitern den Verdienst geben, auch die Herren auf unserm Bauplatz bleiben und uns selbst unsere Angestellten aussuchen dürfen, die wir für tüchtig halten, um mit ihnen in gemeinsamer, schaffensfroher Arbeit auch die schweren Pflichten erfüllen zu können, die uns unser verantwortungsvoller Beruf auferlegt."

Ist das nicht ein ganz drolliger Kerl?

Entlarvte Lügner.

Die Lügen der Unternehmer sind zum Teil so handgreiflich dick, daß es einer anständigen Zeitung ganz unmöglich ist, sie zu verbreiten. Die Unternehmer verlangen aber, daß diese Lügen wenigstens von den ihnen nahestehenden Presse trotzdem verbreitet werden, und da dies in manchen Fällen nicht geschah, erteilte sowohl die Geestemünder wie die „Rheinisch-Westfälische Arbeitergeberzeitung für das Baugewerbe" dieser Presse einen kräftigen Rüffel. Als auch das nichts half, gab Herr Schmiedehaus am 22. April eine Sonderausgabe seiner „Arbeitgeberzeitung" heraus, in der er der Tagespresse vorwarf, sie bringe über die Aussperrung unrichtige Mitteilungen. Das war nun selbst den Unternehmern gewiß nahestehenden „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" und der „Kölnischen Zeitung" zu viel, und so schrieben denn die beiden Organe eine Erwiderung, in der die Unternehmer in trefflicher Weise als, sagen wir mal „Aufschneider", entlarvt und charakterisiert werden. Die „Kölnische Zeitung" schreibt:

„Die „Rheinisch-Westfälische Arbeitgeberzeitung für das Baugewerbe" (verantwortlicher Redakteur H. Schmiedehaus-Essen) veröffentlichte am Samstag eine Sonderausgabe „Zur Aufklärung". In dem einzigen Artikel, den diese Sonderausgabe enthält, findet sich an erster Stelle ein unerhörter Angriff auf die gesamte Presse. Herr Schmiedehaus behauptet nämlich, „in den Tageszeitungen würden täglich Nachrichten über den Kampf im Baugewerbe veröffentlicht, die, von vereinzelten Mitteilungen abgesehen, unrichtig seien". Ganz besonders seien im „rheinisch-westfälischen Industriebezirk von einigen Tageszeitungen Zahlen der Ausgesperrten angegeben worden, die auf freier Erfindung der Einsender beruhten". Aus verschiedenen Orten sei berichtet worden, daß die Sperre nur teilweise durchgeführt sei, daß bei vielen Bauten gearbeitet würde. Hiergegen stellt Herr Schmiedehaus ausdrücklich fest, daß „diese Mitteilungen, insbesondere die, aus Essen, Dortmund, Gelsenkirchen, Essen-Land, falsch seien". Er bittet die Mitglieder des Arbeitgeberbundes „dringend, sämtliche derartigen Berichte mit dem größten Mißtrauen aufzunehmen". Dazu bemerkt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" mit vollem Recht:

Ein schlechterer Dienst konnte der Sache der Arbeitgeber nicht erwiesen werden als dieser ungeschickte und durchaus unberechtigte Angriff auf die deutsche Tagespresse. In Wirklichkeit liegt die Sache geradeumgekehrt. Durch die Geschäftsstelle des Arbeitgeberbundes, der Herr Schmiedehaus als Direktor vorsteht, war vor dem Ausbruch der Aussperrung verbreitet worden, am 15. April würden in ganz Deutschland 300 000 Bauarbeiter ausgesperrt werden; in Essen würde die Sperre 5000 Bauarbeiter treffen. Diese Zahlen, die auch wir in gutem Glauben verbreiteten, erwiesen sich bald als durchaus falsch; denn die Aussperrung nahm keineswegs den Umfang an, der vorher angekündigt worden war. Hier in Essen konnte sich jeder überzeugen, daß an zahlreichen Bauten noch weiter gearbeitet wurde. Die Gewerkschaften, die ebenfalls genau über die Zahl der Ausgesperrten im eigenen Interesse Buch führten; gaben in den folgenden Tagen nach der Aussperrung die Zahl der Ausgesperrten auf 1000 bis 1500 an. Wer sich um die „nötige Aufklärung" an Herrn Schmiedehaus, der doch darüber unterrichtet sein mußte, wandte, erhielt entweder zur Antwort, Herr Schmiedehaus sei nicht zu sprechen oder bestimmte Zahlen könne man noch nicht angeben. Daraufhin zogen wir, wie zahlreiche andere Blätter, selbst Erkundigungen bei mehreren Firmen ein, überzeugten uns durch einen Rundgang durch die hauptsächlichsten Baugebiete davon, daß an zahlreichen Bauten noch weiter gearbeitet wurde .... Herr Schmiedehaus wird mit seiner Behauptung, daß alle diese Zeitungen und ihre Berichterstatter falsche Angaben gemacht oder frei erfunden hätten, nirgendwo Glauben finden, um so mehr, da er damals selbst eingestand, die Zahl der Ausgesperrten nicht zu kennen!"

Bekanntlich leistete sich dieser „Verbandsdirektor" Schmiedehaus in der letzten Nummer des „Grundstein" eine Berichtigung für seinen Komplicen Fritz, in der er, sonderbarerweise gerade er, für Fritz die Behauptung aufstellte, dieser habe die von uns gebrachte oder auch nur eine ähnliche Aeußerung* nicht getan. Nach der vorstehenden Charakterisierung des Direktors Schmiedehaus durch die ihm nahestehenden Blätter wird man wissen, was man von seiner Berichtigung zu halten hat. Architekt Fritz selbst bestreitet übrigens nicht, den Ausspruch getan zu haben, sondern meint nur, er sei unrichtig und verstümmelt weitergegeben worden. — Er soll sich nur genau besinnen, dann wird er schon finden, daß das keineswegs der Fall ist.

Herr Fritz kann sich nicht mit sophistischen Erklärungen um diese doch gewiß nicht unerhebliche Sache herumdrücken. Er soll uns unzweideutig erklären, ob er in der Versammlung am 9. April eine Aeußerung in dem Sinne getan hat, daß die Unternehmervertreter in der Verhandlung am 8. April die Frage der Arbeitszeitverkürzung nur aus taktischen Gründen in den Vordergrund geschoben hätten, nämlich in der Voraussicht, daß die Verhandlungen daran scheitern müßten, ohne daß man den Unternehmern die Schuld dafür zumessen könnte. Das soll uns Herr Fritz erklären. Aber rund heraus und ohne Zweideutigkeiten und Winkelzüge. „Unrichtig", „verstümmelt", das kann jeder sagen; hier heißt es klar und deutlich Farbe bekennen! Hier, Herr Fritz, ist Rhodus, hier müssen Sie tanzen!

* „Wir haben bei den Verhandlungen am 8. April unter dem Vorsitze des Regierungsvertreters die Frage der Arbeitszeit und unsern Cölner Beschluß dazu nur darum in den Vordergrund geschoben, um eine Klippe zu haben, an der die Verhandlungen scheitern mußten. Das ist uns auch glücklich gelungen!"

Den Mund gestopft

haben die Kieler Kollegen ihren Unternehmern, als diese öffentlich behaupteten, die Aussperrung sei die Folge der hohen Arbeiterforderungen. In der Erwägung, daß gegenteilige Beteuerungen kaum Eindruck machen würden, hat der Zweigvereinsvorstand die bürgerliche Presse, die die Behauptungen der Unternehmer verbreitete, veranlaßt, das offizielle, von dem Unternehmersekretär verfaßte Protokoll der Einigungsverhandlungen abzudrucken. Darin heißt es nun:

„Herr Kober gibt als Gauleiter die Erklärung ab, daß die Arbeitnehmer sich mit den bisherigen Lohnsätzen auf die Dauer eines weiteren Jahres einverstanden erklären würden."

Daraufhin erklärte dann die „Kieler Tagespost":

„Aus dem Inhalt des Protokolls ergibt sich allerdings die von jedem Informierten bis dahin auch anerkannte Tatsache, daß die Ursache des großen Konfliktes im Baugewerbe nicht in den Lohnforderungen der Bauhandwerker und Arbeiter zu suchen ist, und wir nehmen daher Gelegenheit, jenes hier zur Kenntnis der Oeffentlichkeit zu bringen."

Angst vor der Sozialdemokratie

macht der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe von Wittenberge den Bauern, die zur Fertigstellung ihrer Arbeiten ausgesperrte Maurer usw. eingestellt haben oder solche einzustellen gedenken. Er versendet an die Bauern in weiter Umgebung ein Rundschreiben, in dem es heißt:

„Es ist festgestellt worden, daß gerade der Landmann diese Leute einstellt, um seine Arbeit ein paar Pfennige billiger zu bekommen; er ist sich wohl der Tragweite seiner Handlungsweise gar nicht bewußt, daß er durch Bezahlung dieser Leute die Bestrebungen der Sozialdemokratie unterstützt, damit diese gegen ihre Meister kämpfen können."

Die Landleute werden aufgefordert, keine Ausgesperrten einzustellen und dadurch die Meister zu unterstützen. Daß diese Aufforderung viel helfen wird, glauben wir nicht, um so mehr, da ja die Unternehmer selbst angeben, daß die Ausgesperrten die Arbeiten billiger machen. Unsere Kollegen werden aber daran erkennen, wie unbequem ihre Konkurrenz den Unternehmern ist.

Staatshilfe

wird den Unternehmern in Hildesheim gewährt, indem an Stelle der Ausgesperrten Gefangene zu den Abbruchsarbeiten am Gefängnis kommandiert werden, obwohl die Ausgesperrten sehr gerne bereit wären, die Arbeit zu verrichten. Gegen diese einseitige Stellungnahme der Behörden, zugunsten der Unternehmer, muß entschieden Einspruch erhoben werden, um so mehr, da unter den beim Abbruch verwendeten Gefangenen anscheinend kein einziger Fachkundiger ist. Nachdem der Unternehmer Algermissen, dem die Arbeit am andern Teil des Gefängnisses übertragen war, seine Leute ausgesperrt hat, hätte man von einer Behörde die Unterstützung der Machtprotzen billigerweise nicht erwarten sollen.

Sie lügen weiter.

Ohne Lügen, Fälschungen und Verdrehung der Tatsachen kommen die Unternehmer nicht aus. Obwohl wir ihnen dabei schon oft auf die Finger klopften und sie auf ihre Lügen festnagelten, und obwohl sich selbst die bürgerliche Presse nach und nach von der verlogenen Stimmungsmache der Unternehmer überzeugt, tauchen in den Machwerken der Unternehmer die alten, tausendmal totgeschlagenen Lügen doch immer wieder aufs neue auf. Selbst die im amtlichen Protokoll über die Verhandlung vor dem Reichsamt des Innern enthaltenen Tatsachen werden auf den Kopf gestellt, um der Bevölkerung zu zeigen, daß die Arbeiter Unrecht haben. Mit welcher Unverfrorenheit dies geschieht, mag ein Beispiel aus Mülsen-St. Jakob zeigen. Dort ließen Unternehmer rote Plakate anschlagen, in denen sie nach Aufzählung der fünf bekannten Differenzpunkte erklären:

„Eine Verhandlung auf Grund der vorstehenden fünf Punkte haben die Arbeitnehmer rundweg abgelehnt und zwangen dadurch die Arbeitgeber, den Kampf durch Aussperrung ihrer Arbeiter aufzunehmen. Jeder Einsichtige mag urteilen, wem die Schuld hieran beizumessen ist."

Was sagt nun das amtliche Protokoll dazu? Folgendes:

„Namens der Arbeiter erklärte Herr Bömelburg sie seien bereit, diese Punkte heute zu besprechen; bei den künftigen Verhandlungen müsse aber auch der Weg hinsichtlich der Arbeitszeitverkürzung frei sein. Herr Baumeister Busch beantragte Schluß der Besprechung hierüber; die Arbeitgeber müßten es ablehnen, über die fünf Punkte zu verhandeln, wenn nicht die Arbeitszeitfrage zuvor erledigt sei... Der Vorsitzende macht noch den Vorschlag, den Parteien seinerseits zu diesen fünf Punkten einen Ausgleichsvorschlag zu machen, den die Parteien ihren zuständigen Organen vorlegen sollten. Herr Busch bat, hiervon Abstand zu nehmen; die Arbeitgebervertreter seien nicht mehr in der Lage, jetzt noch Vorschläge entgegenzunehmen, nach einigen Wochen werde dazu die Zeit günstiger sein."

Natürlich waren diese Tatsachen auch den plakatanklebenden Unternehmern in Mülsen-St. Jakob bekannt, was schon daraus hervorgeht, daß die Plakate anonym erschienen,

Der Arbeitgeberverband schämte sich offenbar, seinen Namen unter diese handgreifliche Lüge zu setzen, die, um gegen die Arbeiter Stimmung zu machen, in Umlauf gesetzt werden mußte. In ähnlicher Weise wird auch in den meisten andern Orten geschwindelt, nur daß dort die Unternehmer noch den „Mut“ haben, ihren Schwindel mit ihrem Namen zu decken.

Aus der Werkstatt der Scharfmacher.

Einen interessanten Einblick in die Praxis der Unternehmerverbände, während der Aussperrung, gewährt ein Bericht über eine — selbstverständlich streng geheime — Versammlung der Frankfurter Unternehmer. Der Bericht ist uns von einem Teilnehmer zur Verfügung gestellt worden. Er lautet:

Der Verband baugewerblicher Unternehmer hielt am 26. April seine Generalversammlung hinter verschlossenen Türen ab, in der der Vorsitzende Lüscher Bericht über den Stand der Aussperrung gab. Lüscher berichtete, die Zahl der Ausgesperrten belaufe sich nach der Feststellung der Unternehmer auf 240 000 bis 250 000. Die von den Arbeiterorganisationen angegebenen Zahlen (120 bis 130 000) seien falsch; selbst die „Volksstimme“ habe von 240 000 gesprochen. Die Aussperrung sei also gut durchgeführt. Die Industriellen hätten weitestgehende Unterstützung zugesagt und sich bereit erklärt, nur Leute mit Entlassungsscheinen einzustellen. Vor allen Dingen müßten aber die Mitglieder selbst zur Verschärfung der Aussperrung beitragen, durch Zurückstellung aller Bauvorhaben auf spätere Zeiten. Durch diese Maßnahmen seien wohl große Opfer zu tragen, aber da sollten sich die Mitglieder als Beispiel die Arbeiter in diesem Kampfe ansehen. Die jetzigen Nachteile der Aussperrung würden überwogen durch die kommenden Vorteile. Zur Unterstützungsfrage teilte Lüscher mit, daß Geldmittel zur Unterstützung der Mitglieder reichlich vorhanden seien. Der Arbeitgeberverband hätte ebensoviel Geld wie die Arbeiterverbände. An welche Unternehmer Unterstützung gezahlt werden solle, sei im Vorstande noch nicht entschieden, vorläufig solle das vorhandene Geld zur Durchführung der Materialsperre verwendet werden. Alles vorhandene Baumaterial solle in den nächsten Tagen vom Arbeitgeberverband aufgekauft werden.

Recht interessant ist die Stellung des Oberscharfmachers zu den vom Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Herrn Dr. Hiller, in die Wege geleiteten Einigungsverhandlungen. Hierzu erklärte Lüscher: Der Arbeitgeberbund lehne jede Vermittlung dritter Personen, wer es auch sei, ab. Die geplante Vermittlung durch Dr. Hiller sei nicht dessen eigener Initiative entsprungen, sondern die Arbeiter hätten jedenfalls Herrn Hiller hierzu gedrängt. Auch habe Herr Stadtrat Luppe seine Vermittlung angeboten; diesem habe er aber den „Kern des Streites“ auseinandergesetzt, so daß Herr Stadtrat Luppe nun vollkommen den Standpunkt der Arbeitgeber teile. Diese Mitteilung Lüschers wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Mit der Haltung der Presse, auch der bürgerlichen, ist Lüscher sehr unzufrieden. Besonders die „Frankfurter Zeitung“ habe einen Ton angeschlagen wie sozialistische Zeitungen.

In der nun folgenden Diskussion führten viele Unternehmer Beschwerde, daß so viele Arbeitgeber, besonders die Großfirmen, nicht, oder nur zum Teil ausgesperrt hätten. In Rödelheim, Heddernheim, Esch-Eschersheim usw. merke man überhaupt nichts von der Aussperrung. Dort sei massenhaft Baumaterial vorhanden und auch noch zu bekommen. Auch hätten viele Unternehmer fast alle Gesellen zu Poliere gemacht und hätten ihre Arbeiten zur Täuschung an Dritte abgegeben. Gegen alle angeführten Mißstände verspricht Lüscher einzuschreiten. Mit den schärfsten Mitteln solle die Aussperrung in den nächsten Wochen durchgeführt werden. Es sei Fürsorge getroffen, daß die große Metallwarenfabrik von Vogt & Häfner, welche ihre Bauarbeiten jetzt in eigener Regie ausführt, vom Verein Deutscher Arbeitgeberverbände gezwungen würde, die Arbeiter zu entlassen. Die Firma Holzmann am Osthafenbau und Hanke am Ausstellungsgebäude sollten zur sofortigen Aussperrung genötigt werden. Zur Einstellung der Arbeiten am Warenhausneubau Wronker seien schon alle Mittel versucht worden; doch habe die Firma erklärt, sie bekäme im Falle der Materialsperre genügend Material, selbst wenn es vom Ausland bezogen werden müßte.

Die Weißbindermeister sollten zur Entlassung der Gipser veranlaßt werden. Die als Poliere angestellten Arbeiter, sowie die Nichtorganisierten, sollten sämtlich entlassen werden. Eine Kommission solle hierüber strenge Kontrolle üben, damit keine Schiebungen vorgenommen würden. Allen Unternehmern, denen Schiebungen nachgewiesen werden könnten, solle daraufhin sofort der Wechsel präsentiert werden. (Den brauchen sie aber nicht zu bezahlen. Die Red. d. „Grundstein“.)

Zur gründlichen Durchführung der Materialsperre, ersucht Lüscher seine Mitglieder, jeden möglichen Druck auf die Materiallieferanten auszuüben. Doch solle man dabei Vorsicht walten lassen. Wie es gemacht werden müsse, könne er als Vorsitzender nicht leicht aussprechen, da man unter Umständen wegen dieser Dinge nach Preungesheim kommen könne. (Nämlich ins Gefängnis! Doch Lüscher irrt, das Auge des Gesetzes schließt sich schon, wenn es über Unternehmer wachen muß. Die Red. d. „Grundstein“.)

Zum Schluß betonte Lüscher noch, daß es nur durch vollkommene Einigkeit gelingen könne, den Sieg über die Arbeiter davonzutragen. In zirka drei bis vier Wochen fände eine große Versammlung der Arbeitgeber des ganzen Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes im Kaufmännischen Verein statt, dort wolle man dann den Kampf in noch schärferer Form beschließen. Bis in den Winter müsse die Aussperrung ausgedehnt werden. (Diese letzte Aussicht wird die Unternehmerherzen gerade nicht höher schlagen lassen. Die Red. d. „Grundstein“.)

Uebrigens hat Herr Lüscher erfahren müssen, daß Lügen manchmal sehr kurze Beine haben. Die Frankfurter „Volksstimme“ schreibt nämlich:

Zu den gestern mitgeteilten Auslassungen des Herrn Lüscher ermächtigt uns Herr Stadtrat Dr. Luppe, öffentlich zu erklären, wenn Herr Lüscher wirklich gesagt haben sollte, daß er (Luppe) den Standpunkt der Arbeitgeber teile, so habe er etwas behauptet, was in keiner Weise den Tatsachen entspreche. Stadtrat Dr. Luppe hat sich sowohl beim Genossen Hüttmann, als dem Vertreter der Arbeiter, wie auch bei Herrn Lüscher über den Stand und die Ursachen der Bauarbeiteraussperrung informiert, um im Magistrat darüber zu referieren. Er habe aber durch keinerlei Bemerkungen Herrn Lüscher gegenüber irgendwie zum Ausdruck gebracht, daß er den Standpunkt der Unternehmer teile.

Der Bundesvorstand lehnt Verhandlungen ab.

In Frankfurt am Main hatte der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Dr. Hiller, Verhandlungen anzubahnen versucht. Die Frankfurter Arbeiterorganisationen waren bereit, sich an diesen Verhandlungen zu beteiligen. Dagegen lehnten das die Unternehmer ab. Auf Anfrage Dr. Hillers beim Bundesvorstande teilte dieser mit, daß weder er selbst noch sein Frankfurter Verband zu den Verhandlungen kommen würden. Er motivierte das damit, daß erst das Vertragsmuster festgestellt sein müßte, ehe örtliche Verhandlungen gepflogen werden könnten. Diese Motivierung charakterisierte sich als eine hilflose Ausrede, die nur von dem Bestreben diktiert ist, überhaupt keine Verhandlungen zuzulassen. Im Januar und Februar dieses Jahres hat man doch auch örtlich verhandelt, ohne mit dem Vertragsmuster fertig zu sein. Der Bundesvorstand befürchtet, und wahrscheinlich mit gutem Recht, daß seine Mitglieder bei örtlichen Verhandlungen die Vergewaltigungsanträge kalten Herzens fallen lassen würden, um die Last der Aussperrung los zu werden. Das will er verhindern, und darum erklärt er sich generaliter gegen örtliche Verhandlungen.

Wie die Unternehmer in Dresden belogen wurden.

Auf der Dresdener Generalversammlung der Unternehmer erklärte bekanntlich der Bundesvorstand, die Berliner Vertreter blieben deshalb der Generalversammlung fern, weil die Verhältnisse in der Reichshauptstadt noch nicht genügend geklärt seien. Nach dem Bericht, den Baumeister Heuer in der letzten Versammlung der Berliner Unternehmer gab, verhält sich die Sache aber gerade umgekehrt: in Berlin war die Sache völlig geklärt; die Berliner Unternehmer wußten, was sie wollten, nämlich den Frieden oder doch weitere Verhandlungen. Weil sie das wollten und weil sie der Generalversammlung klaren Wein einschenken wollten, deshalb beschloß der Bundesvorstand, die Berliner nicht an der Generalversammlung teilnehmen zu lassen. Offenbar fürchtete er, die Unternehmer könnten durch die sachlichen Darlegungen der Berliner von der Frivolität der Feuermayer und Konsorten überzeugt werden und von der Aussperrung Abstand nehmen. Das mußte aber unter allen Umständen vermieden werden. Deshalb schloß er die Berliner von der Generalversammlung aus und log den Vertretern der deutschen Bauunternehmer vor, die Berliner seien der Generalversammlung von selbst ferngeblieben. Echte Helden!

Ein Uebergeschnappter.

„Grafs Finanz-Chronik“, Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 100, enthält in der Nr. 15 vom 11. April folgenden Leitartikel:

„Der Streik im Baugewerbe. Die Maurer und Zimmerleute bezwecken durch einen Streik eine neuerliche Verbesserung ihrer Position in taktischer, Lohnzahlungs- und Arbeitszeithinsicht. (!!) Die Sympathien des Bürgertums haben die Streikenden nicht. Die Bürgerschaft hat sich angewöhnt, veranlaßt durch die immerwährenden Klagen der Maurer und verwandten Gewerbe, mehr Interesse zu gewinnen für die Lebensweise der Angehörigen dieser Gewerbe, und das absprechende Urteil über den Streikübermut ist ein allgemeines. Der gegenwärtige Streik gewinnt den Charakter der Frivolität; denn es ist tatsächlich unerhört, daß so kurz nach dem Ablauf einer langwierigen Krise sich heute schon wieder diese ohnehin gut bezahlten Arbeiter mit ihren sich nahezu alljährlich steigernden Ansprüchen melden. — Es sind gegenüber diesen Leuten, die keineswegs durch eigene Sparsamkeit, durch den Verzicht auf überflüssige Genüsse vorwärts zu kommen trachten, diejenigen Leistungen aufzuzählen die sich die Arbeitgeber seit langem auferlegen, um die Gefahr zu beschwören. Eine Gefahr, die gar nicht niederzuhalten ist bei der sich stets steigernden Genußsucht, dem Mangel an Selbstzucht, gewolltem Verhorresizieren der Sparsamkeit, brutaler Rücksichtslosigkeit gegenüber den Interessen anderer Bevölkerungsschichten. — Das alles muß früher oder später doch zu einer Auseinandersetzung führen. Ich selbst gehörte noch beim letzten Bergarbeiterstreik zu denen, die energisch die Interessen der Bergarbeiter verfochten. Ich nehme für mich in Anspruch, daß es in einem Blatte, wie dem meinigen, einer noch größeren Selbstlosigkeit bedurfte, so wie geschehen, gegen die Thyssen und Stinnes aufzutreten, als deren ein Redakteur des „Vorwärts“ zu solcher Zeit bedarf. Aber inzwischen haben uns die letzten Jahre seit Crimmitschau gezeigt, wohin das deutsche Bürgertum mit der permanenten Rücksichtnahme auf das erlogene Armeleutegerede kommt. Erlogen, weil diese gut bezahlten Angehörigen der Sozialdemokratie ohne eigenen Verzicht auf Ueberflüssiges, ohne eigene eiserne Sparsamkeit, begünstigt und großgezogen von der Weltfremdheit deutscher Theoretiker, allgemach allzu egoistisch am Marke der Nation zehren, für die Zeit der Arbeit die unbedingten Ansprüche auf ein gutes Leben zu haben glauben und es drittens und letztens für ihr bestes Recht halten, auf Staats- und Unternehmerkosten schließlich fürs Alter versichert zu sein. Wer diese gut genährten Gestalten der Bauarbeiter in den Neubauvierteln der Großstädte sieht, wer da die Art und Weise der sechs und noch mehr Mahlzeiten bei permanentem Flaschenbiergenuß auf dem Bau selbst, die Zigarre im Munde des fleißigen Arbeiters beobachtet, den überkommt, gehört er den sogenannten gebildeten Kreisen an, häufig das Bedauern, nicht selbst Maurer geworden zu sein. Es überkommt einen das Verlangen nach einem Freiherrn v. Stumm, der diesen Leuten auf dem Wege des patriarchalischen Zwanges Sparsamkeit lehrte, indem er ihnen während der Arbeitszeit Zigarren- und Biergenuß untersagt und sie belehrt, daß man in Bürgerkreisen es für Verschwendung erachtet, sechs warme Fleischspeisen des Tages in der nächsten Kneipe zu konsumieren, weil zwei derartige Mahlzeiten denselben Zweck erfüllen, und bei Hungergefühl zwischendurch die Schmalzstulle ihren Zweck gerade so erfüllt. Aber wo ist heutzutage der Baumeister, der es wagte, auf seinem Bau während der Arbeitszeit das Flaschenbier und die Zigarre im Munde zu verbannen? Sei es auch nur, um Sorge zu tragen, daß bei der nächsten Abrechnung und nach Abzug der Wochenrechnung der nächsten Kneipe für die Familie des Herrn Maurers noch etwas mehr übrig bleibt, als die tägliche Kartoffelsuppe. Arbeiterschichten, in denen die große Mehrzahl der Zugehörigen infolge solchen Uebertreibens der Genußsucht, um nicht direkt zu sagen der Freß- und Saufsucht, allwöchentlich vergißt, die Sparsamkeit im Interesse der eigenen Frau und darbender Kinder anzuwenden, haben schon längst das Recht verloren, ernst genommen zu werden, und sich durch von Hetzern und Theoretikern geleitete „Verbände“ angeblich „vertreten“ zu lassen.“

Als wir diesen Artikel zum erstenmal lasen, glaubten wir, sein Verfasser wäre ein ganz frecher Lausbube, der sich durch eine Riesengemeinheit von den Scharfmachern die Sporen zu verdienen gedenke, und wir waren deshalb willens, ihm mit gebührender Grobheit unsere Meinung zu sagen. Nachdem wir aber den Artikel wiederholt gelesen hatten, kamen wir zu der Ueberzeugung, daß wir es hier mit einem armen Uebergeschnappten zu tun haben, der für sein Tun nicht verantwortlich gemacht werden kann und gegen den sich deshalb eine Polemik erübrigt. Offenbar schämen sich dieses Bedauernswerten selbst die Unternehmer; denn wir haben bis jetzt noch nirgend gelesen, daß sie auf ihn Bezug genommen hätten.

Die müssen es ja wissen.

Die Industriellen nämlich. Diese Leute glauben jetzt den Bauunternehmern mitteilen zu sollen, um was es sich beim jetzigen Kampf eigentlich handelt. So druckt denn die „Baugewerks-Zeitung“ (Nr. 34) auf die Bitte der „Hauptstelle der deutschen Arbeitgeberverbände“ an leitender Stelle einen aus der „Neuen Reichskorrespondenz“ entnommenen Artikel ab, in dem es heißt:

„Glaubt man wirklich, daß es sich nur um die Erkämpfung einiger Tarifparagraphen handelt? Um papierene Bestimmungen willen greifen nicht ernste, nüchtern erwägende Männer zur zweischneidigen Waffe der Aussperrung, legen nicht zahllose Unternehmer ihre Betriebe still, nehmen nicht kaufmännisch rechnende Köpfe ungeheure Opfer auf sich. Es gilt mehr, es gilt die Existenz des ganzen Gewerbes. Von Jahr zu Jahr haben sich die Arbeitgeber im Baugewerbe von den Gewerkschaften zurückdrängen lassen, eine Position nach der andern haben sie preisgeben müssen, Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung war das Ergebnis jeder Tarifernenerung. Einmal aber kommt der Moment, wo auch der Entgegenkommendste einsieht, hier ist die Grenze, hier ist Nachgiebigkeit nicht mehr am Platze.“

Den Schwindel von der bedrohten Existenz des Gewerbes haben wir bereits in der letzten Nummer unseres Blattes ins rechte Licht gerückt, er wird dadurch nicht zur Wahrheit, daß er von Leuten wiederholt wird, die von unserm Gewerbe soviel Ahnung haben, wie der Ochs von den Einrichtungen einer Apotheke. Mit den Unternehmern aber ist es weit gekommen, wenn sie sich von solchen Leuten sagen lassen müssen, um was es sich bei diesem Kampfe handelt.

Sie tun es freiwillig!!

Die „Baugewerks-Zeitung“ (Nr. 34) behauptet:

„Wenn in einigen schlecht unterrichteten Berliner Zeitungen von einer Drohung des Arbeitgeberbundes an den Berliner Verband die Rede war, so entspricht das nicht den Tatsachen. Ein Zwang wird im Bunde nicht ausgeübt, die gemeinsam gefaßten Beschlüsse sind bisher infolge einer freiwilligen Disziplin gemeinsam ausgeführt worden in der Erkenntnis, daß den geeinten Arbeitermassen gegenüber auch die Arbeitgeber als Einheit auftreten müssen.“

Die „Baugewerks-Zeitung“ sollte sich schämen, die Oeffentlichkeit in so dummdreister Weise zu belügen. Es ist doch nachgerade bekannt genug, daß Tausende Unternehmer nur durch den schlimmsten Terrorismus, durch Androhung von Strafen, durch die Materialsperre und ähnliche Mittel zur Befolgung der Bundesbeschlüsse ge-

zwungen werden. In den Unterweserorten z. B. ist in dieser Beziehung geradezu erstaunliches geleistet worden, und noch in den letzten Tagen verhängte der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Industriegebiet über die Ortsgruppe Glindbeck, die sich mit den Arbeiterorganisationen verständigt und einen neuen Vertrag abgeschlossen hatte, die Materialsperre, um sie auf diese Weise zur Aussperrung zu zwingen. In vielen andern Orten liegen die Dinge ähnlich. Wir verweisen besonders auf den Bericht über die Versammlung der Frankfurter Unternehmer. Wenn der Bund auf den Berliner Verband keinen Zwang ausgeübt hat, so deshalb, weil dazu seine Macht nicht ausreichte. Der Berliner Verband ist selbstverständlich zu stark, als daß er durch terroristische Mittel unter das Joch des von den Agenten der Industriellen befehligten Bundes gebeugt werden könnte. Genau ebenso war es in Hamburg. Wenn die Scharfmacher die Macht hätten, über diese Gebiete die Materialsperre zu verhängen, so täten sie das nicht mehr als gerne. Aber hier hängen ihnen die Trauben zu hoch und deshalb benutzt man die Gelegenheit zu der feierlichen Versicherung, daß man im Bund keinen Zwang ausübe. Damit gibt man aber gleichzeitig auch zu, daß sich die Mittel, mit denen die Unternehmer kämpfen, öffentlich nicht verteidigen lassen.

Kein Kampf ohne Lumpen.

Auch in diesem gewaltigen Kampfe fehlt es nicht an jenem Gesindel, das wie die Hyänen des Schlachtfeldes seine schimpflichen Geschäfte machen will. Von Magdeburg erfahren wir, daß die dort bestehende Ortsgruppe des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins der Bauarbeiter eine Arbeitsvermittlung eingerichtet hat. Durch Inserat in den bürgerlichen Blättern macht man bekannt, daß Maurer und Bauhilfsarbeiter Arbeit bekommen können. Kommt jemand, so wird er gefragt: „Sind Sie organisiert?“ Lautet die Antwort: „Ja, im Zentralverband!“, so bekommt der Betreffende keine Arbeit. Ist der Maurer nicht organisiert, so bekommt er einen Brief an den betreffenden Unternehmer, welcher lautet:

Der Maurer ..... von ..... (Ort) meldet sich zur Arbeit; ist nicht organisiert. (Unterschrift.)

Im Bureau der Unternehmer erhalten die Maurer eine Karte, die dem Polier auszuhändigen ist, worauf sie in Arbeit treten können. Das Verhalten dieser Leute ist so skandalös, daß wir nicht daran glaubten, wenn uns nicht die verbürgte Mitteilung davon geworden wäre.

Bremen.

Bremen beobachtet bekanntlich in der Aussperrung eine abwartende Stellung. Kurz vor dem 15. April beschlossen die Unternehmer mit 120 gegen 80 Stimmen, sich der Aussperrung nicht anzuschließen. Darauf sandte der Bund seine Aussperrungsexperten nach Bremen, um die Unternehmer zu bearbeiten, ihren Beschluß rückgängig zu machen. Sie erreichten auch, daß der Bremer Unternehmerverband noch einmal über die Frage abstimmte. Aber auch in dieser am 26. April vorgenommenen Abstimmung lehnten die Bremer Unternehmer den Anschluß an die Aussperrung mit 118 gegen 93 Stimmen ab. So machten die vernünftigen Unternehmer den Scharfmachern abermals einen Strich durch die Rechnung. Dieser Beschluß hat aber die größte Entrüstung der Kistnerpartei erregt, die deswegen auf der Generalversammlung des Bezirksverbandes für das untere Weser- und Emsgebiet am 29. April einen scharfen Vorstoß gegen die Bremer unternahm. Herr Leymann-Bremen, der Vorsitzende dieses Bezirksverbandes, trat von diesem Amte zurück, an seine Stelle übernahm der Zementhändler und Ziegeleibesitzer Kistner-Bremerhaven den Vorsitz. Herr Leymann wie die übrigen Bremer Unternehmer hatten auf dieser Versammlung viel auszustehen. Die entrüsteten Scharfmacher spieen Gift und Galle über die Bremer. Die Mehrheit gegen die Aussperrung ist nicht sehr groß gewesen. Man darf erwarten, daß die Wüteriche weiter bohren werden. Ob es ihnen nicht doch noch gelingt, die Bremer zum Anschluß an die Riesendummheit zu verleiten, ist sehr fraglich. Doch braucht man ob dieser Möglichkeit nicht sehr besorgt zu sein: unsere Kampfstellung ist so fest, daß wir auch noch mit Bremen fertig würden.

Fellermeier.

Herr Fellermeier ist erledigt. Mit konvulsivischem Schluchzen nur wird die Bauarbeiterschaft folgende Nachricht aus München zur Kenntnis nehmen: Der Ingenieur Fellermeier, Sekretär des hiesigen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, der als die eigentliche treibende Kraft der scharfmacherischen Richtung bekannt ist und seit Beginn der Aussperrung der Bauarbeiter, angeblich weil er Drohbriefe erhalten, aus München abgereist ist, ist um seine Entlassung von seinem Posten eingekommen.

Es ist natürlich — schon weil es Fellermeier sagt — nicht wahr, daß man diesem Bramarbas Drohbriefe geschickt hat. Möge er sie doch veröffentlichen und von Unparteiischen auf ihre Echtheit prüfen lassen! Die ganze Geschichte ist vielmehr sehr harmlos. Am Tage vor der Aussperrung haben sich einige Maurer einen Scherz gemacht, indem sie einen alten Frackanzug mit Stroh ausstopften, der Puppe einen Zylinderhut aufsetzten und sie dann, nachdem sie ihr noch ein Schild mit der Aufschrift: „Fellermeier“ umgehängt hatten, am höchsten Gerüst aufhingen. Das war ein vielleicht derber aber doch lustiger und harmloser Scherz. Kein Mensch hat daran gedacht, Fellermeier wirklich aufzuhängen. Aber so ist es: bei Herrn Fellermeier war offenbar das Gleichgewicht etwas gestört worden, er hat sich für einen großen Mann gehalten, dem man nach dem Leben trachte, um sein Werk zu vernichten. Das war ganz verkehrt. Fellermeier ist kein großer Mann. Wenn es das Mundwerk allein täte, ja dann wohl. Aber dann wäre auch Elard v. Oldenburg auf Januschau ein großer Mann; aber jeder Mensch weiß, daß es blos ein grotesker Hanswurst ist. Aber es hilft nichts, wir sind Herrn Fellermejer los. Schade drum, er hätte uns noch manchen vergnügten Augenblick gegeben.

Busch.

Unsere Zweifel an der Nachricht, daß der Vorsitzende der württembergischen Bauunternehmer, Herr Busch in Stuttgart, nicht mit ausgesperrt habe, waren unberechtigt. Herr Busch, der Aussperrungshetzer, arbeitet tatsächlich weiter. Ja, sein Betrieb wird nicht nur in der alten Weise fortgeführt, sondern Busch hat die Zahl der von ihm beschäftigten Bauarbeiter sogar verdoppelt! Das ist die rechte Höhe, andere in die Aussperrung hineinhetzen und selbst das Geschäft vergrößern!

Die Techniker und die Aussperrung.

Die „Deutsche Techniker-Zeitung“, das Organ des Deutschen Technikerverbandes, schreibt in ihrer Nummer vom 23. April:

„Von der Lage unseres Berufes geben einige vorliegende Tatsachen Kenntnis. Die Folgen der drohenden Aussperrung im Baugewerbe haben sich in vielen Städten schon bemerkbar gemacht, noch ehe die Verhandlungen sich zerschlugen. Die bautechnischen Berufsgenossen überwogen in den Listen unserer Stellenvermittlung und aus allen Gegenden des Reiches erhielten wir von Kündigungen Mitteilung. Die sofortige Einwirkung der Aussperrung auf unsere Verhältnisse ist wiederum ein Beweis dafür, daß die Schwankungen unserer Arbeitsverhältnisse nicht weit von denen der Lohnarbeiter entfernt sind. Der Unternehmer, namentlich im Großbetrieb, versucht nicht erst, seine technischen Angestellten durch die Zeit der Aussperrung durchzuhalten, wie das früher die Regel war, sondern entledigt sich seiner Angestellten, weil er weiß, daß im Bedarfsfall genügender Ersatz zur Verfügung steht.“

Für uns ist es ganz besonders interessant, daß schon Bautechniker entlassen wurden, ehe überhaupt die Aussperrung über die Bauarbeiter verhängt wurde. Das ist ein neuer Beweis dafür, daß man im Arbeitgeberlager gar nicht geneigt war, einen neuen Tarif abzuschließen, sondern daß hier ein Vernichtungskampf gegen die Gewerkschaften künstlich provoziert ist. Auch die Techniker sollten erkennen lernen, daß sie nicht besser, sondern vielfach noch schlechter von den Arbeitgebern behandelt werden als die Arbeiter. Sie haben daher alle Ursache, sich auf die Seite der Ausgesperrten zu stellen und sollten nicht, wie das leider noch vielfach geschieht, den Baugewaltigen den Rücken decken.

Der bayerische Thronfolger und die Aussperrung.

Bayerische Zentrumsblätter brachten die Mitteilung, Prinz Ludwig von Bayern, der künftige Thronerbe, ließe jetzt auf seinem Mustergut Leutstetten große Scheunenbauten ausführen, an denen nur Ausgesperrte beschäftigt würden. Kaum war diese Nachricht bei uns eingetroffen, da ging unser Redaktionspegasus unter freudigem Gewieher in die Höhe und dichtete:

Herr Ludewig vom Bayernland,
Der Bayern künft'ger König,
Was Du getan, ich sag es frei,
Das freut mich gar nicht wenig.

Das Gute fordert unser Lob
In dieser Welt voll Laster.
Scharfmacher setzten frech-brutal
Die Maurer auf das Pflaster.

Sie taten's nicht um kleinen Lohn;
Es geht um Menschenrechte:
Gutshöfe soll'n die Bauten sein,
Die Maurer drauf die Knechte.

Wie Oldenburg auf Januschau,
So woll'n die Herr'n regieren.
Du liebst wohl diese Sorte nicht
Und tatst drum fabulieren:

Soll denn dem preuß'schen Junkergeist
Die ganze Welt gehören?
Kann ich dies frevelhafte Spiel
Denn nicht ein bißchen stören?

Am Gelde dazu fehlt's mir nicht,
Auch nicht an andern Gaben:
Leutstetten dort, mein Mustergut,
Soll neue Scheunen haben!

Baumeister, schnell die Zeichnung her!
Die Balken zu behauen!
Scharfmacher haben ausgesperrt,
Drum wird Prinz Ludwig bauen!

Prinz Ludwig rief, Baumeister kam,
Der Maurer helle Menge,
Und auf Leutstettens Wiesenplan
Ist heut ein froh' Gedränge.

Und wer vorübergeht, den freut
Das emsige Hantieren,
Bloß Fellermeyer freut sich nicht,
Der will demissionieren.

Sein und der Seinigen Geschrei,
O Prinz, laß Dich nicht kränken
Das ausgesperrte Arbeitsvolk,
Das wiv es Dir gedenken.

Kaum war die Tinte trocken, da kamen die Zeitungen, die uns meldeten, daß es mit der Sache ganz anders stände. Man hatte auf jenem Gute wohl einige Ausgesperrte beim Scheunenbau eingestellt, als sich aber der Unternehmerverband von Starnberg beschwerdeführend an die Gutsverwaltung wandte, wurden die Ausgesperrten wieder entlassen. „Weil die Behörden Neutralität in diesem Kampfe üben wollen.“ Eine sonderbare Neutralität, die es für ihre Pflicht hält, sich nach den schwarzen Listen der Scharfmacher zu richten! Unser Pegasus meint dazu:

Herr Ludewig vom Bayernland,
Verzeih' mein eilig Dichten!
Man weiß doch nie, woran man ist,
Mit höfischen Geschichten.

Für manche Leute wäre es
Ein Watschen exemplarisch;
Da sagtest du: Das darf ich nicht!
Und stellst dich solidarisch.

Nun hast du selber ausgesperrt;
Was feixen die Scharfmacher!
Ein neues Mitglied haben sie,
Den ersten Wittelsbacher.

Preßstimmen.

Im Laufe der letzten Woche ist man in der Oeffentlichkeit allenthalben auf den Zahlenschwindel der Bauunternehmer aufmerksam geworden, was natürlich den großmäuligen Helden im Unternehmerlager keinerlei Sympathie einbrachte. Vielfach ist man über diesen Schwindel geradezu empört, wie dies aus Aeußerungen der „Kölnischen“ und der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ (siehe „Entlarvte Lügner“) deutlich hervorgeht. 300 000 Bauarbeiter wollten die Maulhelden auf die Straße bringen und nur ein Drittel haben sie wirklich herausgebracht. Wir wußten von Anfang an, daß die Bauunternehmer ihre Kräfte gewaltig überschätzten, und als sie — offenbar wider besseres Wissen — ihre gewaltigen Zahlen aufmarschieren ließen, da freuten wir uns im stillen köstlich darüber, daß diese Leute in ihrer Dummheit unsere Geschäfte besorgten. Wir sind uns unserer Kraft bewußt und brauchen damit nicht zu prahlen. Die Unternehmer aber legten in ihrer „Genialität“ unsere Zurückhaltung als „Angst“ und „Zahmheit“ aus. Sie meinten, uns wäre bei der Aussperrung das Lachen vergangen. O ihr armen Tröpfe, dachten wir, wenn ihr wüßtet, wie wir uns über eure Anmaßung und Ueberschätzung und über eure göttliche Dummheit freuen. Doch genug darüber! Registrieren wir hier nur einige Preßstimmen.

Die „Soziale Praxis“ schreibt:

„Der erste Eindruck von einem ziemlich einheitlichen Vorgehen der organisierten Bauarbeitgeber auf der ganzen Linie, das wir neulich auf Grund der gesammelten Nachrichten aus vielen Teilen Deutschlands glaubten feststellen zu müssen, hat sich in der letzten Woche, seit genauere Meldungen über den Umfang der Aussperrung in den einzelnen Gauen und Plätzen vorliegen, verflüchtigt. Der Plan der Gesamtaussperrung im deutschen Baugewerbe, von dem sich einzelne Scharfmacher innerhalb und außerhalb der Bauwelt soviel versprachen, muß schon heute als gescheitert gelten. Kaum die Hälfte der 320 000 organisierten Bauarbeiter ist von der Aussperrung erfaßt worden, wenn man die Summe der zahlreichen, allerdings sich erheblich widersprechenden Schätzungen der Arbeitgeber und Arbeiter abwägen darf.“

Nachdem das Blatt dann das schlechte Resultat im rheinisch-westfälischen Gebiet geschildert hat, fährt es fort:

„Wenn das am grünen Holz geschieht — die rheinisch-westfälischen Bauarbeitgeber, die auf die Rückendeckung durch die dortige Schwerindustrie sogar in öffentlichen Kundgebungen pochen, gelten als die „Zielbewußten“ unter den Bauunternehmern; Architekt Fritz-Essen soll auf das Scheitern der Einigungsversuche im Reichstage offen hingearbeitet haben! — dann ist es nicht zu verwundern, daß es in den übrigen Gauen der deutschen Bauwelt mit der Aussperrung nicht viel kräftiger bestellt ist. Die hochtönenden Kundgebungen der Bauunternehmer über den großen Erfolg ihrer Sache, die mit den gleichzeitigen Appellen an die Sympathie des Publikums und den fortlaufenden Rechtfertigungsversuchen nicht gut in Einklang zu bringen sind, müssen ebenso wie die ähnlichen Kundgebungen der Abeiterschaft bei großen Streikbewegungen bewertet werden.“

Zur Einigung in Berlin sagt die „Soziale Praxis“:

„... 35 000 Berliner Bauarbeiter werden weiter ihre Beschäftigung haben und in der Lage sein, ebenso wie die Hamburger Bauarbeiter ihre tägliche Streiksteuer von M. 1 den ausgesperrten Kameraden draußen im Reich zugute kommen zu lassen. Das ist eine erhebliche Lücke in dem Aussperrungsring. Wichtiger noch ist der glatte Verzicht der maßgebenden Berliner Bauunternehmer auf die grundsätzlichen Forderungen der Dresdner Tagung, ohne deren Verwirklichung bekanntlich das ganze deutsche Baugewerbe aus den Fugen gehen müsse und kein Arbeitgeber mehr für ordnungsgemäße, flotte und rentable Arbeit auf seinen Bauplätzen Gewähr übernehmen wollte. Die Berliner Bauarbeitgeber haben durch ihre einstimmige Zustimmung zu dem alten Tarifmuster ebenso wie die Hamburger bekundet, daß sie auch ohne die Dresdner Grundsätze mit ihren Arbeitern auskommen zu können

glauben. Und diese Bekundung wird ihren starken moralischen Eindruck auf die Bauarbeitgeber draußen im Reich gewiß nicht verfehlen. Zwar droht der Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe eine scharfe Abrechnung mit dem Berliner Baugeschäfteverband an; aber die Berliner wird das nicht schrecken. Und die öffentliche Meinung wird fortan fragen: „Wenn man in Berlin und Hamburg mit den Arbeitern sich verständigen kann, sollte es da nicht auch anderswo möglich sein, ohne daß erst das deutsche Wirtschaftsleben einer schweren Erschütterung ausgesetzt wird?"

Die „Kreuz-Zeitung", die sonst völlig auf dem Standpunkt der Unternehmer steht, ist über das „Zerbröckeln" der Unternehmerorganisation recht unglücklich und macht diesen zum Vorwurf, daß sie sich vor der Kampfansage „auf der ganzen Linie" nicht „auf ein der Konjunktur angepaßtes Maß von Lohn- und Arbeitsbedingungen einigten". Sie schreibt:

„Eine dieser Erfahrungen ist das Versagen des industriellen Arbeitgeberverbandes bei dem Konflikte im Baugewerbe. Sogar aus dem Westen und Süden kommen täglich die Nachrichten von dem Zerbröckeln dieses Verbandes, der sich stark genug fühlte, den Sieg gegen die Sozialdemokratie auf rein wirtschaftlichem Gebiete zu erkämpfen, worauf es dann des politischen Zusammenstehens gegen diesen Feind der bürgerlichen Gesellschaft nicht mehr bedurft hätte. Wir brauchen wohl nicht nochmals zu wiederholen, daß, unbeschadet unserer wirtschaftlichen Unparteilichkeit, unsere politische Sympathie dem Arbeitgeberverbande gehört, der als Gegengewicht gegen die Uebermacht der sozialdemokratischen Arbeiterorganisation notwendig und unentbehrlich ist. Selbstverständlich aber mußten wir den dringenden Wunsch haben, daß sich der Arbeitgeberverband in sich auf ein der Konjunktur angepaßtes Maß von Lohn- und Arbeitsbedingungen unbedingt einigte, ehe er den „Kampf auf der ganzen Linie" ansagte. Das ist leider nicht geschehen, wie die immer zahlreicher werdenden Sonderabkommen der einzelnen Verbände mit den Gewerkschaften zur Genüge dartun. Eine unter solchen Umständen verlorene Schlacht kann dem ganzen Unternehmertum verderblich werden und muß das Prestige der Sozialdemokratie noch bedeutend stärken."

Die „Staatsbürger-Zeitung" weist einige Zuschriften „aus Kreisen, die den Unternehmern im Baugewerbe besonders nahestehen" und die es nicht für recht halten wollen, „daß wir mit Schärfe auf die von seiten der Unternehmer provozierte Machtprobe im Baugewerbekampf hinwiesen", entschieden zurück, indem sie auf folgende Auslassung der „Deutschen Arbeitgeberzeitung" hinweist:

„Angebracht erscheint es uns, in diesem Augenblick nochmals darauf hinzuweisen, um was es sich denn eigentlich bei dem Kampfe handelt. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß eine Machtfrage zur Entscheidung kommt, um die Lösung des Problems, ob der Arbeiter Herr in dem Betriebe sein soll, der nur seine Arbeitskraft hergibt, oder der Arbeitgeber, der mit seinem Vermögen, mit seiner Intelligenz, mit seinem ganzen Dasein für den Betrieb haftet. ... Wie die Dinge aber bisher lagen, haben die Arbeitgeber erkennen müssen, daß die Tarifverträge für die Gewerkschaften in Wirklichkeit nur ein weiteres Mittel waren, mehr und mehr Einfluß — und zwar Einfluß im einseitigen Interesse der Arbeiter — auf die Betriebsleitung zu gewinnen, mit dem Endziel der Depossedierung der Arbeitgeber. Diese müßten also geradezu hirnverbrannt sein, wenn sie, solange sie dazu noch imstande sind, nicht alles daran setzen würden, diesem Bestreben der gewerkschaftlichen Tarifvertragsbewegung die Spitze abzubrechen."

Zu dieser Auslassung des Organs der Industriellen bemerkt die „Staatsbürger-Zeitung":

„Auch diejenigen, die der Unternehmerorganisation im Baugewerbe bisher freundlich gegenübergestanden haben, werden aus diesem offenen Bekenntnis der führenden Arbeitgeberzeitung entnehmen müssen, daß es sich für die Unternehmerschaft nicht um die Rechtsabgrenzung der Arbeiter und der Arbeitgeber handelte, vielmehr allein um eine Machtprobe, die die Arbeitgeber herbeigeführt haben, da sie jetzt noch die Trümpfe gegen die Arbeiterorganisationen in den Händen zu halten meinten. ... Der Machtkampf der Arbeitgeber raubt ihnen die öffentlichen Sympathien; die Defensive der Arbeitnehmer um ihres unterdrückten Rechtes willen ruft solche, die bisher sich vom sozialen Leben und Forschen zurückgehalten haben, auf, und weckt neues soziales Leben im deutschen Volke.

Berichtigung. Die Zuschrift eines hervorragenden Parlamentariers, die wir in der letzten Nummer der „Kölnischen Zeitung" zuschrieben, hat nicht in dieser, sondern in der „Kölnischen Volkszeitung" gestanden.

Weitere Aussperrungspoesie.

In der „Leipziger Volkszeitung" gibt R. L. folgenden knappen, aber treffenden Ausschnitt aus dem Leben und Wollen eines Ausgesperrten und seiner Familie:

Ausgesperrt!

Acht Tage schon! Der Vater kam nach Haus
Und sah gefaßt zwar, aber düster aus.
Das Werkzeug warf er schweigend in die Ecke.
Das kleine Volk hat wunderlich verdutzt
Den Vater angeseh'n und dann gestutzt —
Die Mutter war erbleicht in jähem Schrecke.

Dann sprach der Vater, doch nicht lang und breit,
Nur: „Ausgesperrt auf unbestimmte Zeit!"
Ein saures Wort für einen braven Gatten.
Jedoch verstanden hat man es sogleich
Und durch des Friedens und der Eintracht Reich
Ging grau und lautlos ein gespenst'ger Schatten.

Man sah zur Decke auf und an die Wand
Denn vor den Augen auch der Kleinen stand
In scharfem Umriß duldendes Entbehren.
Doch das Verständnis war vorhanden schon.
Der Aelteste sprach in gefaßtem Ton:
„Soll sich der Vater durch Verrat entehren?"

Ein Mannsblick war's, der zu der Mutter flog,
Die mit gesenktem, schwerem Haupt erwog,
Was nun für alle finster nahen werde.
Sie hat nur tiefer nieder sich gebückt,
Jedoch den bitter'n Aufschrei unterdrückt:
„So sind sie nun, die Mächtigen der Erde!"

Denn auch die Frauen haben Mannesmut.
Sie wissen wohl, wie weh Entbehrung tut.
Doch sind sie frei von schwachen Damennerven,
Und keine Klage wäre hier am Platz;
Es ist für sie der höchste Glaubenssatz:
„Nie darf der Vater feig sich unterwerfen!"

Zu seinen Brüdern muß er mannhaft steh'n
Und treu mit ihnen bis zum Ende geh'n,
Bis zum erstritt'nen, ehrenvollen Frieden.
Er kämpft für alle, die das grobe Brot
Der Arbeit essen und der steten Not;
Das ist das Los, das ihrem Stand beschieden.

Es naht für alle eine bitt're Zeit,
Doch gehen sie in ihrer Einigkeit
Den Unterdrückern eine ernste Lehre.
Es ist verkehrt, worauf man dort besteht,
Den über alles, auch das Herbste, geht
Dem Volk der Arbeit seine Klassenehre.

*

In recht satirischer Weise beleuchtet Edgar Steiger im „Simplicissimus" die Machtlüsternheit der Unternehmer. Man lese:

Der Herr Arbeitgeber.

Wozu noch lange sprechen?
Der Rede kurzer Sinn
Ist: Biegen oder brechen.
Va banque denn! Hin ist hin!
Es spielen alle Christen
Ein bißchen Katz' und Maus
Und ohne Schwarze Listen
Ist keiner Herr im Haus.

Froh gackert auf den Eiern
Im Frühjahr jedes Huhn.
Laß ich den Maurer feiern,
So hat er nichts zu tun.
Zitronen kann man pressen,
Und hat er nichts zu tun,
So hat er nichts zu essen —
Was nun, ihr Herrn? Was nun?

D'rum ruh' die Arbeit stille,
Bis er demütig spricht:
„Gescheh', o Herr, dein Wille,
Wenn auch der meine bricht!"
Dann haben wir's bequemer,
Ob uns auch keiner liebt.
Was will der Arbeitnehmer,
Wenn keiner Arbeit gibt?

*

In der „Freien Presse" in Pforzheim behandelt Fr. die Aussperrung und die Gemeindepolitik in folgenden Versen:

„Gemeinderegie."

Gemeingefährlich wirkt des Geldmachts Streiten,
Ein geist'ger Kampf wird Edles nur erbauen;
Mag Raubgierlist sich auch in Schafspelz kleiden,
Ein heller Blick wird ihren Plan durchschauen. —

Nie Heil ihr fördert auf Aussperrungswegen,
Denn nahrungslos d'rauf werden brave Leute;
Erstickt den Kampf, der raubt den Arbeitssegen,
Ringt nach Gerechtigkeit und nicht nach „Beute". —

Entfesselt nicht die Gier und tier'sche Roheit;
Gemeinsam schafft die eigene Regie!
Im Rechtsstaat thront der Selbstbestimmung Hoheit,
Erhebt den Lebenskampf zur Harmonie!

Bürgermeister und Aussperrung.

Im Oederaner „Tageblatt" wurden vom Stadtbauamt in Oederan Maurer gesucht. Als daraufhin einige ausgesperrte Kollegen um Arbeit anfragten, fragte sie der Stadtbaumeister, ob sie organisiert und ausgesperrt wären. Als dies bejaht wurde, erklärte er: „Dann können wir sie nicht einstellen, wir können den Unternehmern nicht in den Rücken fallen." Als darauf ein Beauftragter der Organisation beim Bürgermeister vorstellig wurde, erhielt er auch dort die kurze und schroffe Antwort: „Solche Leute (Ausgesperrte) werden nicht eingestellt." — Das ist ja ein wirklich nettes Stadtoberhaupt, das in dieser Weise für die brutal aufs Pflaster geworfenen Oederaner Steuerzahler sorgt. Hoffentlich spricht die Stadtverordnetenversammlung zu dieser Leistung auch noch ein gewichtiges Wort.

Aussperrungsberichte.

Nachstehend geben wir die aus den einzelnen Gauen bei uns eingegangenen Berichte wieder. Sie sind zwar teilweise schon eine Woche alt, doch dürfte sich in dieser Zeit an dem Aussperrungsbild kaum viel geändert haben.

Gau Danzig. Nachdem der Berliner Verbandstag die unerhörten Anträge des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in den Orkus geworfen hatte, nahmen unsere Mitglieder in fast allen Verbandsorten in Versammlungen zu den Verbandstagsbeschlüssen Stellung. Ueberall herrschte nur eine Meinung über die freche Zumutung der Unternehmer, und die wurde den Unternehmern sehr deutlich gesagt. Hier hätten die Unternehmer Gelegenheit gehabt, die richtige Volksmeinung über ihr Vorgehen kennen zu lernen. Mit den vom Verbandstage getroffenen besonderen Maßnahmen erklärten sich sämtliche Versammlungen einstimmig einverstanden. — Die Aussperrung setzte im Gau im allgemeinen am 15. April ein. Nur Czersk und Stolp i. Pomm. machten eine Ausnahme. In Czersk sperrten die Unternehmer am 11. und in Stolp am 20. April aus. Von 67 Lohngebieten wurden 27 von der Aussperrung erfaßt. Hinzu kommt noch Culmsee. Dort begann die Aussperrung bereits am 2. März, so daß also 28 Lohngebiete von der Aussperrung betroffen sind. Diese 28 Lohngebiete bilden zusammen 17 Zweigvereine und 11 Zahlstellen. Von den 39 Lohngebieten, in denen die Aussperrung nicht erfolgte, hatten 16 Gebiete keine Verträge. In 6 Gebieten liefen die Verträge am 15. April ab und für weitere 17 Lohngebiete bestehen Tarife mit einem späteren Ablauftermin. In Marienwerder und Praust sind die Unternehmer, die dem deutschen Arbeitgeberverband angehören, vertragsbrüchig geworden. Die dortigen Verträge mußten, sollten sie zum April 1910 ablaufen, vor dem 1. Januar gekündigt werden. Da dies von keiner Seite geschah, mußten sie unverändert ein Jahr weiter laufen. Die betreffenden Unternehmer wurden zu ihrem Vertragsbruch vom westpreußischen Landesverband animiert. — Nach der letzten im „Grundstein" veröffentlichen Abrechnung zählte der Gau Danzig 6228 Mitglieder. Davon sind nach der vorläufigen Feststellung in 28 Lohngebieten von 204 Unternehmern 1623 Verbandsmitglieder ausgesperrt. In diesen Gebieten arbeiten 1578 Mitglieder bei 178 Unternehmern weiter. Damit ist festgestellt, daß von den Unternehmern in den Aussperrungsgebieten 44 pZt. zu „Arbeitswilligen" geworden sind. Wenn bei uns, wenn wir im Streik stehen, eine so hohe Streikbrecherzahl zu verzeichnen wäre, dann könnten wir getrost sagen: „nun rette sich, wer kann". Würden alle unsere Mitglieder, die nicht ausgesperrt sind, in Arbeit stehen, so kämen auf die Lohngebiete, in denen eine Aussperrung nicht erfolgte, 3029 in Arbeit stehende Mitglieder. Diese Zahl wird sich aber wesentlich geringer stellen, weil es ja auch Arbeitslose gibt, die in der Zahl der Ausgesperrten nicht enthalten sind. Im Gau Danzig sind also 4607 oder 74 pZt. der Mitglieder nicht ausgesperrt worden. Ausgesperrt sind 1623 oder 26 pZt. aller im Gau vorhandenen Mitglieder. — In Gumbinnen ist es, wie bereits gemeldet wurde, zum Tarifabschluß gekommen. Die Unternehmer weigerten sich, dem Aussperrungsbeschluß Folge zu leisten und schlugen die Verlängerung des alten Vertrages auf ein Jahr vor. Weiter erklärten sie sich bereit, vom 16. Mai an den Stundenlohn für Maurer von 48 auf 50 ₰, der der Zimmerer von 45 auf 48 ₰ und den Stundenlohn für Bauarbeiter von 33 auf 35 ₰ bezw. von 36 auf 39 ₰ zu erhöhen. Unsere Versammlung würdigte die gegenwärtige ernste Situation und stimmte diesem Vorschlage zu. Dadurch sind 164 Kollegen von der Aussperrungswut des Bundes verschont geblieben. — In Tilsit ist es am 19. April zum Abschluß eines Sondervertrages mit dem Architekten Wasbutzky gekommen. Derselbe bewilligte sofort eine Lohnaufbesserung von 48 auf 50 ₰ pro Stunde und stellte eine weitere Lohnaufbesserung von 3 ₰ zum 1. Juli d. J. in Aussicht, falls bis dahin ein Vertrag mit dem Arbeitgeberverband nicht zustande kommen sollte. — Aus Tilsit kommt weiter die Nachricht, daß der dortige Unternehmerverband das Gewerbegericht zur Klarstellung der bestehenden Differenzpunkte angerufen hat. Es hat eine Sitzung stattgefunden, bei der es aber zu keiner Einigung gekommen ist, weil die Unternehmer sich weigerten, einen Teil der Kriegskosten für ihre leichtfertige Aussperrung zu zahlen. In den nächsten Tagen soll weiter verhandelt werden. — Ein Unternehmer in Czersk wurde derart vom Aussperrungsfieber erfaßt, daß er bereits am 11. April acht Verbandskollegen wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verband entließ. Verhandlungen mit ihm zeitigten den Erfolg, daß alle Kollegen wieder eingestellt wurden und der Unternehmer sich bereit erklärte, den Stundenlohn um 2 ₰ zu erhöhen. Als sich die Kollegen andern Tages zur Arbeit meldeten, stellte er nur sechs von den acht Kollegen ein. — Der Graudenzer Arbeitgeberverband sandte uns eine Einladung zur Verhandlung am 10. April. Nach längerer Diskussion wurde festgestellt, daß die Beschlüsse der Dresdener Generalversammlung der Unternehmer für Graudenz nicht in Betracht kommen. Gleichzeitig stellten die Unternehmer eine geringe Lohnerhöhung in den drei Vertragsjahren in Aussicht. Wir empfahlen den Unternehmern, eine Versammlung abzuhalten und uns dann positive Vorschläge hinsichtlich des Lohnes zu machen. Das versprachen die Unternehmer und erklärten, daß es wegen des Lohnes nicht zur Aussperrung kommen dürfe. Am andern Tage hielt der westpreußische Unternehmerverband in Graudenz eine Versammlung ab und beschloß nach einem Referat des Unternehmers Herzog-Danzig, die Aussperrung in ganz Westpreußen vorzunehmen. Die Graudenzer wendeten sich gegen diesen Antrag; es nutzte ihnen aber nichts. Sie teilten uns diesen Entschluß mit und stellten die Aussperrung in Aussicht, die ja auch zum Teil erfolgte. Was nach der Aussperrung kommt, dafür werden sich die Graudenzer Herren beim Danziger Herzog bedanken können. Auffällig war es, daß der Lohndrücker und Unternehmer Lau aus Neuenburg seine Nichtorganisierten aussperrte, also Leute, die für ihren Meister durchs Feuer gehen. Freilich dauerte die Freude nicht lange. Am 15. April abends wurde ausgesperrt und am 21. April fingen diese Außenseiter wieder zu arbeiten an. Daß sie die Arbeit wieder aufnehmen konnten, haben diese Leute einem Beschluß des westpreußischen Landesverbandes zu verdanken. Es sollen nämlich in allen Betrieben, wo dies möglich ist, mit Unorganisierten die Arbeiten wieder aufgenommen werden. Ehe die Unternehmer genügend unorganisierte Ausreißer gefunden haben werden, dürfte so manchem die Puste ausgegangen sein. Sonst wäre noch zu berichten, daß viele Unternehmer das Blaue vom Himmel herunterlügen. Fast täglich lesen wir in den verschiedensten Zeitungen lange Schmutzartikel über die Schlechtigkeit der im Baugewerbe

beschäftigten Arbeiter. Mit diesen Artikeln glauben diese Schmutzfinken die öffentliche Meinung umstimmen zu können. Wir aber sagen uns: Mögen die Herren toben und lügen, daß sich die Balken biegen; wir werden dafür sorgen, daß sie in die Grube stürzen, die sie für uns geschaufelt haben.

Gau Frankfurt. Es war bestimmt vorauszusehen, daß der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in seinem ausgedehnten Verbandsgebiet eine umfangreiche Aussperrung durchzuführen versuchen würde. Sitzen doch hier mit die geistigen Leiter der großen Aussperrungspläne, die auch wiederholt ihre Ideen praktisch betätigt haben, so im Jahre 1904 durch die Main- und Rheingau-Aussperrung. Die jetzige Aussperrung war deshalb vom Standpunkt der Unternehmer etwas ganz Selbstverständliches, umsomehr da diesmal der Vernichtungskampf gegen die verhaßten Bauarbeiterorganisationen auf der ganzen Linie aufgenommen werden sollte. Für diesen Kampf ist seit Jahren mit Energie und Ausdauer gearbeitet worden. Es ist nur gut, daß diesen von fanatischem Haß und bitterem, unsozialen Geist getragenen Anschauungen im praktischen Leben immer Grenzen gezogen sind; denn sonst würden die baugewerblichen Gewerkschaften längst zerschmettert am Boden liegen und auf die Gnade der Scherfmacher angewiesen sein. Die Grenzen der Macht sind auch bei dieser Aussperrung gezogen; aber der starke Wille zu unserer Vernichtung ist unverkennbar. Gelingt es dieses Mal auch den Scharfmachern Mitteldeutschlands nicht, ihr Ziel zu erreichen, so werden sie doch ihre Pläne nicht aufgeben. Insgesamt sind im Gau 4362 Maurer (unseres Verbandes), 830 Hilfsarbeiter, 767 Zimmerer und 280 Mitglieder der christlichen Organisation ausgesperrt. Dies dürfte ungefähr 50 bis 60 Pzt. aller Maurer sein, die bei den organisierten Unternehmern beschäftigt sind. Relativ ebenso stark dürften die Zimmerer von der Aussperrung betroffen sein, aber bedeutend schwächer die Bauarbeiter. Bei der Ungleichheit der Organisationsentwicklung ist der Prozentsatz der organisierten Arbeiter für die beteiligten Organisationen verschieden. Im ganzen Gebiet des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes wurden organisierte und unorganisierte Arbeiter ausgesperrt. Nicht ausgesperrt haben bisher die Gießener Unternehmer. Zwar wurde eine Anzahl Kollegen auf einen Tag entlassen, dann aber wieder eingestellt. Ebenso wurde in Oberstein auf eine Aussperrung verzichtet. Die Arbeiter in Eschwege und Fulda haben zum 26. resp. 27. April ihre Kündigung erhalten. Von den Zweigvereinen im Gau sind bisher 14 an der Aussperrung beteiligt; in 13 ist eine Aussperrung nicht erfolgt. Von den letzteren haben zwei Verträge, alle andern sind meistens kleine Vereine. Soweit sich beurteilen läßt, sind viele Unternehmer von der Aussperrung nicht besonders begeistert; vorläufig jedoch haben die Scharfmacher die Macht.

Ein weiterer Bericht aus dem Gau Frankfurt besagt: Die Veränderungen in der zweiten Aussperrungswoche sind unbedeutend. Zu den Aussperrungsorten kommt neu hinzu Eschwege mit 82 Kollegen. In fast allen Aussperrungsgebieten arbeiten die Unternehmer und nicht zuletzt die Vorstandsmitglieder des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes mit dem schärfsten Terror. Dort, wo Mitglieder nicht den Beschlüssen der Organisation folgen, muß die Materialsperre helfen. Es dürften aber damit kaum überall Erfolge zu erzielen sein. In der letzten Mitgliederversammlung des Frankfurter Unternehmerverbandes haben sich die Unternehmer gegenseitig denunziert. Lüscher rief zuletzt pathetisch: „Meine Herren, das soll anders werden, die Betriebe sollen vollkommen geschlossen werden!“ Dabei wurde nun aber in den letzten Tagen berichtet, daß Herr Lüscher sich bei einer größeren Reparaturarbeit selbst Dispens von der Aussperrung erwirkt habe. Eine vollkommene und korrekte Schließung aller Betriebe ist zweifellos das Ideal der Scharfmacher, aber die Sache hat ihre Schwierigkeiten. In den Aussperrungsgebieten des Frankfurter Zweigvereins stieg die Zahl der beschäftigten Gesellen von 1337 auf 1693, also um 356. In einigen andern Lohngebieten erfährt die Zahl der Poliere eine starke Zunahme. Dem Unternehmer Hauswald in Mainz, der den Umbau des Mainzer Stadttheaters auszuführen hatte und der beim Bundesvorstand in Berlin um Erlaubnis zur Weiterarbeit nachsuchte, ist diese nicht erteilt worden. Die Arbeit drängt sehr. Nunmehr hat die Stadt Mainz die Arbeiten in eigener Regie wieder aufgenommen.

Gau München. Trotz des skrupellosen Terrorismus, der von Fellermeier und Genossen geübt wurde, kann schon heute mit Bestimmtheit gesagt werden, daß die Aussperrung völlig mißlungen ist.

Der größte Teil der Münchener Unternehmer traute den schönen Versprechungen Fellermeiers nicht und ließ ruhig weiterarbeiten. Ein anderer Teil der Unternehmer machte zwar äußerlich den Rummel mit, übertrug jedoch im voraus die Arbeit an Poliere oder andere Personen, die nun mit den „ausgesperrten“ Arbeitern ohne Unterbrechung weiter arbeiteten. Auch von den Unternehmern, die die Aussperrung ernst nahmen, haben bereits mehrere eingesehen, welche Dummheit sie gemacht haben, und führen nun die Arbeiten ungeniert weiter. Die Materialsperre, dieses beliebte Steckenpferd Fellermeiers, versagt ebenfalls vollständig. Unser Verband hat ein Materiallager eingerichtet und das Geschäft floriert vorzüglich. Die dem Bunde angeschlossenen Materialhändler blicken neidisch auf dieses Unternehmen und würden froh sein, wenn sie bei günstigster Konjunktur einen derartigen Umsatz erzielen könnten. Die liefernden Firmen aber lachen sich ins Fäustchen, ist es ihnen doch gelungen, in München Eingang zu finden, ohne sich im Widerspruch mit ihrer Ueberzeugung dem Scharfmacherbunde anschließen zu müssen. — In einem einer hiesigen Zeitung übersandten Klagelied weinen die Oberscharfmacher bittere Tränen darüber, daß die Aussperrung derart mißglückt sei. Sie machen den nichtaussperrenden Firmen bittere Vorwürfe wegen ihrer vernünftigen Haltung und geben auch zu erkennen, daß ihnen unsere Taktik mißfällt, nach der unsere Kollegen dort ruhig weiterarbeiten, wohin die Machtgelüste der Scharfmacher nicht reichten. Nun mußte den Herren aber auch noch das schlimmste passieren: Fellermeier ist nach dem sonnigen Süden abgereist, und hat in der Eile „vergessen“, dem Arbeitgeberverbande seine Adresse zu hinterlassen. (Inzwischen hat er um seine Entlassung von seinem Posten gebeten. Die Red.) In einer am 23. April stattgefundenen Vorstandssitzung wurde dieses Vorgehen als „Feigheit vor dem Feinde“ gebrandmarkt, und dem „erkrankten“ Führer wurden keine Segenswünsche nachgerufen. — Auch in den übrigen Orten Südbayerns hat die Sache nicht geklappt. Mit der Massenaussperrung ist es nichts. Ein großer Teil der organisierten Unternehmer hat überhaupt nicht ausgesperrt, und die übrigen haben meistens nur einen Teil der organisierten Arbeiter entlassen. Immerhin muß gesagt werden, daß es in den Kleinstädten besser gelungen ist, die Baugewaltigen auf den Leim zu führen, als in München selbst. Die Münchener Unternehmer erinnern sich noch an ihre Schlappe von 1905, während die Scharfmacher in den Kleinstädten erst noch Erfahrungen sammeln müssen. Wahrscheinlich werden sie ein zweites Mal nicht mehr aufs Eis gehen. Ein großer Teil unserer Kollegen ist abgereist, viele sind anderweitig wieder in Arbeit getreten. — In Lindau i. B. wurden die Unternehmer von den Bauherren vollständig ausgeschaltet. Unsere Kollegen traten wieder in Arbeit und erhielten eine Lohnerhöhung von 3 ₰ pro Stunde. — In Kempten i. A. hatten sich die Unternehmer schon vor Beginn des Kampfes mit indifferenten Italienern reichlich versehen. Die organisierten Arbeiter wurden ausgesperrt. Nun ist es gelungen, die Italiener ebenfalls zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Sie sind ohne Unterstützung abgereist. Die verdutzten Gesichter der Unternehmer boten ein ergötzliches Schauspiel. Nach dem gegenwärtigen Stande können wir mit der Machtprobe der Unternehmer sehr zufrieden sein. Wir möchten lieber das bescheidenste Dasein fristen, als in den Schuhen der Führer des südbayerischen Arbeitgeberbezirksverbandes stecken.

Das Resultat der Aussperrung im Gau Stuttgart (Königreich Württemberg, Hohenzollern und die Kreise Konstanz und Villingen vom Großherzogtum Baden) geht aus folgender Aufstellung hervor:

Ort	Zahl der am 15. April ausgesperrten Maurer	Zahl der sich am 22. April zur Kontrolle meldenden Maurer
Göppingen	86	18
Heidenheim	20	—
Heilbronn	195	71
Reutlingen	200	78
Schramberg	2	—
Stuttgart m. Feuerbach, Eßlingen, Ludwigsburg und Zuffenhausen	1329	984
Tübingen	97	75
Ulm	21	5
Plieghausen	—	55
Walddorf	—	35
In Württemberg insgesamt	1944	1321
In Konstanz (Baden)	54	26
Im Gau Stuttgart	1998	1347

Die Gipser sind hier nicht mitgezählt, doch ist deren Zahl nur klein.

Vom außerordentlichen (siebten) Gewerkschaftskongreß in Berlin.

Wenige Tage nach der ersten Reichstagslesung über den Entwurf einer Reichsversicherungsordnung ist der Außerordentliche (siebte) Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands in Berlin zusammengetreten, um sein Urteil über den Entwurf zu fällen. 419 Delegierte vertraten 1,95 Millionen Mitglieder — ein imponierendes Parlament, das nicht aus luftigen Ziffern aufgebaut ist, sondern hinter dem reale, hochentwickelte und machtbewußte Organisationen stehen. Das weiß die Oeffentlichkeit und das weiß auch die Reichsregierung, deshalb kann sie die Kundgebung dieses Kongresses nicht ignorieren und hätte sie sich auch mit Leib und Seele den Scharfmachern verschrieben. Es ist nicht allein der Wille der Arbeiterklasse, der in dieser Kundgebung zum Ausdruck gelangt, der Wille nach einer gesunden Reform, sondern es ist auch das Urteil der Männer aus der Praxis der Arbeiterversicherung, ein Urteil, das schwer gegen die am grünen Tisch ausgearbeiteten reaktionären Regierungsvorschläge ins Gewicht fällt. Und dieses Urteil verlangt eine Neugestaltung der Arbeiterversicherung in volkstümlich-sozialem Sinne auf der Basis der Selbstverwaltung der Versicherten. Rechte und Mitarbeit, nicht Almosen fordert die Arbeiterschaft. Sie wird jedem Eingriff in ihr bisheriges Selbstverwaltungsrecht den größten Widerstand entgegensetzen.

Der Kongreß war zunächst als ein allgemeiner Kongreß aller Gewerkschaftsgruppen geplant. „Da es sich nicht um eine Parteifrage handelt,“ so führte der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, Legien, in seiner Eröffnungsrede aus, „sondern um eine Frage, die den allgemeinen Klassenstandpunkt des Arbeiters berührt, so hatte es die Generalkommission für zweckentsprechend gehalten, daß ein allgemeiner Kongreß aller Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands abgehalten werde. Infolgedessen haben wir die Zentralstellen der Christlichen Gewerkschaften, Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und polnischen Berufsvereine befragt, ob sie bereit seien, mit uns gemeinsam einen allgemeinen Kongreß einzuberufen. Die Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften haben dies jedoch abgelehnt, weil sie sich bereits verpflichtet hätten, mit der Gesellschaft für soziale Reform zusammen Stellung zur Reichsversicherungsordnung zu nehmen. Diese Gewerkschaften halten es also für angemessener, mit ehemaligen Ministern und Professoren als mit ihren Klassengenossen zusammen zu tagen. Uns kann das nur recht sein: Dokumentieren diese Organisationen doch dadurch aufs neue ihren wahren Charakter. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind und dürfen nur sein rein proletarisch, und bei solcher Angelegenheit, die das Proletariat in seiner Gesamtheit berührt, hätten auch die Beratungen einen rein proletarischen Charakter tragen müssen, wenn diese Gewerkschaften nicht ihren Hauptzweck darin sähen, die Arbeiter den bürgerlichen Parteien zuzuführen. Indem sie es ablehnen, mit ihren Klassengenossen gemeinsam zu tagen und zu beraten, haben sie aufs neue gezeigt, welche Nebenzwecke ihre Vereinigungen verfolgen. Schon 1906 haben sie es abgelehnt, mit uns gemeinsam gegen das Gesetz über die Berufsvereine Stellung zu nehmen, eine Vorlage, die mit gleicher Schärfe, wenn auch in anderer Weise, die Interessen der ganzen Arbeiterschaft berührte. Wir brauchen uns über diese wiederholten Ablehnungen nicht zu kränken. Unsere Repräsentation ist ja schließlich für unsere Zwecke auch ausreichend.“*

Die Reichsbehörden waren nicht eingeladen worden, da sie auch frühere Einladungen, angeblich aus Zeitmangel, abgelehnt hatten. Es erübrigte sich dies auch, weil der Regierung die Stellungnahme der Arbeiterschaft genügend bekannt und ihre Stellung bereits im Entwurf festgelegt ist. Desto mehr entsprach es dem Bedürfnis, auf den Reichstag einzuwirken, weshalb sämtliche Reichstagsfraktionen eingeladen wurden, sich vertreten zu lassen. Dem Wunsche ist einzig die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gefolgt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschloß der Kongreß einstimmig eine Sympathiekundgebung für die ausgesperrten Arbeiter der Baugewerbe, die in dem letzteren seitens des Unternehmerbundes aufgedrungenen Kampf einen Kampf gegen die gewerkschaftlichen Grundrechte aller Arbeiter erkannt und den Ausgesperrten die Hilfe der gesamten organisierten Arbeiterschaft sichert. Den Wortlaut des Beschlusses veröffentlichen wir an anderer Stelle dieses Blattes.

Seine eigentliche Aufgabe, Stellung zur Reichsversicherungsordnung zu nehmen, erledigte der Kongreß in sechs Referaten und durch Vorlage einer gemeinsamen Resolution. Das einleitende Referat über die Grundzüge des neuen Entwurfs, über den Aufbau der neuen Versicherungsbehörden im allgemeinen und die Krankenversicherung im besonderen hielt G. Bauer-Berlin. In wohldurchdachter und eindrucksvoller Rede deckte er die Entrechtungspläne der Regierung, die lediglich im Interesse großindustrieller Scharfmacher handele, und die Mängel des Entwurfs auf. Namhafte Arbeitgebervereinigungen, wie der Bund der Industriellen, der Deutsche Handwerkertag und die Deutsche Mittelstandsvereinigung, ja sogar die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ hätten sich gegen die Beitragshalbierung gewendet und selbige als unannehmbar erklärt. Nur der Zentralverband Deutscher Industrieller verlange diese Aenderung des Beitrags- und Vertretungsanteils. Im weiteren ging der Redner auf alle Einzelfragen des Entwurfs ein und sprach sich besonders gegen die Erhaltung der Betriebs- und Innungskassen sowie die Gründung neuer Landkrankenkassen ohne Selbstverwaltungsrechte der Versicherten aus; die Arbeiterschaft zu einmütigem Protest gegen jede Verschlechterung der Krankenversicherung aufrufend.

Ueber die Mutterschaftsversicherung sprach Fräulein G. Hanna-Berlin. Sie wies einleitend auf die hohe Kindersterblichkeit in Deutschland hin, unter der die Arbeiterbevölkerung in noch höherem Maße als andere Bevölkerungsschichten zu leiden habe, und bezeichnet die Wöchnerinnen- und Schwangerschaftsunterstützung des Entwurfs sowie die fakultativen Stillgelder als unzulänglich. Notwendig sei eine Entschädigung während acht Wochen vor und nach der Entbindung in Höhe des vollen Tagesverdienstes, sowie die obligatorische Gewährung von Stillgeldern auf die Dauer von 13 Wochen in Höhe des vollen Krankengeldes, ferner freie ärztliche Hilfe bei Schwangerschaftsbeschwerden und freie Hebammendienste. Der Mutterschutz sei eine der Hauptaufgaben der Volksgesundheitspflege.

Da Referat über die Unfallversicherung in Gewerbe und Landwirtschaft hielt R. Wissell-Berlin, der aus seiner reichen praktischen Erfahrung die Nachteile der gegenwärtigen gesetzlichen Regelung dieser Materie für die Versicherten darlegte und namentlich die Ausschaltung des Reichsversicherungsamtes als Rekursinstanz scharf zurückwies, einen größeren Einfluß der Versicherten auf die Rentenfestsetzung in erster Instanz und mehr Tätigkeit auf dem Gebiete der Unfallverhütung forderte.

Die Seeunfallversicherung im besonderen behandelte P. Müller-Hamburg, der namens der 75 000 deutschen Seeleute gegen den Entwurf Protest erhob, der das Wohl der seemännischen Arbeiter in gröblichster Weise hintansetze.

Der Vortrag über die Invalidenversicherung lag in Händen des bewährten Arbeitersekretärs J. Timm-Münchne. Derselbe geißelte die Tendenz, die Zahl der Invalidenrenten fortgesetzt herabzudrücken, und kennzeichnete die Unzulänglichkeit dieser Renten. Anstatt der freiwilligen Zusatzversicherung forderte er Erleichterung und Erhöhung der Invalidenrenten und Einführung höherer Lohnklassen.

Das letzte Referat über Hinterbliebenenversicherung hatte Fr. Lesche-Hamburg, der die Einführung von Witweninvaliden- anstatt der Witwenrenten zurückwies und die Unzulänglichkeit dieser Renten beleuchtete. Wenn die Unternehmer für die Krankenversicherung höhere Beiträge zahlen wollen, so wäre es richtiger, diese 60 Millionen Mark der Invaliden- bezw. Hinterbliebenenversicherung zuzuwenden, damit hier auskömmliche Renten gezahlt werden könnten.

Die Diskussion bewegte sich im Sinne der Referate. Die gemeinsame Resolution der Referenten wurde zum einstimmigen Beschluß des Kongresses erhoben; ebenso wurden einige Anträge angenommen, die wir im Anschluß an diesen Bericht wiedergeben. Der bedeutungsvollste dieser Anträge war dem Kongreß von sämtlichen Vorsitzenden der Gewerkschaften mit Namensunterschrift unterbreitet. Er verlangt für den Fall, daß die Halbierung der Beiträge und dementsprechend der Vertretungen in den Krankenkassen zum Gesetz erhoben wird, eine Beitragserhöhung in allen Gewerkschaften in Höhe desjenigen Betrages, den die Arbeiter künftig an Krankenkassenbeitrag ersparen würden. Der Zweck des Antrages ist, den der Arbeiterschaft in den Krankenkassen geraubten Einfluß durch Stärkung

* Die Gesellschaft für soziale Reform hat von einer besonderen Kundgebung abgesehen und sich darauf beschränkt, in einer Vertretersitzung am 12. April, an der ganze 30 Vertreter christlicher und Hirsch-Dunckerscher Gewerkvereine, konfessioneller Arbeitervereine und der Berliner (früher Trierer) Eisenbahnerverband teilnahmen, die gesamte Reichsversicherungsordnung zu erledigen und eine Resolution zur Uebermittlung an den Reichstag zu beschließen.

der wirtschaftlichen Organisationen wettzumachen, um dadurch das Unternehmertum, das für diese Arbeiterentrechtung die Verantwortung trägt, desto wirksamer bekämpfen zu können. Die Delegierten stimmten einmütig und begeistert diesem Antrage zu, der nicht lediglich agitatorisch aufzufassen sei, wie der Vorsitzende ausdrücklich feststellte, sondern im Falle der Gesetzwerdung der Beitragshälftelung in den Krankenkassen sofort mit dem größten Nachdruck durchgeführt werde.

Nach einem zündenden Schlußwort Legiens fand der Kongreß sein Ende.

*

Die Beschlüsse des Außerordentlichen Gewerkschaftskongresses lauten:

Resolution zur Reichsversicherungsordnung.

I. Der Außerordentliche (siebte) Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands hält eine die gesamte arbeitende Bevölkerung umfassende reichsgesetzliche Zwangsversicherung für unumgänglich notwendig.

Der dem Reichstage vorliegende Entwurf einer Reichsversicherungsordnung genügt den berechtigten Forderungen nicht.

II. Für die Krankenversicherung bringt der Entwurf zwar einige Verbesserungen (Ausdehnung der Versicherungspflicht, Ansätze zur Zentralisation), aber in durchaus unzureichender Weise.

Eine gerechte, die Interessen der Versicherten berücksichtigende Reform der Krankenversicherung muß die Dezentralisation der Versicherungsträger beseitigen. Gemeinsame Ortskrankenkassen für die Städte und Bezirkskrankenkassen für die Landgemeinden unter Aufhebung der übrigen Krankenkassenformen, soweit sie sich nicht auf die Gewährung ergänzender Krankenunterstützung beschränken, sind wichtigste Voraussetzungen für eine gedeihliche Entwicklung der Krankenversicherung.

Die im Entwurf vorgesehene, mit der beabsichtigten Aenderung der Beitragsleistung begründete Halbierung des Stimmrechts bedeuten die vollkommene Entrechtung der Versicherten. Die vorgeschlagene Regelung des Kassenbeamtenrechts, der Rechtsbeziehungen der Krankenkassen zu den Aerzten und Apotheken bedarf dringend einer Aenderung auf der Basis völliger Vertragsfreiheit beider Teile.

Das bisherige Selbstverwaltungsrecht darf nicht verschlechtert, es müssen im Gegenteil die Befugnisse der Aufsichtsbehörden eingeschränkt werden.

Der Kongreß fordert:

1. Die Erhöhung der Einkommengrenze für die Versicherungspflicht auf ℳ 5000;
2. Ausgestaltung der Fürsorge für die Versicherten und ihre Angehörigen, insbesondere Gewährung einer ausreichenden Unterstützung an Schwangere und Wöchnerinnen, Gewährung von Stillgeld (Mutterschaftsversicherung);
3. Einräumung des Rechts an die Krankenkassen, auch auf dem Gebiete der Krankheitsverhütung tätig zu sein, darauf bezügliche Vorschriften zu erlassen und die Durchführung dieser sowie der auf Grund der Gewerbeordnung erlassenen Bestimmungen zu überwachen;
4. Gleichstellung der landwirtschaftlichen, staatlichen, kommunalen und seemännischen Arbeiter, der Dienstboten, Hausgewerbetreibenden usw. mit den gewerblichen Arbeitern;
5. Einheitlichkeit des Rechtsweges, Zuständigkeit des Reichsversicherungsamts als höchste Aufsichts- und Rekursinstanz unter Ausschaltung der Verwaltungsbehörden;
6. Uebernahme der Kosten für die Versicherungsbehörden auf das Reich, die Einzelstaaten und Gemeinden.

III. Hinsichtlich der Unfallversicherung erklärt der Gewerkschaftskongreß, daß der neue Entwurf in keiner Weise den zu stellenden Ansprüchen an eine wirksame Unfallversicherung entspricht. Die Ausschaltung zahlreicher Berufs- und Gewerbszweige von der Unfallversicherung entbehrt jeder inneren Berechtigung. Das gleiche gilt auch für den Ausschluß der auf dem Gebiete der öffentlichen Wohlfahrt Tätigen von der Versicherung. Es wird deshalb gefordert:

Die Ausdehnung der Versicherung:

1. auf alle gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten ohne Rücksicht auf die Höhe des Lohnes oder Gehaltes;
2. auf die selbständigen Unternehmer, soweit ihr Einkommen ℳ 3000 nicht übersteigt, unter Gewährung der Versicherungsberechtigung bei einem Einkommen bis zu ℳ 5000;
3. auf die im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt Tätigen.

Der Begriff des Betriebsunfalles ist auf jene Unfälle auszudehnen, die auf dem Wege nach und von der Arbeit eintreten. Gleich den Unfällen sind die Gewerbe- und klimatischen Krankheiten zu entschädigen.

Die Träger der Unfallversicherung haben vom Tage des Unfalles an einzutreten.

Die Rente hat in voller Höhe den dem Verletzten, seinen Angehörigen oder Hinterbliebenen erwachsenen Schaden zu ersetzen. Sie ist unter voller Anrechnung des wirklichen Jahresarbeitsverdienstes unter Einhaltung einer Mindestgrenze zu berechnen.

Den Versicherten ist sowohl bei Erlaß und bei der Durchführung der zu erweiternden Unfallverhütung, bei der Ermittlung des Unfallherganges und bei der Rentenfestsetzung entscheidende Mitbestimmung durch gewählte Vertreter aus ihren Kreisen einzuräumen. Entschieden wendet sich der Kongreß gegen alle Vorschläge, die eine Verschlechterung der bisherigen Bestimmungen bedeuten.

IV. Auf dem Gebiete der Invalidenversicherung läßt der Entwurf der Reichsversicherungsordnung jeden ernsthaften Fortschritt vermissen. Soll die Invalidenversicherung den Anforderungen der minderbemittelten Volksklassen entsprechen, so ist mindestens zu fordern:

1. Erweiterung des Kreises der versicherungspflichtigen Personen, insbesondere Ausdehnung der Versicherung auf die Klein- und Hausgewerbetreibenden;
2. erhebliche Steigerung der Rentensätze, Vermehrung der Zahl der Beitragsklassen unter Anrechnung des vollen Jahresarbeitsverdienstes;
3. a) Anerkennung der Invalidität, wenn der Versicherte in seinem Berufe nicht mehr die Hälfte des Lohnes eines gleichartigen Vollarbeiters zu erwerben vermag;
   b) Gewährung der Altersrente bei Vollendung des 65. Lebensjahres;
   c) Erleichterung der Aufrechterhaltung der Anwartschaft. Wegen unterlassener Beitragsleistung der Arbeitgeber dürfen die Renten nicht versagt werden;
4. gesetzlicher Anspruch der Versicherten und ihrer Angehörigen auf rechtzeitige Einleitung eines Heilverfahrens bei drohender Invalidität; ausreichende Fürsorge für die Angehörigen während des Heilverfahrens für einen Versicherten;
5. Einräumung größerer Anteilnahme der Versicherten an der Verwaltung; Einschränkung des Einflusses der Bureaukratie.

Der Kongreß protestiert entschieden gegen das Bestreben, die allgemeine Versicherung erneut in eine Sonderversicherung für die Privatangestellten zu zersplittern.

V. Die nach der Reichsversicherungsordnung geplante Hinterbliebenenversicherung bedarf einer durchgreifenden Ausgestaltung.

Der Kongreß fordert:

1. Gewährung der Witwenrente an alle Witwen der Versicherten;
2. Zahlung der Waisenrenten in allen Fällen, ohne Rücksicht auf die Frage der Bedürftigkeit, unter Gleichstellung der unehelichen und ehelichen Kinder;
3. die Höhe der Renten soll in jedem Falle die Gewähr bieten, daß die Rentenbezieher nicht der öffentlichen Fürsorge anheimfallen;
4. Ausbau der freiwilligen Zusatzversicherung, daß sie auch für die Hinterbliebenen nutzbar wird;
5. Gleichstellung der Hinterbliebenen eines Ausländers mit denen der Inländer, und zwar auch dann, wenn ihr Wohnsitz sich im Auslande befindet.

VI. Wahl der Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber in direkter und geheimer Wahl auf Grund des Verhältniswahlsystems. Aktives und passives Wahlrecht für alle Versicherten, ohne Unterschied des Geschlechts und der Staatsangehörigkeit.

Antrag, betreffend Freie Hilfskassen.

Der Außerordentliche (siebte) Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands möge seiner Ansicht dahin Ausdruck geben, daß für den Fall, daß bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung die Forderung auf Vereinheitlichung der Krankenversicherung nicht berücksichtigt wird und Sonderkrankenkassen, wie Betriebs- und Innungskrankenkassen, zugelassen werden, auch die freien Hilfskrankenkassen, unter den Bedingungen, wie sie im § 75 des Krankenversicherungsgesetzes bisher enthalten sind, bestehen bleiben können.

Antrag, betreffend Knappschaftswesen.

Mit Rücksicht auf das historisch gewordene Knappschaftskassenwesen und im Hinblick auf die in demselben hervorgetretenen Mißstände fordert der Kongreß eine Regelung des Knappschaftswesens unter Beibehaltung des Grundcharakters desselben durch die Reichsversicherungsordnung.

Antrag, betreffend Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge zur Stärkung des Kriegsfonds gegen Arbeitgeber.

Für den Fall, daß die in dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Halbierung der Beiträge und der Vertretung für die Krankenversicherung Gesetz werden sollte, verpflichten sich die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften, dahin zu wirken, daß die Gewerkschaftsbeiträge um denjenigen Betrag erhöht werden, den die Arbeiter infolge der geminderten Beitragszahlung zur Krankenversicherung ersparen. Die dadurch erzielten Mehreinnahmen sollen dazu verwandt werden, den Einfluß, der den Arbeitern innerhalb der Verwaltung der Krankenkassen genommen wird, durch verstärkten gewerkschaftlichen Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete zu erweitern, um so den der Arbeiterklasse durch die Reichsversicherungsordnung zugefügten Schaden auszugleichen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Klagen über das Frühjahrsgeschäft. — Die Preishausse auf den Rohstoffmärkten. — Eine Hemmung der erstarkenden Konsumkraft.

In letzter Zeit waren die Stimmungsberichte über die wirtschaftliche Lage Deutschlands voll von Klagen über das unbefriedigende Frühjahrsgeschäft. Nachdem sich im letzten Herbst die Erholung so kräftig gestaltet hatte, daß man für das laufende Jahr schon mit einem starken Aufstieg der Konjunktur gerechnet hatte, folgte den hochgespannten Erwartungen die Wirklichkeit in viel langsamerem Tempo nach. Aber es wird ja überhaupt bestritten, daß die Besserung sich fortgesetzt habe, es wird teilweise sogar eine erneute Verschlechterung behauptet. Das ist keineswegs richtig, wenn man seinen Blick auf den gesamten Wirtschaftsorganismus richtet und sich ihn nicht von einzelnen Vorkommnissen oder partiellen Erscheinungen trüben läßt. Am beweiskräftigsten dafür, daß in der Warenherstellung die Aufwärtsbewegung anhält, ist die Zunahme der Beschäftigten, die gerade in letzter Zeit wieder recht ansehnlich, jedenfalls viel stärker als in den beiden Vorjahren zugenommen hat. Daß aber das Tempo der Besserung beschleunigter sein könnte, als es tatsächlich ist, das kann ohne weiteres zugegeben werden. Die Gründe hierfür sind auch leicht aufzuzeigen. Wenn in einer Zeit der wirtschaftlichen Erholung die Preise der Rohstoffe und Betriebsmaterialien in wenigen Monaten auf eine Höhe emporsteigen, die einem Hochkonjunkturjahre entspricht, so ist es nicht wunderbar, wenn die Verarbeiter der Rohstoffe, die für ihre Fertigerzeugnisse die Preise angesichts der langsam wachsenden Nachfrage lange nicht in dem Grade, wie die Rohstoffe gestiegen sind, nur langsam und unter Schwierigkeiten vermehren können.

So liegen aber die Verhältnisse infolge der Preisgestaltung auf den Rohstoffmärkten. Das letzte Jahr hat auf der Mehrzahl der Rohstoffmärkte eine Preishausse gebracht, die nicht entfernt durch den Grad der steigenden Nachfrage berechtigt war. Der Spekulation konnte diese Aufwärtsbewegung nicht rasch genug erfolgen. Diese Beobachtung konnte man an der Geldbörse ebensowohl machen wie an den Warenmärkten. Typisch sind vor allem die Vorgänge am Baumwoll-, Häute- und am Gummimarkt. Mit Hilfe statistischen Materials, das ausschließlich von den Interessenten ohne Kontrolle geliefert wurde und das leider ohne jede weitere Prüfung in der weitesten. Oeffentlichkeit als maßgebend hingenommen wird und vor allem auch unsere Tagespresse füllt, war es der Spekulation möglich, ihre Absichten fast ohne jeden Widerstand durchzusetzen. Infolge dieser erfolgreichen Preistreibereien haben die Rohstoffe sich in einem Grade verteuert, wie dies in früheren Perioden der wirtschaftlichen Erholung kaum zu beobachten war. Baumwolle erreichte einen Preis, wie er in den letzten zehn Jahren nie vorgekommen ist. Wolle ist gleichfalls ungewöhnlich teuer. Die Preise für Häute und Felle haben eine Verteuerung aufzuweisen, als ob das Angebot in beängstigendem Maße hinter der Nachfrage zurückbliebe. Ebenso ungewöhnlich ist die Preissteigerung für Gummi, weiter für Zinn und Zink. Glücklicherweise bewegt sich die Preissteigerung bei Eisen, Blei und Kupfer, weiter bei Kohle in relativ noch annehmbaren Grenzen, wenn auch nicht verkannt werden darf, daß namentlich in Eisen von Amerika aus auch Preissteigerungen veranlaßt wurden, deren Schädlichkeit sich aber jetzt darin zeigt, daß die amerikanische Roheisengewinnung zu einer Zeit herabgemindert werden muß, in der Betriebseinschränkungen eine recht anormale Erscheinung sind. Gewiß ist es der Spekulation zunächst gelungen, den Handel und die Verbraucher durch ihre Preissteigerungen zu alarmieren und sie zu Eindeckungen zu veranlassen. Man hat in der Tat dadurch eine künstliche Steigerung des Bedarfs im Handel und in der Warenherstellung bewirkt. Aber damit ist noch nichts für den Konsum bewiesen. Obgleich auch dieser zunahm, war die Aufnahmefähigkeit doch keineswegs so gewachsen, um höhere Preise der Fertigerzeugnisse bewilligen und dabei doch noch sich in dem Tempo steigern zu können, wie es der künstlich forcierten Eindeckung mit Rohstoffen entsprochen hätte. Es mußte eine Enttäuschung eintreten, da sich weite Kreise verrechnet hatten. In der Tat sehen wir in letzter Zeit auch zwei Bewegungen, die als Wirkungen der Preistreibereien auf den Rohstoffmärkten aufzufassen sind: einmal geht die Rohstoffversorgung ganz auffallend zurück, da man im Verhältnis zur Zunahme des Konsums sich zu teuer und zu stark mit Rohstoff eingedeckt hatte; sodann aber fangen auch die Rohstoffpreise selbst an, von ihrem Höhepunkte etwas herabzusinken. Hält diese Bewegung an, so dürfte bei den sonstigen ziemlich kräftigen Faktoren, die die Gestaltung der Konjunktur bedingen, die Spannung, die die Teuerung der Rohstoffe hervorgerufen hat, bald überwunden werden.

Fragt man aber, warum der Konsum nicht rascher gewachsen ist, so braucht man um die Antwort nicht verlegen zu sein. In letzter Linie ist es eben doch immer wieder die Konsumkraft der breiten Masse der Bevölkerung, von deren Intensität der Umsatz am gesamten Warenmarkte bestimmt wird. Hätte diese Konsumkraft 1909 stärker zunehmen können, als es tatsächlich geschehen ist, so hätte die Spannung, die aus der Verteuerung der Rohstoffe resultierte, sich nicht ganz so nachteilig geäußert, wie wir es in diesem Frühjahr erleben. Der Grad des Frühjahrsaufschwungs wäre namentlich auch im Handel stärker ausgefallen. Es mußte aber eine Verlangsamung der Besserung eintreten, da das Jahr 1909 hohe, zum Teil anormal hohe Lebensmittelpreise und auch sonstige Verteuerungen des Haushalts gebracht hat. Man denke nur an die Wirkung der neuen Steuern. Der hohe Stand der Haushaltskosten verhinderte aber eine Konsumzunahme in dem Grade, wie sie nötig gewesen wäre, um den steigenden Preisen auf dem Rohstoffmarkte folgen zu können. Trotzdem die Arbeitsgelegenheit wieder erheblich zunahm und die Zahl der Beschäftigten, damit aber auch die Lohnsummen wuchsen, trotzdem sogar die Löhne gegen 1908 schon wieder steigende Tendenz zeigten, reichte doch die Zunahme der Nominallöhne nicht aus, um der abnehmenden Kaufkraft des Geldes ihre Wirkung zu nehmen. Vielmehr hat trotz der Zunahme des Verdienstes das hohe Preisniveau der Waren zur Folge gehabt, daß der Konsum viel langsamer zunahm, als die Preise auf den Rohstoffmärkten stiegen. Daß dieses ungleichmäßige Tempo in der Zunahme des Konsums einerseits und in der rapiden Preishausse auf den Rohstoffmärkten andererseits zu einer Störung in der Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte führen mußte, darüber darf man sich nicht wundern: es konnte nicht anders kommen. Erfreulich ist nur, daß die Störung keine nachteiligeren Folgen als die bisherigen gehabt hat, die schließlich doch nur darin bestehen, daß der Grad der wirtschaftlichen Besserung, den man vom Frühjahr 1910 erwartet hatte, hinter den hochgespannten Hoffnungen ziemlich zurückgeblieben ist. Aber da die Reaktion auf den Rohstoffmärkten sich mittlerweile schon zeigt und die Bewegung des Konsums keineswegs ihre aufsteigende Richtung verlassen hat, so kann man eine Ueberwindung der unangenehmen Störungen, soweit sie von den Preistreibereien auf dem Rohstoffmarkte ausgehen, schon für die nächste Zeit als wahrscheinlich bezeichnen.

Berlin, am 24. April 1910. **Rich. Calwer.**

Politische Umschau.

Das Weltfest der Arbeit. — Der außerordentliche Gewerkschaftskongreß. — Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe petitioniert beim Reichstage in der Bankontrollenfrage. — Aus dem Reichstage: Veteranenbeihilfe; Wahlprüfungskomödie; Arbeitskammergesetz. — Die „positive" Arbeit des preußischen Herrenhauses in der Wahlrechtsfrage. — Die Frage der Arbeitslosenversicherung im sächsischen Landtage. — Die Neuwahlen in Frankreich.

Zum zwanzigsten Male ist am 1. Mai das Weltfest der Arbeit begangen worden. In allen Ländern der modernen Kultur hat das Proletariat abermals seine große Solidarität, seine herrlichen Ideale, seinen Kampfesmut

und seine Siegeszuversicht bekundet. Von Jahr zu Jahr hofften die „Staatserhaltenden", die „Ordnungspolitiker" auf ein „Abflauen" der Maifeierbegeisterung. Sie sind schwer enttäuscht worden. Die herrschende Gesellschaft, vorweg das organisierte Unternehmertum, hat im Bunde mit den reaktionären Staatsgewalten immer ihr möglichstes in der Bekämpfung der Maifeier geleistet. Mit dieser Bekämpfung setzte die Aera der Massenaussperrungen von Arbeitern ein. Schon im Anfang der neunziger Jahre, bei den erstmaligen Veranstaltungen der Maifeier, wurden Tausende von Arbeitern von zeitweiliger Aussperrung betroffen, zur „Strafe" dafür, daß sie die frivole Anmaßung des Arbeitsherrentums, ihnen die Beteiligung an der auf einen Werktag fallenden Feier zu verbieten, nicht respektierten. Jetzt ist die Massenaussperrung für die Unternehmerkoalition das Mittel geworden, gewaltige Machtkämpfe gegen die Arbeiterorganisation zwecks deren Vernichtung zu führen, die Arbeiter der „Autorität", das heißt der Willkür des Herrentums zu unterwerfen. Diesem Zwecke und keinem andern dient auch die gegenwärtige Massenaussperrung im Baugewerbe. Die vielen Zehntausende der ausgesperrten Arbeiter und ihre Organisationen erfuhren bei den diesmaligen Maifeierveranstaltungen demonstrative Kundgebungen der Sympathie und der Solidarität des gesamten Proletariats. Ganz ohne Zweifel hat die Aussperrung und auch der Wahlrechtskampf dieser Maifeier in Deutschland eine außerordentliche Bedeutung verliehen. Hinzu kam der Umstand, daß die Feier diesmal auf einen Sonntag fiel, die Unternehmer also keinen Vorwand hatten, besondere Konflikte mit den Arbeitern zu provozieren. Aber die Polizei hat sich an vielen Orten wieder einmal „ausgezeichnet", indem sie Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge verbot. In den Verbotsbegründungen finden sich die allen bekannten „Gründe": „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit", „Erregung des Unwillens weiter Bevölkerungskreise" usw. Und das, trotzdem in den letzten Wochen sogar nach dem Zeugnis von Behörden und der einmütigen Bekundung der Presse aller bürgerlichen Parteien die organisierte Arbeiterschaft bei ihren Massenversammlungen unter freiem Himmel eine beispiellose Disziplin offenbart hat! Aber gerade die Bekundung dieser Disziplin ist es ja, die, wie wir in unserer vorletzten Umschau bemerkten, von den herrschenden Gewalten und Parteien gefürchtet wird. Eintrag haben die polizeilichen Verbote der Maifeier nicht getan; sie ist im Reiche geradezu glänzend verlaufen.

Imposant war auch der Verlauf des außerordentlichen Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, der vom 25. bis 27. April in Berlin tagte, um Protest gegen den Entwurf einer Reichsversicherungsordnung zu erheben. Näheren Bericht finden unsere Leser an anderer Stelle unseres Blattes. Es beeinträchtigt die Bedeutung des Kongresses nicht, daß die christlichen und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften in betrübender Einsichtslosigkeit eine Beteiligung abgelehnt hatten. Der Kongreß verdient hohe Anerkennung dafür, daß er vor Eingang in seine Tagesordnung eine eindrucksvolle Sympathiekundgebung für die ausgesperrten Bauarbeiter vornahm.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat, trotzdem ihn die Aussperrung außerordentlich in Anspruch nimmt, doch noch Zeit gefunden, außer seiner die Aussperrung betreffenden Kundgebung (siehe letzte Nummer unseres Blattes) dem Reichstage auch eine abermalige Petition gegen die Heranziehung von Arbeitern bei Ausübung der Kontrolle auf Bauten zugehen zu lassen. Die Herren Felisch und Genossen setzten ihren alten, von uns schon so oft kritisierten Unfug bösartiger Verunglimpfung der Arbeiter und der Arbeiterorganisationen fort. Nur einige wenige ihrer Behauptungen wollen wir hier niedriger hängen:

„Eine parteipolitische Seite ist mit der Forderung der Anstellung von Kontrolleuren aus dem Arbeiterstande unbedingt verbunden. In der Tat ist dieser Wunsch im wesentlichen eine sozialdemokratische Forderung, und zwar lediglich zu dem Zwecke aufgestellt, um unter der Flagge des Arbeiterschutzes die Macht der Gewerkschaften auszubreiten und zu vertiefen. Durch die Kontrolleure der bezeichneten Art würde die sozialdemokratische Agitation, die häufig genug schon heute die schwersten Mißstände zeitigt, unter dem Deckmantel der behördlichen Baukontrolle vor sich gehen, und die Arbeitgeber wären nicht in der Lage, die mit autoritativer Macht ausgestatteten Kontrolleure von der Arbeitsstelle zu weisen. Die Arbeitgeber gerieten in ein unwürdiges Abhängigkeitsverhältnis zu den Gewerkschaften ihrer Arbeiter, und der Unzuträglichkeiten zwischen den beiden doch aufeinander angewiesenen Arbeitsfaktoren, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, wäre kein Ende.

Die Arbeitgeber könnten es aber nicht ruhig mit ansehen, daß ihre Betriebe der Sozialdemokratie ausgeliefert würden."

Die „sozialdemokratische Gefahr", das ist der olle Schwindel, der immer wieder neu wird. Nun, vorläufig wird der Reichstag keine Gelegenheit mehr haben, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Er drängt in die Ferien, die sich in der Form einer Vertagung bis zum Herbst erstrecken sollen. Nach Pfingsten will das hohe Haus keinesfalls noch einmal zusammentreten. Da ist denn in fliegender Eile noch manches an Vorlagen zu erledigen. In der Berichtswoche nahm der Reichstag zunächst die dritte Lesung des aus dem Hause von mehreren Seiten eingebrachten Gesetzentwurfes, betreffend die Veteranenbeihilfe, vor. Völlig einmütig wurden die Anträge angenommen, womit einer Pflicht der Nation gegen alle Kriegsteilnehmer genügt werden soll. Schon öfter hat die Sozialdemokratie, und zwar 1895 noch ganz allein, solch ein Gesetz gefordert. Kriegsteilnehmer, die weniger als ℳ 900 Einkommen haben, sollen ℳ 170 jährlich Veteranenbeihilfe erhalten. Das ist allerdings nach Ansicht der Sozialdemokraten zu wenig; sie hätten gern noch mehr bewilligt. Aber, aber — die leidige Deckungsfrage! Einer der sozialdemokratischen Redner, Dr. Südekum, regte an, die 170 Millionen im Juliusturm zinstragend anzulegen und die Zinsen für die Veteranen zu verwenden. Die Antisemiten, Nationalliberalen und Reichsparteiler hatten die Einführung einer Wehrsteuer vorgeschlagen. Sozialdemokratische Redner traten diesem Vorschlage energisch entgegen. Es bleibt nun abzuwarten, ob die verbündeten Regierungen bereit sind, auf die Beschlüsse des Reichstages einzugehen. Nach Aeußerungen des Reichsschatzsekretärs darf man kaum darauf hoffen.

Das Register der Schmach und der Schande des Reichstages ist um ein Blatt reicher geworden. Die Mehrheit, gebildet von Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen, führte eine beispiellos dastehende Wahlprüfungskomödie auf. Von 17 Mandaten, die zur Erörterung standen, sollten nach dem Vorschlage der Wahlprüfungskommission sieben für ungültig erklärt werden, und zwar drei konservative, drei nationalliberale und ein Zentrumsmandat. Der Vorschlag auf Kassierung war in den Berichten der Kommission in ausreichendster Weise begründet: es lagen amtliche Wahlbeeinflussungen und bei den nationalliberalen Mandaten auch noch Umtriebe der Kriegervereine, die als politische Organe der Regierung in den Wahlkampf eingegriffen hatten, vor. Da zeigte sich aber sofort die sehr merkwürdige Tatsache, daß Konservative, Zentrum und Nationalliberale einen Wahlprüfungsblock gebildet hatten. Die ehemalige Hottentottenmehrheit war wieder da, um die Kassierung der sämtlichen sieben Mandate zu verhindern. Gemeinsame Sache machten die von den Anträgen der Kommission bedrohten Parteien; fast geschlossen stimmten sie für die Gültigkeit dieser Mandate, und selbst ein Teil der Freisinnigen war gewissenlos genug, wenigstens den Nationalliberalen Hilfe zu leisten. Die schamlose Rechtsbeugung gelang: es blieben sieben Mandate zu Unrecht bestehen. Eine erbärmliche Fraktionspolitik hat gesiegt über das offenkundige Recht, die Politik einer „Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit zur Erhaltung wurmstichiger Mandate", wie der sozialdemokratische Abgeordnete Fischer sie zutreffend bezeichnete.

Die Reichstagskommission für das Arbeitskammergesetz hat ihre Arbeiten beendet. Dem § 3 wurde auf Antrag der Volkspartei angefügt, daß es zu den Aufgaben der Arbeitskammern mit gehört, „in der Hausindustrie die Vereinbarung und Regelung der Lohnsätze zu fördern". Abgelehnt wurde ein Antrag, die Fabriken und Werkstätten der Eisenbahnen der Geltung des Gesetzes zu entziehen.

Dem § 8 wurde auf Antrag des Zentrums eingefügt:

„Bei Errichtung einer Arbeitskammer soll den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus den beteiligten Gewerbezweigen Gelegenheit gegeben werden, sich gutachtlich zu äußern."

Beschlossen wurde weiter zu § 14, daß die nicht mehr praktisch berufstätigen Mitglieder der Abteilungen ein Viertel der Mitglieder sowohl der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer nicht übersteigen dürfen. Der Antrag zu § 31, die Regierungsvorlage hinsichtlich der Oeffentlichkeit der Verhandlungen wiederherzustellen, wurde abgelehnt.

§ 38 erhielt auf Antrag der Sozialdemokraten folgende Fassung:

„Bei der Beschlußfassung über die Erstattung eines Gutachtens oder Stellung eines Antrages ist zunächst für die Gruppen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer eine gesonderte Abstimmung vorzunehmen. Ergibt die Abstimmung, daß sämtliche Arbeitgeber einerseits und sämtliche Arbeitnehmer anderseits einen entgegengesetzten Standpunkt einnehmen, so wird das Gutachten nicht erstattet und der Antrag nicht gestellt. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind in diesem Falle ermächtigt, ihre Meinung und deren Begründung schriftlich niederzulegen und diese Aufzeichnung dem Vorsitzenden der Arbeitskammer einzureichen. Das gleiche Recht hat in den Fällen, in denen ein gültiger Beschluß zustande gekommen ist, die Minderheit. Die Aufzeichnung ist von dem Vorsitzenden der Arbeitskammer den Verhandlungen beizufügen und der beteiligten Behörde einzureichen."

Die weiteren Aenderungen an den Beschlüssen erster Lesung sind nicht wesentlich.

In der Gesamtabstimmung wurde das Arbeitskammergesetz durch eine Mehrheit aus Zentrum, Wirtschaftlicher Vereinigung, Fortschrittlicher Volkspartei, Sozialdemokraten und Polen gegen die Nationalliberalen, die Reichspartei und die Konservativen angenommen.

Das preußische Herrenhaus hat seine „positive" Arbeit der „Wahlrechtsreform" vollbracht. Die zweite Lesung der Vorlage auf Grund der Kommissionsbeschlüsse leitete Herr v. Bethmann Hollweg mit einer Rede ein, die darauf gerichtet war, die „Politik der Ausschaltung einer Partei", d. h. in diesem Falle die Ausschaltung der Nationalliberalen, zu verhindern. Er bemühte sich, den Nationalliberalen eine goldene Brücke zu bauen für die Rückkehr in das Regierungslager. Einige Junker hielten wieder wüste Hetzreden gegen die Sozialdemokratie und gegen das von ihr geforderte Wahlrecht. Ihnen und der Regierung gegenüber fand der Berliner Oberbürgermeister Kirschner den Mut, die Wahlrechtsvorlage als ein Musterbild von Inkonsequenz und inneren Widersprüchen zu bezeichnen. Mit noch größerer Entschiedenheit ging der Königsberger Oberbürgermeister Körte vor; er erklärte, die Gewährung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts sei die beste Aenderung des bestehenden preußischen Wahlrechts.

Das Resultat der Abstimmung war: Ablehnung der öffentlichen Stimmabgabe und Annahme des Beschlusses des Abgeordnetenhauses, betreffend das indirekte Wahlverfahren mit geheimer Wahl der Wahlmänner. Es bleibt bei dem „Kulturträger"-Unfug, einer politischen Farce von beispielloser Frivolität. Dazu kommt noch die Annahme eines Antrages des Freiherrn v. Schorlemer, der den Wünschen der Regierung entspricht und die Brücke für die Nationalliberalen und Freikonservativen bilden soll: es soll die Drittelung in Gemeinden unter 10 000 Einwohnern für die ganze Gemeinde erfolgen, in größeren Gemeinden nach besonderen Drittelungsbezirken. Und zwar sollen in Gemeinden von 10 000 bis 30 000 Einwohnern zwei Drittelungsbezirke gebildet werden, in größeren Gemeinden für jede weiteren 20 000 Einwohner ein weiterer Drittelungsbezirk.

Offen sprach der Antragsteller aus, daß diese Drittelungs-Praxis dazu dienen soll, „der Demokratisierung, die dem Wahlrecht von unten her droht, entgegenzutreten". Der Einfluß der besitzenden und „staatserhaltenden" Klassen soll nicht vermindert, sondern vermehrt werden. Der plutokratische Charakter des bestehenden Dreiklassenwahlrechts wird noch übertrumpft. In der Gesamtabstimmung wurde die Vorlage mit 140 gegen 94 Stimmen angenommen.

Das ist die „positive" Arbeit der Edlen und Erlauchten — eine noch weit frechere Verhöhung des Volkes, als das Abgeordnetenhaus sie begangen hat.

Wie es scheint, sind nicht nur die Freikonservativen, sondern auch die Nationalliberalen bereit, die ihnen gebaute Brücke zu betreten. Aber was wird nun das Zentrum tun? Wird es sich am Schluß der Komödie ausschalten lassen oder nicht? Führende Blätter dieser Partei erklären, die Beschlüsse des Herrenhauses seien für die Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses unannehmbar. Darauf ist jedoch nicht zu bauen. Und wenn das Zentrum wirklich nunmehr zur Opposition sich bekennen sollte, es kann nicht wieder gut machen, was es durch seine Bundesgenossenschaft mit den Junkern am Volke gesündigt hat.

Das Herrenhaus muß in drei Wochen eine nochmalige Abstimmung vornehmen. Dann geht die Vorlage an das Abgeordnetenhaus zurück, so daß bis zur endgültigen Verabschiedung noch etwa zwei Monate verstreichen werden. Diese Frist muß dazu dienen, die Volksbewegung gegen das infame Wahlrechtsverbrechen zu einem elementaren Sturm zu entfachen.

Im sächsischen Landtage wurden die Beratungen über den sozialdemokratischen Antrag, betreffend die Einführung einer Arbeitslosenversicherung, zu Ende geführt. Die Kommission hat in diesem Antrage erhebliche Aenderungen vorgenommen. Nach ihren Vorschlägen fand folgende Fassung Annahme:

Die Staatsregierung wird ersucht: 1. darauf hinzuwirken, daß in allen Groß- und Mittelstädten sowie in einzelnen, das platte Land und die kleineren Städte umfassenden Bezirken, paritätische, unter neutraler Leitung stehende Arbeitsnachweise, die dann untereinander in Verbindung zu treten haben würden, errichtet werden; 2. von jetzt ab bis auf weiteres zu verschiedenen Zeiten des Jahres das ganze Land umfassende statistische Erhebungen über Umfang, Dauer, Ursache und Wirkung, sowohl der Arbeitslosigkeit als auch des Arbeitermangels im Königreich Sachsen anzustellen und von deren Ergebnis den Ständen Kenntnis zu geben; 3. auf Grund dieser Erhebungen und unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die in verschiedenen Städten und Ländern mit den dort getroffenen Einrichtungen zur Arbeitslosenfürsorge und -versicherung gemacht worden sind, eine Denkschrift ausarbeiten zu lassen und diese dem nächsten Landtag vorzulegen; 4. dieser Denkschrift einen Entwurf zu einer Satzung über Errichtung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung beizufügen; 5. den voraussichtlich im Herbst dieses Jahres in Paris stattfindenden internationalen Kongreß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sofern eine Einladung dazu an die Regierung erfolgt, durch eine aus Regierungsvertretern und Abgeordneten beider Kammern bestehende Deputation zu beschicken; 6. im Bundesrate auf baldige reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenfürsorge hinzuwirken.

Abgelehnt wurde ein sozialdemokratischer Antrag, in den nächsten Etat Mittel dafür einzustellen, daß den Gemeinden Beihilfen gewährt werden können zu den von ihnen bestrittenen Aufwendungen zur Arbeitslosenfürsorge, insbesondere für Einrichtungen zur Beseitigung oder Linderung der Arbeitslosigkeit. Angenommen wurde ein Antrag der Nationalliberalen, der die Regierung ersucht, zu erwägen, ob und in welcher Höhe im nächstjährigen Etat Mittel zur Förderung und Unterstützung der gemeindlichen Arbeitslosenfürsorge bereitgestellt werden können.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik nimmt der Ausfall der französischen Wahlen besonderes Interesse in Anspruch. Die Sozialdemokratie darf mit dem Ausfall sehr zufrieden sein. Sie hat ihre Stimmenzahl, die im Jahre 1906 etwas über 800 000 betrug, auf über eine Million gesteigert, d. i. etwa der achte Teil aller abgegebenen Stimmen. Die Partei, die bis jetzt über 28 Mandate verfügte, hat sieben neue Mandate gewonnen und die Stichwahlen dürften ihr weiteren Zuwachs bringen. Die Konservativen erlitten eine Einbuße von über 700 000 Stimmen. Es geht in Frankreich vorwärts zur sozialen Republik!

Bekanntmachung des Vorstandes.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersenden:

a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und

b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszuzahlen ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 11. bis 30. April für folgende Mitglieder erteilt:

P. Graßhoff-Hamburg, Verb.-Nr. 142 400; A. Brettschneider-Lützen, 58 303; Peter Bogner-Nürnberg, 425 051; M. B. Böhme-Meißen, 291 388; G. Böhme-Dresden, 18 333; K. Müller-Wiesbaden, 155 117; K. Kläden-Stendal, 102 298; Jul. Ernst-Leipzig, 158 926; M. Bernhardt-Halle, 25 327; Franz Klauka-Breslau, 16 218; A. Albrecht-Berlin, 499; Ernst Bläsche-Görlitz (Frau), 73 459; L. Isense-Wolfenbüttel (Frau), 108 326; K. Röseke-Berlin (Frau), 258 674; E. Zetzschke-Berlin (Frau), 489 500; H. Ulbricht-Rossen (Frau), 447 363; G. Bockhaus-Salzuflen (Frau), 486 966; Aug. Kohlhas-Eisenach (Frau), 291 004; G. Weser-Wittenberg (Frau), 107 787; F. Feilshorn-Weimar (Frau), 405 011; W. Böttcher-Neuhardenberg (Frau), 90 012; Joh. Marks-Marienwerder (Frau), 278 046;

Joh. Küster V-Frankfurt a. M. (Frau), 24 077; Arno Sauer-Sebnitz (Frau), 232 253; Wilh. Möller-Hamburg, 27 583; Friedr. Illiger-Aschersleben, 424 638; J. Götz-München, 240 832; R. Keller-Freyhan, 69 841; P. W. Schneider-Cöln, 97 101; Chr. Pries-Hamburg, 28 146; Friedr. Knaak-Hamburg, 28 170; Joh. Behnke-Vegesack, 172 222; K. Zippler-Wiesenburg, 52 940; W. Wedekind-Hannöv.-Minden (Frau), 88 876; M. Berr-Regensburg (Frau), 304 023; M. Reiferscheidt-Cöln (Frau), 216 426; M. Straub-Speyer (Frau), 187 311; R. Burghold-Leipzig (Frau), 37 468; E. Wolf-Frankenberg i. Sa., 221 343; Jac. Defren-Mannheim (Frau), 86 074; Karl Helbig-Stettin (Frau), 45 405; Jac. Clement-Kiel (Frau), 115 864; J. Letzner-Reichenbach i. Schles. (Frau), 29 863; K. E. Priebs-Dresden (Frau), 134 167; G. Wagner-Zittau, 246 781; Fritz Merkschien-Duisburg, 5231; Chr. Scheerer-Hagen, 287 402; Aug. Grawert-Berlin, 50 774; Chr. Heidenreich-Bayreuth, 242 990; W. Piesel-Waldenburg i. Schles., 409 579; Ernst Eisold-Dresden, 189 498; Heinr. Seyffart-Hamburg (Frau), 29 477; Herm. Eckert-Berlin, 176 501; R. Nagel-Halle, 25 266; K. Wendland-Berlin, 4757; Jac. Naß-Vegesack, 148 385; Gustav Rath-Hamburg, 29 697; W. Dorschner-Gera, 142 777; H. Muschner-Leipzig, 86 175; Ferd. Herholz-Berlin, 502 899; Aug. Stanneck-Breslau, 16 537; Ad. Umbach-Hann.-Münden, 179 352; F. Grüneberg-Berlin, 22 9; Jos. Schneider-Würzburg, 389 729; Ant. Ettl-München, 360 256; Joh. Balks-Frankfurt a. M., 21 717; K. Fr. Lang-Chemnitz, 165 269; Joh. Kosack-Herne i. W., 498 099; Friedrich Bebert-Genthin, 71 133; W. Liebmann-Jessen, 37 280; Joh. Schlauch-Bamberg, 356 607; Friedr. August-Spremberg, 298 433; Ch. Hollberg-Norden, 91 312; G. Mayer-München, 425 237; G. Waschlinski-Freyhan, 69 884; Aug. Stark-Militsch, 229 056; H. Nickel-Neumarkt i. Schles., 369 110; L. Kerischer-Gera, 142 689; W. Landmann-Gotha, 73 715; J. Keitmann-Berlin (Frau), 1072; L. Carl Schmidt-Gransee (Frau), 74 206; M. Schmidt-Cassel (Frau), 131 184; Herm. Hackmann-Bremen (Frau), 267 034; Emil Mayer-Essen (Frau), 397 456; W. Schönfeld-Berlin (Frau), 6778; Friedr. Lang-Frankfurt a. M. (Frau), 401 982; Alfr. Preller-Jena (Frau), 067 636; Jos. Gruber-Rosenheim (Frau), 97 407; K. Glock-Stuttgart (Frau), 427 457; K. Ellerbrook-Bielefeld (Frau), 332 789; Aug. Kelle-Soltau (Frau), 425 836; R. Kammann-Crossen (Frau), 130 316; F. Ehrmann-Saarbrücken (Frau), 293 871; A. Müller-Potsdam (Frau), 95 204; Friedr. Litt-Frankfurt a. M. (Frau), 400 746; Aug. Schubert-Görlitz (Frau), 058 919; Aug. Schmidt-Spandau (Frau), 101 634; W. Greiner-Heilbronn (Frau), 303 953; Th. Peterek-Kattowitz (Frau), 80 073; Otto Biermann-Schackensleben (Frau), 98 380; Friedrich Hallmann-Danzig (Frau), 152 479; Friedr. Rose-Magdeburg (Frau), 115 993; J. Sünderhauf-Crimmitschau (Frau), 140 198; Hermann Paul-Braundenburg a. d. H., 55 548; Gg. Knoth-Frankfurt a. M., 20 119; F. E. Müller-Riesa, 276 612; G. Emling-Karlsruhe, 241 881; K. Peter-Ronneburg, 97 338; H. Pröbius-Döbeln, 244 979; Ernst Spottke-Bautzen, 361 668; H. John-Querfurt, 95 845; G. Stock-Reichenhall, 248 655; L. Schmidt-Erlangen, 414 819; E. Eutner-Langenbielau, 330 688; H. Pott-Hamburg, 26 805; Friedr. Poth-Freiburg i. Br., 20 059; E. Lehmann-Fürstenwalde, 70 424; W. Schulke-Fürstenwalde, 264 718; Joh. Hutzler-Bayreuth (Frau), 127 622; H. Schwindtke-Berlin (Frau), 6234; W. Neumann-Neu-Ruppin (Frau), 90 410; P. Ahrens-Büzow (Frau), 57 870; L. Alm-Hamburg, 26 238; Jos. Bast-München, 452 688; Herm. Eilers-Delmenhorst, 157 443.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer **J. Köster, Hamburg 1, Besenbinderhof 56,** zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 18. bis 24. April 1910 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Apenrade M. 16,50, **Ausleben** 71,02, **Achim** 146,44, **Allendorf-Sooden** 48,16, **Aachen** 100, **Augsburg** 800, **Bramstedt** 34, **Bremerhaben** 647,30, **Blankenburg** a. Harz 98,10, **Belgern** 14,73, **Bochum** 1503,50, **Brunsbüttelkoog** 278,57, **Bernsdorf** 125,78, **Bahn** 120,70, **Bremervörde** 86,70, **Bethau** 46,68, **Biesenthal** 24,48, **Bargteheide** 131,22, **Bünde** 108,25, **Blankenhain** 8,40, **Buckow** 52,73, **Bratsch** 35,46, **Bayreuth** 19,91, **Brake** 93,23, **Barmen** 1657,43, **Barnstorf** 44,92, **Cottbus** 127,41, **Calefeld** 90,04, **Cammin** 21,98, **Coburg** 277,17, **Cöln** 1959, **Droyßig** 183,33, **Detmold** 284,05, **Dassow** 138,39, **Dreetz** 53,72, **Duisburg** 1176,12, **Dresden** 8184,48, **Eilenburg** 300, **Eisleben** 133,12, **Eisenach** 87,34, **Erdeborn** 98,51, **Einbeck** 337,07, **Eichershausen** 15,01, **Ebstorf** 47,06, **Erfurt** 400, **Frohstadt** 54,54, **Fackenburg** 134,29, **Friedrichroda** 129,12, **Forst** 134,79, **Friesack** 13,65 **Freiberg** i. S. 360, **Freienwalde** 248,13, **Fallersleben** 40, **Feldberg** 24,60, **Filehne** 117,50, **Goldberg** i. Schles. 120,85, **Großenhain** 491, **Grünberg** i. Pos. 233,45, **Glogau** 150, **Greifenhagen** 87, **Gr.-Wockern** 76,55, **Gartz** a. d. O. 71,23, **Grafenwöhr** 70, **Güstebiese** 38,81, **Goßen** 35,18, **Gera** 800, **Gadebusch** 214,70, **Gräfenhainichen** 104,68, **Guhrau** 58,68, **Gradow** 36,36, **Gößnitz** 79,16, **Gusow** 54,64, **Garmisch** 50, **Golchen** 32,80, **Gassen** 87, **Gotha** 854,33, **Harburg** 584,32, **Herskeld** 245,80, **Holzminden** 55,44, **Horst** 46,47, **Hennigsdorf** 26,56 **Hainrode** 125,66, **Hohensalza** 110,14, **Hintersee** 106,84, **Hermsdorf** b. **Berlin** 45,61, **Holtenau** 28,70, **Herzogenaurach** 20,17, **Hermsdorf** b. **Münchehofe** 15,86, **Hundsfeld** 5,89, **Hamburg** 5954,63, **Holzhausen** 287,43, **Heringen** 59,80, **Herzberg** a. b. **Elster** 9,84, **Herzberg** a. **Harz** 139,94, **Heiligenhafen** 61,62, **Hasselfelde** 39,94, **Hohenstein-Ernstthal** 300, **Hagenow** 93,85, **Heikendorf** 56,30, **Jena** 692,25, **Jork** 4,90, **Joachimsthal** 15,56, **Jeseritz** 11,20, **Kaiserslautern** 253,31, **Konstanz** 113,35, **Kempten** 24,46, **Karlsruhe** 68,63, **Krebsjauche** 26,25, **Kl.-Schönebeck** 35,13, **Löwenberg** 130,89, **Lübbenau** 133,31, **Lausigk** 50,64, **Liebenwerda** 19,06, **Lützen** 14,46, **Landshut** 191,87, **Lingen** 33,44, **Lubtheen** 26,65, **Lucka** 120,61, **Markgrafpieske** 34,85, **Muskau** 294,68, **Mühlberg** a. d. **Elbe** 65, **Münchenbernsdorf** 67,80, **Mannheim** 394,64, **Mühldorf** 134,73, **Militsch** 73,88, **Mirow** 69,57, **Moorburg** 132,33, **Melle** 76,37, **Netzschkau** 191,27, **Neisse** 93,95, **Neukloster** 90,94, **Nortorf** 34 88, **Nürnberg** 3451,27, **Nauen** 183,18, **Nossentinerhütte** 85,32, **Neustadt** i. **Holst.** 72,10, **Neustettin** 142,95, **Osterbrück** 283,50, **Oldesloe** 221,68, **Oeynhausen** 165,12, **Oschersleben** 80,64, **Oberstein** 85,14, **Oels** 14,10, **Oldenburg** i. **Holst.** 46,14, **Oehringen** 56,32, **Posen** 2068,64, **Passau** 141,14, **Paaren** 43,38, **Pliezhausen** 166,32, **Plau** 146,78, **Podejuch** 86,26, **Pollychen** 2,09, **Plattling** 47,66, **Peine** 367,82, **Paaren** 10, **Quickborn** 48,62, **Ruhla** 84,85, **Regis** 26,56, **Roda** 25,72, **Ratibor** 101,17, **Rogheim** 61,51, **Reppen** 14,05, **Rothenburg** o. b. **Tauber** 6,96, **Radolfzell** 6,87, **Schwaan** 203,87, **Schweinfurt** 139,18, **Strausberg** 119,96, **Stollberg** 27,90, **Steinach** 1, **Sagan** 75,48, **Süderbrarup** 70, **Schöpfurth** 62,81, **Steinau** 47,84, **Sprau** 338,50, **Suhl** 33,40, **Schleiz** 80,18, **Strasburg** i. d. **Uckerm.** 63,68, **Storkow** 36,08, **Salzungen** 183,62, **Stadilm** 41,71, **Schönwalde** i. **Spreewald** 27,60, **Sallgast** 15,64, **Sonneberg** 140, **Trier** 195,62, **Tribsees** 83,50, **Trebitz** 83,28, **Treuenbrietzen** 77,36, **Trebbin** 170,74, **Tölz** 113,02, **Tjebel** 105,60, **Trachenberg** 69,69, **Torgelow** 47 09, **Unterweißbach** 14,92, **Usseln** 17,20, **Unna** 265,11, **Ulsen** 10,28, **Varel** 111,56, **Witten** 200, **Wilsnack** 87,36, **Wusterhausen** 33,46, **Wolfenbüttel** 63,38, **Wensickendorf** 37,30, **Weener** 8,80, **Wermelskirchen** 138,05, **Waldheim** 72,10, **Wasungen** 77,95, **Wollin** i. **S.** 76,12, **Waldenburg** i. **S.** 130, **Zahna** 57,06, **Zempelburg** 77,20, **Zwönitz** 1,40, **Zellendorf** 35,02.

b) Für Kalender.

Bahn M. 12,50, **Coburg** —,50, **Gartz** a. d. O. 10, **Glogau** 25, **Hohenstein-Ernstthal** 25, **Landshut** 15, **Neisse** 5, **Netzschkau** 2,50, **Osnabrück** 1.

c) Für Futterale.

Ausleben M. 2, **Einbeck** 3, **Guhrau** 1,80, **Hamburg** 45, **Heringen** 1, **Landshut** 2, **Lausigk** 1, **Münchenbernsdorf** 1, **Trebitz** 1.

d) „Grundstein"-Einband und Decken.

Bayreuth M. 2,20, **Bochum** 3, **Crefeld** 6, **Dresden** 3,30, **Duisburg** 9, **Kempten** 1,10, **Nürnberg** 11,80, **Posen** 3, **Schweinfurt** 1,10.

e) Für Jahrbuch.

Hohenstein-Ernstthal M. 1.

f) Für Anzeigen im „Grundstein".

Bochum M. 2,10, **Dresden** 1,90, **Neuruppin** —,20, **Neustettin** —,40, **Treuenbrietzen** —,90.

*

In der Zeit vom 25. April bis 2. Mai sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder:

Annaburg M. 85,18, **Aschaffenburg** 327,24, **Burg** bei **Magdeburg** 314,35, **Bornhöved** 201,25, **Burgdorf** 129,06, **Bublitz** 51,46, **Berne** 37,32, **Borsdorf** 54,25, **Bockenem** 81,07, **Bielefeld** 278,95, **Breslau** 43,69, **Brunsbüttelkoog** 350, **Bitterfeld** 500, **Brinkum** 39,50, **Bremen** 4000, **Burgstädt** 400, **Brandis** 100, **Colditz** 71,96, **Cassel** 1120,92, **Coblenz** 274,69, **Chemnitz** 800, **Coswig** 100, **Dühringshof** 1,59, **Döbeln** 400, **Elsterwerda** —,54, **Erlangen** 211,17, **Elster** 1,87, **Ellrich** 43,07, **Fiddichow** 30,32, **Flensburg** 4,20, **Falkenstein** 300, **Frankenberg** i. **Sa.** 200, **Freiburg** i. **Br.** 200, **Gr.-Besten** 35,90, **Glatz** 40,48, **Gera** 368,26, **Goldberg** i. **M.** 120, **Güstrow** 222,60, **Guben** 200, **Graudenz** 500, **Garmisch** 30, **Gumbinnen** 200, **Gelsenkirchen** 800, **Heidelberg** 212,62, **Hildesheim** 239,05, **Hemmoor** 4,44, **Hannover** 5329,94, **Hainner** b. **J.** 25,09, **Hof** 499,67, **Hamburg** 31 968,40 **Heydekrug** 85, **Harburg** 1648,50, **Heiligenhafen** 200, **Ingolstadt** 75,60, **Kronach** 20,04, **Kattowitz** 260, **Laage** 70,52, **Lauterberg** 69,34, **Leutenberg** 30,52, **Landau** 311,82, **Lehnin** 350, **Landsberg** a. **b. W.** 400, **Limbach** 390, **Mülheim-Oberhausen** 302,66, **Milow** 94,47, **Minden** 732,47, **Moosburg** 2,72, **Merseburg** 269,44, **Mühlenbeck** 87,59, **Mittenwalde** 60, **Neusalz** 298,69, **Neuburg** 46,13, **Neuengamme** 69,67, **Neuruppin** 282,33, **Neustadt** a. d. **Orla** 130,20, **Nordenham** 300, **Neumünster** 1149,90, **Offenburg** 199,38, **Obhausen** 145,56, **Oppeln** 223,60, **Osterode** a. **Harz** 684,26, **Oschatz** 165, **Osterburg** 161, **Oldesloe** 200, **Ohlstedt** 237,45, **Preuden** 34,68, **Pritzerbe** 53,76, **Plauen** 878,95, **Pollychen** 48,36, **Pinneberg** 203,73, **Preetz** 130, **Pretzsch** 44,18, **Quakenbrück** 8,15, **Reutlingen** 172,11, **Radensburg** 39,42, **Rosenberg** 12,04, **Ronneburg** 150, **Roßwein** 200, **Schleudtz** 674,45, **Schkeuditz** (C. Müller) 30, **Siegen** 147,01, **Schwandorf** 88,57, **Sarstedt** 166,96, **Stadtoldendorf** 159,58, **Stelle** 45,60, **Straßburg** i. **Elf.** 901,38, **Siedenbollentin** 34,36, **Stuhm** 5,22, **Saarbrücken** 429,22, **Stargard** i. **Pomm.** 84,77, **Spandau** 1600, **Sarstedt** 88, **Süderbrarup** 60, **Senftenberg** 400, **Sandau** 22,20, **Saalfeld** 9,22, **Tübingen** 206,99, **Tuttlingen** 3,78, **Tönning** 23,60, **Trittau** 18,48, **Weißwasser** 69,80, **Worms** 82,90, **Weida** 189, **Winsen** a. **b. Luhe** 174,43, **Wilhelmshaven** 1200, **Waldheim** 350, **Wyk** 140,20, **Waldshut** 50, **Zittau** 574,50, **Zörbig** 75, **Zerbst** 176,40.

b) Für Kalender:

Erlangen M. 2, **Gera** 75, **Radensburg** 12,50, **Sarstedt** 15, **Tübingen** 6.

c) Für Futterale:

Aschaffenburg M. 5, **Tübingen** 2,80, **Winsen** a. **b. L.** 1.

d) Einband und Decken für den „Grundstein":

Breslau M. 2,20, **Merseburg** 2,20, **Saarbrücken** 1,10.

e) „Kampf um die Arbeitsbedingungen":

Zittau M. 15.

f) Anzeigen im „Grundstein":

Burg b. **M.** M. —,90, **Cassel** 1,20.

Abrechnungen für das erste Quartal 1910 wurden aus folgenden Zweigvereinen bis zum 2. Mai noch **nicht** eingesandt:

Gau **Berlin**: Baruth, Berlin, Birkenwerder, Briesen, Gr.-Kreuz, Heegermühle, Neuenhagen und Zehden. — Gau **Breslau**: Glatz, Pleichen, Nawitsch und Trebnitz. — Gau **Danzig**: Bütow, Jastrow und Lötzen. — Gau **Dresden**: Meißen und Nossen. — Gau **Erfurt**: Ellrich, Neustadt a. d. Orla. — Gau **Frankfurt**: Coblenz, Darmstadt, Eichwege, Frankfurt a. M., Gießen, Kirn, Korbach Limbach, Marburg, Neustadt (M. W. B.), Röhrda, Usseln, Wiesbaden und Witzenhausen. — Gau **Görlitz**: Landeshut, Neustädtel und Zittau. — Gau **Hamburg**: Eckernförde und Meldorf. — Gau **Hannover**: Borsdorf, Erdeborn, Geringswalde, Geyer und Großwig. — Gau **Magdeburg**: Calbe a. b. Saale und Magdeburg. — Gau **Mannheim**: Elmstein und Landau. — Gau **München**: Garmisch, Holzkirchen, Laufen, München und Zwiesel. — Gau **Oberschlesien**: Kattowitz, Neustadt i. O.-Sch., Ratibor. — Gau **Stettin**: Bansin, Hammerstein, Jakobshagen, Jarmen, Königsberg i. d. Neumark, Pasewalk, Regenwalde, Rothemühl, Schönfließ, Swinemünde, Woldenberg und Wollin i. Pomm.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher bezw. Karten der Kollegen Gust. Knoll-Zeitz (Verb.-Nr. 414 531), H. Leßmann-Wegeleben (106 391), Alb. Ulbrich-Wilzen (173 593), Chr. Butscheid-Bonn (193 685), P. Schneider-Gießen (237 085), K. Grobe-Borsdorf (246 382), R. Richter-Aue (335 778), H. Welkner-Soest (411 595), Ed. Bormann-Hannover (31 089), W. Metscher-Magdeburg (43 204), R. Werner-Altenburg (50 229), Eugen Arnold-Straßburg i. E. (115 527), Otto Schade-Leipzig (37 721), Otto Rappholz-Magdeburg (42 328), Otto Pflug-Heringen (33 158), A. Heß-Kiel (94 475), Th. Berndt-Naumburg a. d. S. (130 695), Frz. Minder-Hildesheim (160 333), Karl Mölle-Mannheim (352 164), Ernst Grosch-Leipzig (37 603), Karl Groh-Frankfurt a. M. (22 428), Paul Günzel-Waldenburg i. Schles. (462 282), Ernst Schubert-Waldenburg i. Sa. (260 053), Alfr. Kudatz-Graudenz (74 284), Chr. Freyer-Graudenz (222 963), M. Sylka-Hamburg (203 729), E. Merkewitz-Hamburg (205 214), Mag. Nielsen-Hamburg (273 801), Joh. Helmke-Herford (124 359), Aug. Binder-Glogau (130 354), Frdr. Kurz-Coblenz (159 027), Frz. Pacht-Düsseldorf (182 490), Hemr. Siebert-Cassel (183 414), Karl Schultz-Rastenburg (239 333), Rich. Kühn-Cüstrin (245 941), G. Schmidt-Düsseldorf (269 435), Fr. Gadischke-Spandau (298 420), W. Wittrock-Hameln (363 674), Otto Schützenmeister-Hainrode (398 216), H. Sanft-Hannover (31 487), Ernst Rehmann-Magdeburg (42 318), Paul Vogt-Posen (44 550), Joh. Roth-Hof (78 506), Fr. Schubbert-Stettin (45 874), H. Rauft-Apolda (51 236), Paul Hertzog-Lübbenau (84 372), H. Heinecke II-Neuhaldensleben (89 894), Ernst Schwab-Tambach (126 070), W. Scheibe-Minden (126 772), Max Otto-Crimmitschau (140 773), R. Hecht-Witten (217 132), Fr. W. Unger-Karlsruhe (242 330), H. Schinthamer-Auberg (243 968), W. Rohkam-Goslar (247 132), R. Grube-Erfurt (253 216), Joh. Weggel-Bayreuth (276 851), Alb. Dierks-Quickborn (299 269), P. Buffleb-Zeitz (335 518), Frz. Baleschek-Aue (385 789), Karl Richter-Hintersee (375 095), Chr. Vogt-Düsseldorf (393 473), Al. Heßberger-Fulda (400 324), H. Hauke-Oldenburg i. Gr. (406 022); Br. Schweizer-Zeitz (414 503), Aug. Schlüter-Wittingen (443 351), Paul Midasch-Kattowitz (463 114), Lh. Palck-Hagen (486 687), Aug. Brück-Wiesbaden (48 916), R. Wolf-Fürstenfeldbruck (352 083), B. Schumacher-Doberan (63 971), B. Falkenberg-Dortmund (167 881), J. Hayers-Dortmund (210 840), H. Kreibohm-Dortmund (210 841), Fr. Karsten-Dortmund (210 881), R. Fuß-Dortmund (297 463), M. Löbau-Danzig (152 284), Joh. Rietz-Danzig (311 978), Herm. Bartsch-Trebnitz (426 002), G. Bartsch-Trebnitz (426 030), Joh. Buhl-Kattowitz (443 951), Frz. Fichna-Kattowitz (443 984), Aug. Krohne-Berlin (895), W. Haupt-Berlin (103 805), Jos. Münzberg-Breslau (16 482), J. Jos. Friedrich-Frankfurt a. M. (22 261), Max Herker-Leipzig (37 312), Herm. Winkler-Breslau (56 374), Ferd. Deutscher-Militsch (87 111), Herm. Rohm-Dresden (232 192), W. Schulz II-Gardelegen (381 168), Max Wille-Altstedt (337 092), Wilh. Möller-Hamburg (26 942), Andr. Duglas-Landsberg a. d. W. (27 077), Gust. Lippold-Colditz (60 179), E. Horstmann-Eisenach (87 629), Wilh. Garbe-Schwaan (99 790), Fritz Schmitt-Schwaan (99 839), Willi Lange-Spandau (101 773), Herm. Holzhüter-Gr.-Besten (124 570), Jos. Kronenberger-Wiesbaden (155 391), W. L. Kneifer-Karlsruhe (218 777), Heinr. Hein-Solingen (226 994), Jos. Lack-Marienburg (237 550), O. Führmann-Luckenwalde (85 276), D. Wadarsch-Brieg (246 086), Alb. Kraweehl-Fallersleben (250 085), Ferd. Lade-Düsseldorf (265 520), Osw. Kühn-Burgstädt (312 598), Gg. Weyh-Oberfuhl (381 379), Fr. Rögner-Freiberg i. Sa. (444 698), Joh. Auth-Fulda (452 981), Th. Spradlo-Kattowitz (463 467), W. Bach-Wiesbaden (464 119), E. Schueller-Mülhausen i. Els. (491 857), Galletti Arnoldo-Singen (493 075), Alfr. Lorenz-Fraustadt (260 026), Frz. Treichel-Herne (118 924), Otto Gollmer-Herne (168 353), H. Schlarfert-Magdeburg (417 484); außerdem die **Mitgliedskarten** der Kollegen Ernst Schierhold-Leipzig (011 389), Alb. Bairait-Berlin (021 769), Rud. Herzog-Dresden (03 881), Gust. Thome-Pforzheim (046 185), Joh. Kotschik-Kattowitz (036 901), Paul Brandt-Lüdthen (027 819), W. Körner-Dortmund (022 130), Gust. Rührig-Wernigerode (021 171), Herm. Sander-Stadtoldendorf (018 151), W. Krömer-Duisburg (04 515), Paul Pohrt-Bruchmühle (02 052), H. Hartmann-Essen (27 727), R. Kunz-Hagen (22 518), Dsk. Geipel-Plauen (10 264), K. Ponath-Kiel (8498), R. Busse-Staßfurt (06 207), Agel Nielsen-Hamburg (8567), Ernst Kluge-Berlin (446 083), Frz. Schneider-Cöln (02 680); Herm. Rothe-Frankenberg i. S. (30 229), Paul Lustig-Waldenburg i. Schl. (32 434), A. v. Lezzinski-Graudenz (32 148), Jac. Menis-Metz (11 625), Winz. Mikesch-Metz (11 709), Emil Grimm-Dresden (042 335), Joh. Schaaf-Bochum (07 164), Aug. Muhs-Einbeck (04 924), Jos. Berger-Passau (39 821), W. Schwartz-Apolda (20 442), Gg. Rind-Fürstenfeldbruck (6851), K. Seelmann-Dessau (067 984), Aug. Schlüter-Wittingen (062 713), Karl Staudte-Nebra (045 192), A. Mauelshagen-Neunscheid (028 553), Heinr. Steinbach-Konstanz (025 336), Hub. David-Züllichau (023 015), Paul Wolff-Frankfurt a. d. O. (023 164), A. Poluschni-Senftenberg (021 166), H. Podeyn-Wismar (019 628), Otto Böhlau-Braunschweig (01 641), Jos. Heidt-Saarbrücken (017 309), Paul Höfer-Rudolstadt (016 981), Joh. Rother-Oppeln (015 785), Ernst Kluge-Dresden (063 016), Emil Brack-Essen (037 691), C. Ph. Wacker-Cassel (046 654), Ernst Heidler-Chemnitz (067 340), Otto Lucke-Berlin (01 093), Jos. Kowaschik-Chemnitz (02 430), H. Wendt-Bremen (27 719), Ant. Rauck-Stuttgart (31 722), Herm. Wiesel-Gardelegen (32 376), Gg. Vollbracht-Frankfurt a. M. (7038), Otto Wendt-Berlin (0897) Joh. Stellmach-Kattowitz (040 997), Aug. Bolzek-Kattowitz (020 419), H. Seelbach-Siegen (019 182), H. Oberdieck-Göttingen (07 819), G. Pfeiffer-München (050 984), Gg. Maier-München (050 816), Aug. Smalla-Frankfurt a. d. O. (30 240), Fritz Höhlich-Langenbielau (047 251), Fr. Schubertin-Langenbielau (27 539), H. Kube-Guhrau (067 839), Jos. Scharbert-Kattowitz (20 573), K. Sprenger-Barmen (0432).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37a des Statuts vom Zweigverein **Wülsrode**: August Fülle (Verb.-Nr. 106 033); **Podejuch**: August Köhnemann (029 030), Ernst Meyer (063 954), Richard Heller (94 712); **Borsdorf**: Fritz Schaaf (246 387).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Gefunden ist das Verbandsbuch des am 9. Septbr. 1889 zu Münster geborenen Kollegen **Louis Steinweg.** Das Buch ist bei uns abzufordern.

Aufgefordert, ihre Adresse anzugeben, werden vom Zweigverein **Apolda**: Wilhelm Hofmann, geb. am 21. Sept. 1888 zu Hintersee; vom Verbandsvorstand: Robert Schubbert, geb. am 29. Mai 1886 zu Bredow (Verb.-Nr. 281 072).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Berichte.

Friedrich Poth ist am 26. April im Alter von 41 Jahren gestorben. Kollege Poth war besonders in Süddeutschland als ein treuer Arbeiter für unsere Organisation bekannt. In unserm Frankfurter Zweigverein hat er längere Zeit an leitender Stelle gestanden. Später wählte ihn der Zweigverein Freiburg i. Breisgau zum Lokalbeamten. Er hat auch an verschiedenen Verbandstagen teilgenommen. Der Hauptvorstand schätzte ihn als einen gewissenhaften und treuen Verwaltungsbeamten, der seinen Pflichten mit Eifer und Hingebung genügte. Möge ihm die Erde leicht sein!

Zur Beherzigung für die, die es angeht.

Der „Textil-Arbeiter", das Organ des Verbandes deutscher Textilarbeiter, schreibt in seinen Betrachtungen zum Kampf der Bauarbeiter u. a.: „Unsere Organisation wird durch den Kampf auf verschiedene Weise in Mitleidenschaft gezogen werden. Wir haben Mitglieder, die im Baufach tätig sind und die wir unterstützen müssen. Unsere Betriebe werden durch ausgesperrte Bauarbeiter überlaufen werden, was für uns unter Umständen recht ungünstig werden kann. Die Frauen organisierter Bauarbeiter werden dagegen ihre Arbeit in den Textilbetrieben vielfach verlieren, eben weil ihre Männer zu denen gehören, die das vereinigte Unternehmertum jetzt unter allen Umständen unterkriegen will. Als ein Mittel dazu betrachtet es auch die Brotlosmachung der Frauen der im Kampfe stehenden Männer. Das alles möge den organisierten Bauarbeitern von neuem die Frage vorlegen, ob sie nicht zu allen Zeiten verpflichtet sind, ihre Frauen und Töchter zu veranlassen, sich unserm Verbande anzuschließen, soweit diese in der Textilindustrie beschäftigt sind. Oft haben sie es bis jetzt an Anregungen dazu fehlen lassen. Wäre es anders, so wäre im Augenblick zwar für uns auch nichts gewonnen, doch hätte unsere Kasse dann finanziell eine Stärkung erfahren, die uns die jetzigen Angelegenheiten leichter überwinden ließe. Uebrigens sollten die Bauarbeiter stets eingedenk sein, daß sie in kleineren Orten mit mehr oder weniger ausgedehnter Textilindustrie unsern Berufskollegen und -Kolleginnen im Winter eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz bereiten — also selbst auch ihren eigenen Frauen und Töchtern —, und daß es schon in ihrem eigenen Interesse läge, diese unserer Organisation zuzuführen. Vielleicht trägt der gegenwärtige Kampf dazu bei, diese Erkenntnis in ihren Köpfen zu verbreiten, wo sie bisher noch zu vermissen war."

Isolierer und Steinholzleger.

Dresden. In der Generalversammlung am 17. April wurden die Isolierer Wutschert und Baader sowie die Steinholzleger Hempel, Bergmann und Kolbe in den Verband aufgenommen. Nach Prüfung der Abrechnung wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Dann berichtete der Vorsitzende über die Tätigkeit des Gewerkschaftskartells und des Arbeitersekretariats. Weiter machte er darauf aufmerksam, daß sich die Aussperrung der Bauarbeiter durch Arbeitsmangel auch in unserm Beruf fühlbar machen werde. Die Versammelten sagten den Ausgesperrten die weitgehendste moralische und finanzielle Unterstützung zu. Unser Arbeitsnachweis befindet sich nach wie vor in Talheims Gasthaus, Großenhainerstr. 20. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Sonntag, den 22. Mai, vormittags 11 Uhr, im „Volkshaus" statt.

Hamburg. (Isolierer). In der Versammlung am 22. April wurde das Verhalten einzelner dem Arbeitgeberverband angeschlossener Firmen scharf kritisiert. So Grünzweig und Hartmann (Vertreter Rappenegger, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes) Reinhold & Co. (Vertreter Pasek) Nafzger & Rau, Billwärder und Altonaer Isolierwerk (Inhaber Cyaifa), die fast nur unorganisierte Isolierer beschäftigen. Dadurch werden die organisierten Kollegen brotlos gemacht. Die Unorganisierten haben den Reichstarif unterschrieben und sich verpflichtet, keiner Organisation anzugehören und Akkordarbeiten zu Preisen zu liefern, für die ein fachmännischer Isolierer noch Geld mitbringen müßte. Bei einer gerichtlichen Klage gegen den Vertreter Pasek wurde festgestellt, daß sich ein Isolierer unterschriftlich verpflichtet hatte, das Quadratmeter Rohrisolierung bei jeder vorkommenden Stärke für M. 1 zu machen. Wenn die hiesigen Firmen keine unorganisierten Isolierer bekommen können, so lassen sie sich organisierte aus irgend einer Zahlstelle Deutschlands kommen, die natürlich gar nicht wissen, was hier los ist. Wir warnen daher alle Kollegen, nach Hamburg zu reisen, weil hier keine besondere Konjunktur ist und genug organisierte Isolierer auf dem hiesigen Arbeitsnachweis zu haben sind. Hiesige und auswärtige Kollegen, die hier Arbeit suchen wollen oder denen Arbeit versprochen ist, werden gebeten, sich beim Kollegen H. Wolf, Hamburg-Uhlenhorst, Humboldtstraße 12, parterre links, zu melden. Auch Unorganisierte, die sich aufnehmen lassen wollen, können sich an diese Adresse wenden.

Zentralkrankenkasse.

(„Grundstein zur Einigkeit".)

In der Woche vom 24. bis 30. April sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg M. 1000, Altona 500, Cöpenick 500, Jatznick 500, Harburg 400, Lehnin 400, Steglitz 300, Lichtenberg 300, Dresden 300, Luckenwalde 150, Hohen Neuendorf 150, Eckartshausen 130, Itzehoe 100, Stammheim 100, Halbe 100, Weisenau 100, Langensalza 100, Gonsenheim 98,10, Landstuhl 70, Badrina 50, Darmstadt 20,50. Summa M. 5368,60.

Zuschüsse erhielten: Bremen M. 500, Pankow 300, Fechenbach 250, Elberfeld 200, Gorgast 150, Wolfenbüttel 100, Oppau 100, Kastel 100, Karlsruhe i. B. 100, Göttingen 100, Brieg 100, Bischofstadt 70, Güstrow 50, Neuhaus a. d. Elbe 50, Pasewalk 50, Ellrich 50. Summa M. 2270.

Altona, 30. April 1910.

Karl Reiß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Amberg. (Verurteilte Bauleiter.) Der Baumeister Reinhold Müller von Amberg sowie seine zwei Poliere, Adam Schmidt und Stigler, wurden wegen fahrlässiger Tötung vom Landgericht Amberg zu Gefängnis verurteilt, ersterer zu 14 Tagen, die zwei Poliere zu je einer Woche. An dem von den Angeklagten geleiteten Neubau des Filialbankgebäudes Amberg war beim Abbruch des alten Gebäudes ein neunzehnjähriger Arbeiter durch ein herabfallendes Gesimsstück erschlagen worden.

Berlin. Ein folgenschwerer Gerüsteinsturz ereignete sich am 25. April auf dem Grundstück Bismarckstr. 107. Dort wird zurzeit an einem Neubau die Fassade geputzt. Zu diesem Zwecke ist ein bis zum vierten Stock reichendes Gerüst errichtet. Als nun mehrere Maurer damit beschäftigt waren, im Parterregeschoß Putzarbeiten vorzunehmen, fuhr ein heftiger Windstoß in das Gerüst, und wenige Sekunden später stürzte das Gebälk bis zur halben Höhe in sich zusammen. Die fallenden Bretter und Balken trafen die Maurer Fritz Damschneider und Ernst Kell sowie den Zimmermann Wilhelm Nagel. Am schwersten wurde Damschneider verletzt, der mehrere Rippenbrüche erlitt. Kell trug Kontusionen am linken Knie und linken Hüftgelenk sowie Hautabschürfungen am Gesicht und den Gliedmaßen davon, während Nagel außer Hautabschürfungen eine leichte Gehirnerschütterung erlitt. Damschneider mußte dem Krankenhause Moabit zugeführt werden. Kell konnte allein seine Wohnung aufsuchen, und auch Nagel erholte sich bald, so daß man von seiner Ueberführung ins Krankenhaus Abstand nehmen konnte. Der Charlottenburger Branddirektor Bahrdt erschien mit einem Zuge der Feuerwehr an der Unfallstelle, ließ das Gerüst demontieren und beseitigte weitere Gefahr. — Am 26. April verunglückte auf dem Neubau Jägerstraße 65 der Rabitzputzer Anton Hippauf, indem er beim Auftreten auf einen Treppenbelag, der nicht angeschraubt war, abrutschte und sich beim Fallen den linken Fuß verstauchte, so daß er seine Wohnung aufsuchen mußte.

Bromberg. Am 21. April stürzte in Klonau, Kreis Osterode, auf dem Neubau des Unternehmers Rose aus Bromberg der Maurer Felix Kowalski durch einen Fehltritt von der Leiter aus einer Höhe von 2 m so unglücklich ab, daß er sich einen schweren Armbruch zuzog.

Mühldorf. In dem benachbarten Mößling verunglückte am 23. April der Maurer Engelbert Wagner durch den Einsturz eines Kellergewölbes ziemlich schwer, so daß er sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Wagner ist Familienvater und hat sechs unmündige Kinder.

Neuhaldensleben. Am 26. April stürzte der Maurer Hermann Linke am Neubau des städtischen Elektrizitätswerkes ab und zog sich dabei eine erhebliche Kopfverletzung, einen Bruch des Unterkiefers und eine Gehirnerschütterung zu. Er wurde durch die Sanitätskolonne nach dem städtischen Krankenhause transportiert. Die Schuld an dem Unfall soll auf die Antreiberei bei der Arbeit zurückzuführen sein, die von dem Maurermeister Müller ausgeführt wird. Ein bei der Arbeit anwesender Bautechniker wurde gleichfalls durch eine fallende Gerüststange am Hinterkopfe leicht verletzt.

Neumünster. Am 22. April stürzte auf einem Rentengut im benachbarten Arpsdorf der Giebel eines vom Unternehmer Thiemann errichteten Gebäudes ein, wobei die Maurer Kaak und Garbers, die die Spitze des Giebels mauerten, aus einer Höhe von 10 m mit in die Tiefe gerissen wurden. Beide erlitten äußere Verletzungen, so daß Kaak ins Krankenhaus und Garbers in seine Wohnung übergeführt werden mußten. Am Tage des Unfalles herrschte großer Sturm; gleichwohl wäre der Giebel wohl kaum eingestürzt, wenn beim Betonfundament nicht zu sehr mit dem Zement gespart worden wäre.

Nürnberg. Bauunfälle ereigneten sich im Jahre 1909 im Stadtbezirk Nürnberg 417, und zwar 281 auf genehmigten und unter amtlicher Nachschau stehenden Bauten, 78 auf nichtgenehmigungspflichtigen Bauausführungen und auf Staatsbauten, 58 auf Werkplätzen und in Werkstätten. Die 281 Unfälle auf überwachten Bauten machen 13,9 pZt. der genehmigten Bauausführungen aus. Von den 281 Unfällen wurden 29 bautechnisch und gerichtlich untersucht. In 5 Fällen wurde kein Strafverfahren eingeleitet, in 21 Fällen wurde das Verfahren eingestellt, in 1 Fall erfolgte eine Verurteilung, in 2 Fällen Freisprechung.

Eingegangene Schriften.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Preußens. Abgehalten zu Berlin vom 3. bis 5. Januar 1910. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis M. 1,20, auf besserm Papier M. 2. Die Verhandlungen des Parteitages sind für jeden Politiker von größtem Interesse, besonders die Verhandlungsgegenstände: Die Wahlrechtsfrage in Preußen. — Die Verwaltung Preußens. — Das Kommunalprogramm in Preußen.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Heft 13 und 14 sind erschienen.

Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantworten wir nicht, ebenso erteilen wir keine briefliche Auskunft, auch nicht, wenn Rückporto beigelegt ist).

Versammlungsberichte. In den letzten Wochen erhielten wir von Kollegen, die anscheinend die Verbandstagsbeschlüsse nicht kennen und auch unsere wiederholten Hinweise im „Grundstein" nicht gelesen haben, ganz inhaltlose Versammlungsberichte. Wir weisen deshalb nochmals darauf hin, daß wir solche Berichte nicht abdrucken, daß uns aber Berichte über die Bewegung sowie interessante Situationsberichte stets willkommen sind.

„Correspondenzblatt". Wir bitten Zweigvereine und Kollegen, die im Besitze einzelner Nummern des „Correspondenzblattes" der Generalkommission aus den Jahren 1900 und 1901 sind, uns diese zur Verfügung zustellen. Auch ganze Jahrgänge werden nicht zurückgewiesen. Die Redaktion.

V. T. in K. Wenn er sich an diesen Tagen vorschriftsmäßig zur Kontrolle meldet nicht. Sonst ja.

Gransee. Auf der Karte ist nicht angegeben, an welchem Tage nachmittags 3 Uhr die Versammlung stattfindet.

J. N. in Hamburg. Das geht doch aus der Abrechnung in Nr. 14 des „Grundstein" hervor: rund 180 000.

Celle, Streikleitung. Wenn wir alle solche und ähnliche Rundschreiben der Unternehmer im „Grundstein" veröffentlichen wollten, dann müßte das Blatt jede Woche 48 Seiten stark erscheinen. Das geht nicht, ebensowenig wie wir im „Grundstein" die in den Flugschriften und öffentlichen Bekanntmachungen der Unternehmer enthaltenen zahllosen Lügen einzeln richtigstellen können.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 ₰.)

Berlin. Am 28. April starb der Kollege **Karl Bartel** im Alter von 50 Jahren an Zellgewebevereiterung.

Essen a. d. Ruhr. (Sektion der Kruppschen Maurer.) Am 23. April starb unser treuer Kollege **Herm. Pletat** im Alter von 32 Jahren an den Folgen eines Halsleidens.

Frankfurt a. M. Zahlstelle Harheim. Am 20. April starb unser langjähriges Mitglied **Johann Balt-s** im Alter von 64 Jahren an Rheumatismus und Verkalkung.

Fürstenwalde. Am 18. April starb unser Kollege **Emil Lehmann** im Alter von 32 Jahren an Gehirnleiden. — Am 27. April starb unser Kollege **Wilh. Schultze** im Alter von 40 Jahren an Nierenleiden.

Langenbielau. Am 22. April verschied nach kurzem Krankenlager unser Kollege **Eduard Entner** im 62. Lebensjahre an Lungenlähmung.

Mainz. (Zahlstelle Nieder-Ingelheim.) Am 25. April starb unser Kollege **Joh. Schlosser** im Alter von 35 Jahren an Blinddarmentzündung.

München. (Süd.) Am 23. April starb nach langem Leiden der Kollege **Josef Bast** an Rückenmarksentzündung.

Oldenburg i. Großh. Am 26. April starb unser Kollege **Heinrich Fiekendey** aus Olvenstädt bei Magdeburg im Alter von 22 Jahren an Scharlach.

Schkeuditz. Am 22. April verschied nach sehr kurzem Krankenlager der Kollege **Gustav Semm** im Alter von 62 Jahren an Lungenentzündung.

Windecken. Am 22. April starb nach langer Krankheit unser langjähriger und treuer Kollege **Konrad Klosterbecker** im Alter von 70 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Anton Müller aus Nieder-Marsberg, wo steckst Du? Sende Deine Adresse an **Heinr. Kleffner, Dortmund**, Gewerkschaftshaus, Lessingstr. 32.

[1,20] **Der Vorstand des Zweigvereins Dortmund.**

Anton Willemsen, geb. am 17. Januar 1878 zu **Bruchhausen in Holland**, eingetreten am 3. 8. 1903 zu **Düsseldorf**, Verb.-Nr. 138 331, wird ersucht, uns seine Adresse mitzuteilen. Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden gebeten, uns seine Adresse zu melden. [M. 2,10]

Der Vorstand der Sektion Zürich (Schweiz).

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorsitzender, K Kassierer, L Verkehrslokal, H Herberge, Rz Reiseunterstützung wird ausgezahlt bei).

Eisleben. L und H befinden sich von jetzt an in der „Bierhalle", Petristraße.

Freienwalde a. d. O. K Wilhelm Makutte, Wriezenerstr. 3.

Loitz. V Karl Johannsen, Marktstr. 188;
K Fritz Lomberg, Langestr. 45.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 8. Mai.

Oranienburg. Nachm. 3 Uhr im Lokale von Schumann.

Ribnitz. Nachm. 1 Uhr bei Potenberg. Mitgliedsbücher und Legitimationskarten mitbringen.

Templin. Nachm. 3 Uhr im Lokale des Herrn Fermum. Bücher sind mitzubringen.

Zentralkrankenkasse der Maurer usw.

Sonnabend, den 14. Mai.

Fürstenwalde. Abends 8 Uhr bei Thomas.

Mittwoch, den 18. Mai.

Berlin. Abends 8½ Uhr im Saal 8 des Gewerkschaftshauses. T.-O.: Die Reichsversicherungsordnung. Referent: Eugen Simanowski. Abrechnung vom ersten Quartal. Kassenangelegenheiten.

Verleger: Th. Bömelburg, verantwortlicher Redakteur: A. Winnig. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.